

# SpeyerBrief

## Nr. 22

Wintersemester 2001/2002



**Top-Thema:**

**CAF**

Seite 37

Rektoratsübergabe

Seite 2

Im Blick:

Aktuelle Forschungsprojekte am FÖV

Seite 45

# Inhaltsverzeichnis

<b>Semestereröffnung</b>	<b>Seite 2</b>
<b>Abendvorträge</b>	<b>ab Seite 4</b>
<b>Vorträge</b>	<b>Seite 6</b>
<b>Europa in Speyer</b>	<b>Seite 7</b>
<b>Service</b>	<b>ab Seite 8</b>
<b>Sanierung</b>	<b>Seite 11</b>
<b>Studium</b>	<b>ab Seite 17</b>
<b>Speyer vor Ort</b>	<b>ab Seite 27</b>
<b>Weiterbildung</b>	<b>ab Seite 29</b>
<b>TOP-Thema: CAF</b>	<b>ab Seite 37</b>
<b>Forschungsinstitut (FÖV)</b>	<b>ab Seite 42</b>

Liebe Leserinnen und Leser,

wieder pünktlich zum Start ins neue Semester liegt der SpeyerBrief Nr. 22 vor und gibt Ihnen einen Überblick über die Ereignisse an der Hochschule im zurückliegenden Wintersemester 2001/2002.

Erneut steht die DHV Speyer vor großen Herausforderungen. Die schon seit längerem geplante Ausbildungsreform für Juristen ist in ihren Inhalten schon konturenhaft erkennbar und die Konkurrenz auf dem Bildungsmarkt wird größer. Die Hochschule hat darauf reagiert und einerseits eine zukunftsweisende Reform ihrer Struktur eingeleitet und ist andererseits bestrebt, ihren Platz als Kompetenzzentrum Nr. 1 für Verwaltungswissenschaften in Deutschland zu erhalten. Mehr als tausend Teilnehmerinnen und Teilnehmer an den Weiterbildungsveranstaltungen des vergangenen Semesters belegen dies eindrücklich. Ausführliche Berichte hierzu finden Sie ab Seite 29.

Eine einfache Einstiegsmöglichkeit in das Qualitätsmanagement für öffentliche Verwaltungen in Deutschland bietet seit letztem Semester das von der Hochschule im Auftrag des Bundesministerium des Innern ins Leben gerufene CAF-Netzwerk (unser TOP-Thema ab Seite 37).

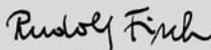
An ihren großen Erfolg in der verwaltungswissenschaftlichen Fort- und Weiterbildung anknüpfend, will sich die Hochschule nun auch im Bereich des Wissenschaftsmanagements durch die Bereitstellung eines eigenen Qualifizierungsangebots positionieren. Mehr Informationen hierzu gibt's auf Seite 25.

Unsere Fähigkeit, auch vor Ort aktuelle und bedarfsgerechte Angebote zu realisieren, beweist das zusammen mit dem Düsseldorfer Innenministerium in Herne durchgeführte Seminar zur Verwaltungsreform in Nordrhein-Westfalen (Bericht ab Seite 27).

Über die weiteren Highlights der vergangenen Monate, die Ernennung dreier neuer Honorarprofessoren, unsere Abendveranstaltungen, die Schaffermahlzeit, die Orientierungsphase II und den unter dem Motto „Ein Wintermärchen“ stehenden Semesterabschlussball, wird ab Seite 2 berichtet.

Schließlich finden Sie in diesem SpeyerBrief wie immer ausführliche Informationen des Forschungsinstituts für öffentliche Verwaltung.

Viel Spaß beim Lesen wünscht Ihnen

Ihr 

Univ.-Professor Dr. Rudolf Fisch  
Rektor der DHV Speyer

## Feierliche Amtsübergabe mit Rektoratsrede „Verwaltung im 21. Jahrhundert – Die Rolle der Entscheider“

– Drei neue Honorarprofessoren im Amt –



Feierliche Amtsübergabe: Univ.-Professor Dr. Hermann Hill legt dem neuen Rektor, Univ.-Professor Dr. Rudolf Fisch, die Amtskette an  
Foto: DHV

Verheißungsvoller Auftakt des Rektorats von Univ.-Professor Dr. Rudolf Fisch war am 7. November 2001 die feierliche Amtsübergabe von Univ.-Professor Dr. Hermann Hill an seinen Nachfolger.

Aufbruchstimmung vermittelten die Reden anlässlich der Rektoratsübergabe in der vollbesetzten Aula, zu der außer den Mitgliedern der Hochschule auch zahlreiche Professoren benachbarter Universitäten und namhafte Gäste aus Politik, Wirtschaft und öffentlichen Einrichtungen in großer Zahl erschienen waren. Ein selbstbewussteres Auftreten der DHV Speyer und eine größere Wertschätzung auch von Seiten der Medien wurden gefordert. Ausdrücklich gewürdigt wurde die erfolgreiche Amtsführung von Hill, der jetzt das Amt des Prorektors innehat. Die einhellige Meinung war, dass kaum ein Rektor vor ihm mit solch schwierigen Bedingungen zu Rande habe kommen müssen wie er.

Unmittelbar nach der feierlichen Übergabe der Amtskette an den neuen Rektor, Univ.-Professor Dr. Rudolf Fisch, als Symbol seiner herausragenden Funktion, konnte dieser sein neues Amt bereits ausüben. Er übergab Dr. Marga Pröhl, Leiterin des Bereichs „Staat und Verwaltung“ der Bertelsmann Stiftung, Dr. Dieter Engels, Vizepräsident des Bundesrechnungshofes, und Dr. Gunnar Schwarting, Geschäftsführer des Städtetages Rheinland-Pfalz, die Ernennungsurkunden zu Honorarprofessoren. Fisch erläuterte, dass es der DHV

Speyer durch diese Ernennungen erneut gelungen sei, ihr Lehrangebot in entscheidenden Bereichen zu erweitern und renommierte Praktiker in ihre Lehre einzubinden.

In seiner Rektoratsrede ging der neue Rektor dann auf die Anforderungen ein, welche an professionelle Entscheider im neuen Jahrhundert gestellt werden. Fisch erläuterte, dass die klassische deutsche Verwaltung ausgezeichnet funktioniere, solange es um klare Aufgaben und Zuständigkeiten gehe. Auf lineare und monokausal fokussierte Entscheidungsprozesse aufbauend, sei sie für die komplexen Probleme der Zukunft jedoch schlecht gerüstet. Für eine klare Aufgabendefinition mit abgegrenzten Verantwortlichkeiten aufgrund einer stringenten Informationsbasis seien die Zusammenhänge heute zu komplex. Die moderne Welt sei für die traditionelle Verteilung von Entscheidungen, Befugnissen und Zuständigkeiten zu vernetzt. Daher gehe oft der Blick für das Ganze verloren. Dabei wäre gerade dieser nötig, wenn



Musikalischer Rahmen, das „Twintett Vanaceck“

Foto: DHV

Entscheidungen in sich dynamisch verändernden Themenkomplexen getroffen werden müssen.

Einen möglichen Ausweg könne hier eine ganzheitliche Betrachtung eröffnen, bei der Gefühl, Verstand und Wissen des Entscheiders zusammenspielen müssen. Hierfür seien jedoch sowohl die Ausbildung einer starken Führungspersönlichkeit als auch das konkrete Wissen um Intelligenzverstärkende Techniken und um ihre vielschichtigen Einsatzmöglichkeiten notwen-

dig. Fisch forderte daher, dass Entscheider im 21. Jahrhundert unterschiedliche Arbeits- und Organisationsformen beherrschen sollten, damit sie diese je nach Aufgabenstellung stets neu in die bestehenden Strukturen integrieren könnten. Er prognostizierte, dass von den Entscheidern der Zukunft immer mehr generalistische Fähigkeiten gefordert würden bei gleichzeitig hoher Professionalität.

Den feierlichen musikalischen Rahmen des Festaktes gestalteten die Gebrüder Vanaceck mit

virtuoson Interpretationen von Bernstein, Elgar und Vivaldi.

Der Vortrag ist in der Reihe der Speyerer Vorträge als Heft Nr. 65 erschienen und ist im Rektorat der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer gegen einen Kostenbeitrag von sechs Euro zu beziehen.

### Die neuen Honorarprofessoren

**Professor Dr. Dieter Engels** promovierte nach dem Studium der Rechtswissenschaften und dem zweiten Staatsexamen an der Universität Bonn. Nach einer mehrjährigen Tätigkeit im Wissenschaftlichen Dienst des Deutschen Bundestages und als Leiter der Verwaltung der SPD-Bundestagsfraktion wurde er zum Vizepräsidenten und - vor wenigen Wochen - zum Präsidenten des Bundesrechnungshofes bestellt. Die Liste seiner Publikationen reicht vom Strafrecht über das parlamentarische Untersuchungsrecht, die Organisation und Verfahrensweise des Deutschen Bundestages, die Finanzierung staatlicher Aufgaben bis hin zum Haushalts- und Rechnungswesen sowie zum Recht und zur Praxis der Rechnungshöfe. Er ist Mitherausgeber und Kommentator des von Ernst Heuer begründeten Kommentars zum Haushaltsrecht.

**Professor Dr. Marga Pröhl** absolvierte an der Universität Osnabrück ein Studium der Sozialwissenschaften. Nach ihrer durch die Studienstiftung des Deutschen Volkes geförderten Promotion war sie mehrere Jahre im Rahmen des United Nations Development Programms im Ausland tätig. Sie verfügt über vielfältige nationale und internationale Erfahrungen und Kontakte im Management von Verwaltungen und Verwaltungsnetzwerken. Als Leiterin des Bereiches „Staat und Verwaltung“ der Bertelsmann-Stiftung verantwortet sie die Themen Verwaltungsmodernisierung auf den Ebenen der Kommune, der Landes- und Bundesverwaltung, Reform der Kommunalpolitik, Lokale Demokratie, Schulreform, Regionale Bildungslandschaften. Auch leitet sie das internationale Netzwerk „Cities of Tomorrow“ sowie das nationale Netzwerk reformorientierter Kommunen.

**Professor Dr. Gunnar Schwarting** hat an der Universität Hamburg Volkswirtschaftslehre und Geschichte studiert. Mehrere Jahre lang war er dann Assistent an der DHV Speyer am Lehrstuhl von Professor Dr. Konrad Littmann. Hier promovierte er 1979 zum Thema „Bestimmungsgründe Kommunaler Investitionen - eine theoretische und empirische Untersuchung“. Seit 1993 übt er an der Hochschule Lehraufträge in den Themenfeldern Kommunale Finanzen, Kommunale Steuern, Kommunale Wirtschaft und Euro aus. Seine Veranstaltung „Virtuelles Rathaus“ fand erhebliche Beachtung. Als Referent in der Stadtkämmerei einer Großstadt sowie Beigeordneter und Stadtkämmerer einer Mittelstadt und Geschäftsführer des Städtetages Rheinland-Pfalz hat er vielfältige praktische Erfahrung gesammelt, die er in die Lehre und Fortbildung der Hochschule einbringt. Schwartings Publikationen zum Kommunalen Haushalt sowie zu den Kommunalen Steuern werden vielfach in der Praxis benutzt und in der Wissenschaft zitiert.



Prof. Engels, Prof. Pröhl, Rektor Fisch und Prof. Schwarting (v.l.)  
Foto: DHV

# Europa und die deutsche Sparkassenorganisation

Abendveranstaltung mit Vortrag von Hans Otto Streuber  
und Überreichung von Doktorurkunden

„Europa und die deutsche Sparkassenorganisation“ standen im Mittelpunkt der zweiten Abendveranstaltung des Wintersemesters 2001/2002 am 29. November 2001. Vor etwa 100 Gästen, darunter zahlreiche Vertreter aus der Bankenwelt, würdigte der Rektor der Hochschule, Univ.-Professor Dr. Rudolf Fisch, ausführlich den Gastredner des Abends. Mit Hans Otto Streuber, dem Präsidenten des rheinland-pfälzischen Sparkassen- und Giroverbandes, konnte die Hochschule einen ausgewiesenen Experten zur Erläuterung der Zukunftsperspektiven des deutschen Sparkassenwesens vor dem Hintergrund der europäischen Harmonisierung gewinnen.

Eindringlich warnte Streuber vor dem Verlust gewachsener Identitäten und regionaler Verwurzelungen durch drohende Überregulierung seitens der EU, die in absehbarer Zeit alle Rahmenbedingungen des Kreditgewerbes neu ordnen wird. Streuber erläuterte nach einer „Tour d'horizont“ durch die europäischen Staaten, dass Deutschland als einziges Land der EU noch an der tradierten Sparkassenorganisation festhielte, während alle anderen Mitglieder bereits in den 1990er Jahren ihr Sparkassenwesen grundlegend im Hinblick auf mehr Wettbewerb reorganisiert hätten. Die im Juli 2001 in der sogenannten „Brüsseler Verständigung“ beschlossene Abschaffung der Anstaltslast und Gewährträgerhaftung, also der

Garantie der Bonität der Sparkassen durch ihre öffentlichen Eigner, zwingt nun auch die deutschen Sparkassen zu grund-



Hans Otto Streuber

Foto: DHV

legenden Strukturreformen. Letztendlich drohe hier der Abschied vom Subsidiaritätsprinzip, das seit mehr als 200 Jahren den Grundgedanken des Sparkassenwesens bilde und das unter anderem durch die enge Verflechtung von Gemeinden, ortsansässigem mittelständischen Gewerbe und lokaler Sparkasse gekennzeichnet wird.

Gleichzeitig müssen sich die Sparkassen einer durch den Wegfall der öffentlichen Garantien grundlegend veränderten Situation auf dem internationalen Geldmarkt stellen: Erstmals in ihrer Geschichte werden sie hier in ihrer Refinanzierung zu insolvenzfähigen Schuldnern. Das daraus resultierende höhere Risiko schlägt sich zwangsläufig in höheren Refinanzierungskosten

nieder, die für die Sparkassen in naher Zukunft voraussichtlich um etwa 0,5 % steigen werden.

Streuber schloss seine detaillierten Ausführungen mit einem Plädoyer für den Erhalt der Sparkasse als wichtiges Instrument von gelebter Subsidiarität in einem Europa der Regionen.

Im Rahmen dieser Abendveranstaltung überreichte Univ.-Professor Dr. Fisch als Rektor der DHV Speyer Gerd Eckstein aus Borken, Klaus Sakowski aus Heidenheim und Thorsten Siegel aus Neustadt nach Abschluss ihrer Promotionsverfahren feierlich ihre Doktorurkunden.



Rektor Fisch überreicht die Promotionsurkunden an Dr. Siegel, Dr. Sakowski und Dr. Eckstein (v.r.)  
Foto: DHV

Der Abendvortrag ist in der Reihe der Speyerer Vorträge als Heft Nr. 66 erschienen und im Rektorat der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer gegen einen Kostenbeitrag von sechs Euro zu beziehen.

## Verwaltungshandeln bei umstrittenen Großvorhaben Eine sozialpsychologische Perspektive

Antrittsvorlesung von Privatdozent Dr. Dieter Beck

An der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer gibt es einen neuen Privatdozenten. Nach dem erfolgreichen Abschluss seines Habilitationsverfahrens hielt der Saarbrücker Dipl.-Psychologe Dr. Dieter Beck am 8. Januar 2002 in feierlichem Rahmen seine Antrittsvorlesung als Privatdozent an der Hochschule. In seiner ausführlichen Würdigung ging der Rektor der Hochschule, Univ.-Professor Dr. Rudolf Fisch, auf den wissenschaftlichen Werdegang Beck's ein und zeigte sich sichtlich stolz auf seinen Habilitanden.

Nach seinem 1982 mit dem Diplom abgeschlossenen Studium der Psychologie und Betriebswirtschaft an der Universität des Saarlandes promovierte Beck 1990 in Konstanz mit einer Arbeit zum Thema Kooperation und Abgrenzung. Seit 1992 ist er an der DHV Speyer und am Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung tätig.

In der Domstadt hat er sich durch seine maßgebliche Mitarbeit am Projekt Austraße und in der Steuerungsgruppe Stadtkonzeption einen Namen gemacht. Dr. Beck's Forschungsschwerpunkte liegen u.a. in der Sozialpsychologie des Verwaltungshandelns, bei Entscheidungsprozessen in der öffentlichen Verwaltung, im Verwal-

tungshandeln als soziale Interaktion, in der Kleingruppenforschung, in der Interaktionsanalyse von Gruppenprozessen und



Rektor Fisch, PD Dr. Dieter Beck

se wiederkehrende Grundmuster im Verhalten Gegnern und Befürwortern von Vorhaben sowie der öffentlichen Verwaltung auf.

Dabei verdeutlichte er, wie man sich auf der Grundlage praktischer sozialpsychologischer Theorien und Methoden auch als Teilnehmer oder Beobachter ein eigenes Bild von der verborgenen emotionalen Eigendynamik entsprechender Situationen machen kann.

Hieraus leitete Beck sein besonderes Anliegen ab: Er vermittelte den Zuhörern, wie sich aus sozialpsychologi-

schener Sicht konflikthafte und sehr emotionsgeladene Prozesse durch besseres Verständnis konstruktiv gestalten lassen.

Im Anschluss an die Antrittsvorlesung verlieh der Rektor Beck feierlich seine Ernennungsurkunde. Den musikalischen Rahmen der Veranstaltung übernahmen der Chor sowie das Salon-Orchester der Hörerschaft, die mit mehreren Einlagen brillierten.

Der Abendvortrag von PD Dr. Dieter Beck ist in der Reihe der Speyerer Vorträge als Heft Nr. 67 erschienen und im Rektorat der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer gegen einen Kostenbeitrag von sechs Euro zu beziehen.

Foto: DHV

## Einführung in die Schuldrechtsreform

### Kurzfristige Reaktion im Lehrangebot der DHV Speyer auf neue Gesetzeslage

Nach über 100 Jahren wurde das deutsche Schuldrecht zum 1. Januar 2002 erstmals grundlegend reformiert und erhielt ein modernes Gesicht. So wurden die Verjährungsvorschriften harmonisiert, die Systematik des Allgemeinen Leistungsstörungenrechts vereinfacht und der Verbraucherschutz in das BGB integriert.

Die neuen Regelungen stellen nicht nur für alle praktizierenden Juristen eine Herausforderung dar, sondern auch für die sich noch in der Ausbildung befindlichen Rechtswissenschaftler. Die Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer reagierte unverzüglich auf die neue Gesetzeslage und bot ihren Hörerinnen und Hörern die Gelegenheit, das neue Schuldrecht kennen zu lernen. Am 24. Januar 2002 konnte Univ.-Professor Dr. Dr. Merten

den Inhaber des Lehrstuhls für Bürgerliches Recht, Internationales Privatrecht und Rechtsvergleichung an der Johannes Gutenberg Universität Mainz,

Univ.-Professor Dr. Peter Huber, zu einem Sondervortrag zu dieser Thematik begrüßen. Viele Hörerinnen und Hörer nutzten dankbar die Gelegenheit zur besseren Vorbereitung auf das noch vor ihnen liegende zweite Staatsexamen. Nach Vortrag und anschließender Diskussion war denn auch allgemeines Lob



Univ.-Prof. Dr. Dr. Detlef Merten bei der Begrüßung von Univ.-Prof. Dr. Peter Huber  
Foto: DHV

darüber zu hören, dass die Hochschule so kurzfristig und bedarfsgerecht ein entsprechendes Angebot zu einem so aktuellen Thema bereitstellen konnte.

### Hohe Löhne für hochqualifizierte Arbeitnehmer

Am 21. Januar 2002 skizzierte Bernhard Jagoda als Präsident der Bundesanstalt für Arbeit die mittelfristig vor der Beschäftigungspolitik liegenden Aufgaben. Der Vortrag bildete den Abschluss des von Jagoda regelmäßig mit dem Referatsleiter Controlling, Führungsinformation und Sonderaufgaben der BA, Dr. Klaus Schuberth, angebotenen Kolloquiums „Arbeitsmarkt und Arbeitsmarktpolitik“. Zahlreiche Hörer und auswärtige Gäste nutzten die Gelegenheit zu intensiver Diskussion.

Vor dem Hintergrund der im Jahr 2001 weltweit zurückgegangenen Wirtschaftsdynamik gab Jagoda einen umfassenden Überblick über die Bedeutung von Ausbildungssystemen, Innovationskraft, Lohnpolitik und Selbstständigkeitsförderung. Er wies auf die Bedeutung von guter Ausbildung gerade für Deutschland hin.

„Hochwertige Produkte können langfristig nur in einem Hochleistungsland geschaffen werden, das für seine hochqualifizierten Arbeitnehmer auch entsprechend hohe Löhne zahlt.“ Vor dem Hintergrund der vor kurzem veröffentlichten Pisa-Studie bezeichnete er es als sehr besorgniserregend, dass jährlich 83.000 Schüler die Hauptschule ohne Schulabschluss verlassen würden, während gleichzeitig der Arbeitsmarkt für unqualifizierte Arbeitskräfte immer weiter schrumpfen würde.

Jagoda warnte jedoch davor, durch zu tiefgehende Schnitte im Bereich der Ausbildung „das Kind mit dem Bade auszuschütten“. Immerhin hätten 27.000 Deutsche als hochqualifizierte Arbeitskräfte mit Greencard in den USA eine Beschäftigung gefunden, das deutsche duale Ausbildungssystem habe sich z.B. in der VR China als sehr er-

folgreiches Exportmodell erwiesen und auch in Deutschland gelänge es immer besser, Hochqualifizierte adäquat zu ihrer Ausbildung zu beschäftigen. Entscheidend sei jedoch, die bestehende Ausbildungsstruktur einer sich verändernden Gesellschaft anzupassen, die immer mehr neue Stellen im Dienstleistungsbereich anzubieten habe.

Jagoda betonte auch die Bedeutung, einer flexiblen Arbeitszeitgestaltung für ein Mehr an Beschäftigung. Am Beispiel seiner eigenen Behörde zeigte er auf, wie dadurch Arbeitsplätze geschaffen werden können: Trotz der in den 90er Jahren erfolgten Einsparung von 7.500 Planstellen hat die BA heute über 11.000 Beschäftigte mehr als noch vor 10 Jahren. Dies gelang durch Regelungen, die Beschäftigungen mit 25 % bis 95 % der normalen vollen Arbeitszeit ermöglichen.

## **Ad personam Jean-Monnet-Lehrstuhl für Univ.-Professor Dr. Siegfried Magiera**

Univ.-Professor Dr. Siegfried Magiera, M. A., Political Science, Inhaber des Lehrstuhls für Öffentliches Recht, insbesondere Völkerrecht und Europarecht an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer, wurde der „ad personam Jean-Monnet-Lehrstuhl für Europarecht“ zugesprochen. Die Auszeichnung erfolgte nach einem zweiphasigen Auswahlverfahren der Europäischen Kommission von 36 Kandidaten und wurde 2001 nur noch an zwei weitere Professoren – an den Universitäten in Augsburg und Leicester – verliehen. Mit ihr sind keine finanziellen Zuwendungen verbunden.



Foto: Internationes

Ziel der „Aktion Jean Monnet“ ist es, ein Professorennetzwerk aufzubauen, zu festigen und optimal zu nutzen. Dieses Netzwerk aus inzwischen über 500 Wissenschaftlern steht für umfangreiches Fachwissen über das Gemeinschaftsrecht, die europäische Wirtschaft, europäische Politik und die Geschichte des europäischen Aufbaus. Der Wert dieses Netzwerkes und seine wissenschaftlichen Grundlagen werden von der Europäischen Kommission zunehmend geschätzt.

Das strenge Auswahlverfahren für die Aufnahme in dieses Netz stützt sich auf Empfehlungen des Europäischen Hochschulrats, eines unabhängigen akademischen Gremiums, das die EU-Kommission unterstützt. Nach Überprüfung der Empfehlungen des Hochschulrats durch ein besonderes Auswahlkomitee erfolgt dann die abschließende Ernennung durch die Kommission.

Mit dieser Auszeichnung würdigt die EU-Kommission die außergewöhnlich ertragreiche Forschung und Lehre Magieras zum Aufbau eines gemeinschaftlichen Europas und dessen institutioneller und rechtlicher Entwicklung. Seine Publikationen zur europäischen Integration fokussie-

ren unter anderem den Föderalismus und die Rolle der Regionen in Europa, die europäische Grundrechtcharta, die Kompetenzverteilung und Verwaltung in der EU, die Durchsetzung des Gemeinschaftsrechts, den Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Union sowie die Einführung und rechtliche Absicherung des Euro.

Univ.-Prof. Dr. Siegfried Magiera ist Mitherausgeber der renommierten Schriftenreihe zum Europäischen Recht und Mitglied in zahlreichen wissenschaftlichen Gremien und Vereinigungen. An der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer betreut er darüber hinaus das Europäische Dokumentationszentrum, in dem der Fachöffentlichkeit die amtlichen Dokumente und sonstigen Veröffentlichungen der Europäischen Union sowie ein Anschluss zu den wichtigsten EU-Datenbanken bereitgestellt werden.

### **Stichwort Jean Monnet**

Jean Monnet (1888-1979) war französischer Diplomat und Gründervater der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG).

Bereits 1955 gründete er das „Aktionskomitee für die Vereinigten Staaten von Europa“, eine Interessensvereinigung von Politikern und Gewerkschaftsvertretern, die nach dem Zweiten Weltkrieg eine engere internationale Zusammenarbeit anstrebten. Schon damals prägte Jean Monnet die Begriffe des „einheitlichen Marktes“ und der „gemeinsamen Sozialpolitik“. Er gilt als einer der Gründerväter der Europäischen Union. Monnets Ideen bereiteten den Weg für den „Vertrag von Rom“ (1957).



Jean Monnet  
Foto: EU-Kommission

## Beste Service durch moderne Technik

### Weiterbildungsbroschüre, Kommentiertes Vorlesungsverzeichnis und Zimmervermittlung der Hochschule als Datenbanken im Internet

Die Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer lehrt und forscht nicht nur zu Themen des E-Governments, sie setzt dessen

werden. In einer weiteren Datenbank wurde die hochschuleigene Zimmerkartei passwortgeschützt online gestellt. Jeder Hörer und jede Hörerin erhält nun zusammen mit den Einschreibungsunterlagen etwa sechs Wochen vor Semesterbeginn ein Passwort, das die freie Recherche in der Zimmerdatenbank ermöglicht. Durch dieses Angebot konnte die Quartiersuche für die Hörerinnen und Hörer erheblich vereinfacht werden. Insbesondere während der Renovierungsphase des alten Wohnheims ist dies ein wichtiger Service der Hochschule für ihre Hörerinnen und Hörer.

Im Anschluss an dieses Projekt wurde dann in einer ähnlich strukturierten dritten Datenbank auch das „Kommentierte Vorlesungsverzeichnis“ ins Internet überführt. Zum Wintersemester 2001/2002 hatte die Hochschule erstmals mit großem Erfolg statt der bisher üb-

The screenshot shows a web page titled "Seminare, Foren, Tagungen 2002". On the left is a navigation menu with links like "Aktionenfelder", "Jahresprogramm", "Teilnehmerkreis", "Veranstaltungsformen", "Leitung", "Anmeldung", "Praktische Tipps", "Lehrstühle", "Kontakt", and "Führungskolleg Speyer". The main content area contains a search form with the following fields: "Jahr" (set to 2002), "Monat" (set to alle Monate), "Aktionenfeld" (set to alle Aktionenfelder), "Tagungsleitung" (set to alle Professorinnen und Professoren), and "Veranstaltungstyp" (set to alle Typen). There is also a "Suchwort" field and a "Suche starten" button.

<http://www.dhv-speyer.de/Weiterbildung/suche.htm>

modernste Techniken auch selbst mit großem Erfolg ein. So wird seit dem zurückliegenden Semester tagesaktuell im Internet auf Terminänderungen bei Lehrveranstaltungen hingewiesen und bereits im vergangenen Herbst konnte das Weiterbildungsprogramm der Hochschule im Internet in neuer benutzerfreundlicher Form vorgestellt werden.

Die vom Rechenzentrum ermöglichte Aufbereitung aller Informationen zu den einzelnen Weiterbildungsveranstaltungen zu einer Datenbank und der konsequente Einsatz der zur Verfügung stehenden modernen Informationstechnologien erlauben dem Nutzer und der Nutzerin nicht nur den Zugriff auf das Weiterbildungsangebot der Hochschule von jedem Web-Client der Welt aus, sondern ermöglichen auch eine gezielte Recherche unter verschiedenen Aspekten. In kürzester Zeit können so die gesuchten Informationen bequem und umfassend zusammengetragen und sogar Anmeldungen unmittelbar online an die Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer übermittelt werden.

Die bei der Realisierung dieses Projektes gewonnenen Erkenntnisse konnten nach dessen Abschluss in Zusammenarbeit mit dem Hörerbüro gleich wieder in ein neues Vorhaben eingebracht

The screenshot shows a detail page for a seminar. At the top, it says "Seminare, Foren, Tagungen" and "3. Abteilungsleiter-Seminar Moderne Staatsführung - Good Governance". Below this is a description: "Das Seminar wendet sich exklusiv an Abteilungsleiter in Ministerien. Diskutiert werden Zukunftsthemen strategischen Regierungshandelns im Schnittfeld von Politik und Verwaltung." There is a small graphic for "Gert Armbat Reider". A table lists details: "Methodik, Didaktik" (Impulsreferate, Diskussion, Erfahrungsaustausch), "Leitung" (Univ.-Prof. Dr. Hermann Hill), "Veranstaltungstyp" (Seminar), "Veranstaltungs Nr." (5.1.2), "Termin" (31. Januar bis 1. Februar 2002), "Teilnehmerzahl" (20 bis 40), "Teilnehmerkreis" (Abteilungsleiter aus Ministerien des Bundes und der Länder), and "Teilnahmebeitrag" (€ 110/€ 165).

<http://www.dhv-speyer.de/Weiterbildung/wbdbdetail.asp?id=90>

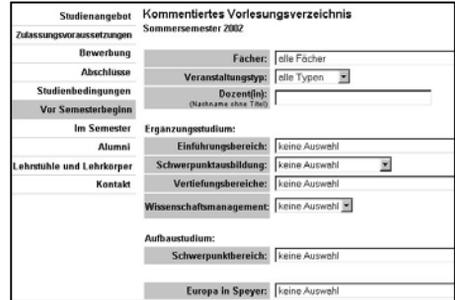
lichen Vorankündigungen ein umfangreiches „Kommentiertes Vorlesungsverzeichnis“ herausgegeben. Für das Sommersemester 2002 wurde das immerhin etwa 70-seitige Bändchen nach umfangreichen Vorarbeiten einer Arbeitsgruppe in eine frei recherchierbare Datenbank umgewandelt. Darüber hinaus besteht natürlich die Möglichkeit, das Verzeichnis in Gänze auszudrucken oder beim Hörersekretariat der Hochschule



<http://www.dhv-speyer.de/Studium/zimmersuche.htm>

anzufordern. Die Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer trägt mit diesem Angebot nicht nur häufig geäußerten Wünschen der Hörschaft Rechnung, die Papierflut zu Beginn jedes Semesters durch den konsequenten Einsatz neuer Medien zu reduzieren und dadurch mehr Aktualität der Informationen zu erreichen. Es können durch Verlinkungen aus dem „Kom-

mentierten Vorlesungsverzeichnis" heraus auf die eigenen Homepages für die einzelnen Veranstaltungen von den Dozentinnen und Dozenten sogar mehr Informationen und weiterführende Materialien bereitgestellt werden als in einer gedruckten Version.



<http://www.dhv-speyer.de/Studium/vvsuche.htm>

## Aus dem Hochschulrechenzentrum

### Schnellerer Internet-Anschluss

Am 9. Januar 2002 wurde die Hochschule nach dem Abschluss größerer Bau- und Installationsarbeiten seitens der Deutschen Telekom AG an das neue rheinland-pfälzische Bildungsnetz angeschlossen. Die Geschwindigkeit des Internet-Zugangs verdoppelte sich damit von 2 auf 4 MegaBit pro Sekunde. Gegenüber anfänglich 64 KiloBit pro Sekunde im Januar 1996 hat sich die Geschwindigkeit des Internet-Anschlusses innerhalb von 6 Jahren um mehr als das Sechzigfache erhöht.

### Computerausstattung der Lehrstühle komplett erneuert

Alle Lehrstühle wurden im Laufe der zweiten Jahreshälfte 2001 mit neuen Computern ausgestattet. Insgesamt standen 400.000 DM zur Verfügung, die der Hochschule im Rahmen einer von der Deutschen Forschungsgemeinschaft positiv begutachteten Großgerätebeschaffungsmaßnahme nach dem Hochschulbauförderungsgesetz zusätzlich zum regulären Haushalt jeweils zur Hälfte von Bund und Land bewilligt wurden. Die seit

Jahren geforderte Verbesserung der Geräte- und Programmausstattung der Lehrstühle konnte somit endlich realisiert werden. Ein wichtiges Element der Beschaffung ist der neue CD-ROM-Server, der den Zugriff auf CD-ROM-Datenbanken spürbar verbessert.

### Neue Verkabelung für Lehrstuhlgebäude und FÖV

In den Monaten November und Dezember 2001 wurde das Computernetzwerk im Lehrstuhlgebäude und im Forschungsinstitut im Rahmen einer Baumaßnahme des Staatsbauamtes komplett erneuert. Die neue Verkabelung steigert die Datenübertragungsgeschwindigkeit von 10 auf 100 MegaBit pro Sekunde und löst das mittlerweile sehr störungsanfällig gewordene alte Netzwerk ab. Die gesamte Hochschule ist nun mit einer modernen, strukturierten Verkabelung ausgestattet.

### Neue Computer für den PC-Pool

Zu Beginn des Wintersemesters wurden 10 neue Computer für den für die

Hörer eingerichteten PC-Pool im Keller des Lehrstuhlgebäudes angeschafft. Alle 28 Computer des PC-Pools verfügen nun über technische Leistungsdaten, die den Anforderungen der Hörschaft entsprechen sollten. Mit der Anschaffung neuer Bürodrehstühle wurde außerdem die räumliche Arbeitsatmosphäre spürbar verbessert.

### Euro-Umstellung ohne Probleme

Im Rahmen der Euro-Umstellung vom 1. Januar 2002 mussten zahlreiche der vom Rechenzentrum entwickelten Anwendungsprogramme an die neue Währung angepasst werden. Es handelte sich zwar überwiegend nur um kosmetische Änderungen. Der Aufwand war trotzdem beachtlich, wenn auch nicht annähernd vergleichbar mit den zwei Jahre zuvor erforderlichen Arbeiten im Zuge des Jahrtausendwechsels.

W. Frankenbach

## Lesen mit der Chipkarte

### Bargeldloses Bezahlen an der DHV Speyer



Mit der Umstellung auf bargeldlosen Zahlungsverkehr reagierte die Hochschule auf sechs Einbrüche und mehrere aufgebrochene Automaten mit einem Schaden von über 20.000 Euro. Darüber hinaus kam die Hoch-

gleichzeitig wurden in der Bibliothek drei neue, mit Geldkartenlesegeräten ausgestattete Kopierer in Betrieb genommen. Die Systementscheidung für die „elektronische Geldbörse“ fiel leicht, da der Großteil der Hörerinnen und Hörer ohnehin bereits über eine Geldkarte verfügt. Die meisten der seit 1997 von Banken und Sparkassen

genommen. Bereits im ersten Monat konnten an dem neu aufgestellten Terminal weit über 700 Ladevorgänge registriert werden. Die elektronische Geldbörse soll nach der Zielsetzung der Geldinstitute bei Verkehrsbetrieben, öffentlichen Einrichtungen und im Handel zum Einsatz kommen und vor allem beim Bezahlen kleinerer Beträge die Suche nach dem passenden Münzgeld ersparen. An der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer soll die Geldkarte zukünftig nicht nur an den Kopierern, sondern auch in der Mensa sowie bei den Getränkeautomaten für kürzere Wartezeiten sorgen. Darüber hinaus wird die Karte in Speyer und Umgebung bereits von über 300 Stellen akzeptiert.



Rektor Fisch, Sparkassendirektor Geske und Diplom-Bibliothekarin Wanda bei der Übergabe und Inbetriebnahme des Ladeterminals  
Foto: DHV

schule damit dem Wunsch der Hörschaft nach, durch die Einführung eines Kartensystems den Zahlungsverkehr auf dem Campus zu vereinfachen.

Am 20. Dezember 2001 konnten Rektor Univ.-Professor Dr. Rudolf Fisch und der Direktor der Kreis- und Stadtparkasse Speyer, Uwe Geske, im Servicebereich der Bibliothek einen von der Sparkasse zur Verfügung gestellten Ladeterminal für Geldkarten seiner Bestimmung übergeben.

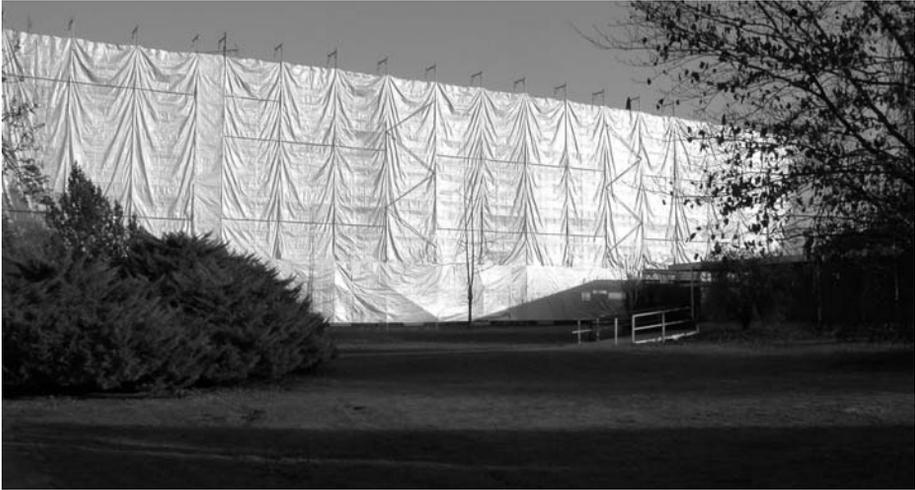
ausgegebenen ec-Karten sind mit einem Zusatz-Chip versehen, der nach seiner erstmaligen Aktivierung an speziellen Terminals aufgeladen werden kann. Nutzer ohne eine entsprechende ec-Karte können an der Pforte der Hochschule vorgeladene, unpersönliche „pay cards“ für 15,00 Euro erwerben. Darin sind 10,00 Euro Pfand enthalten, die bei Rückgabe der Karte erstattet werden.

Das neue System wurde von den Bibliotheksbenutzern rasch an-



Der neue Geldkartenladeterminal in der Bibliothek  
Foto: DHV

## Christo in Speyer ? Sanierung des alten Wohnheims



Das Wohnheim in der Abendsonne

Foto: DHV

Der erste Anschein trügt. Nein, es war nicht das Künstlerehepaar Christo und Jean-Claude, das nach der Pariser Pont Neuf und dem Berliner Reichstag nun auch das Speyerer Wohnheim verpackt hat. Die Verhüllung des Gebäudes wurde vielmehr durch seine gerade laufende Generalsanierung notwendig. Das 1960 errichtete Wohnheim der Hochschule, das Generationen von Hörerinnen und Hörern während ihrer „Speyerer Zeit“ Quartier bot, ist in die Jahre gekommen. Eine Grundsanierung war längst überfällig. Daher zog nach dem Ende des Sommersemesters 2001 kein neuer Hörer-Jahrgang Speyeraner ein, sondern Scharen von Handwerkern, die das Gebäude von Grund auf modernisieren.

Durch den Einbau von zeitgemäßen Sanitäreinrichtungen auf jedem Zimmer, die großzügige Umgestaltung der Aufenthaltsräume und Zentralküchen sowie den Neubau eines behindertengerechten Fahrstuhls soll die Wohnqualität des „alten“ Wohnheims künftig

die des „neuen“ Gästehauses erreichen. Darüber hinaus werden der Brandschutz verbessert, gefährliche Asbest-Altlasten entsorgt und die komplette Haustechnik sowie die im Wohnheim untergebrachten Büros auf den neuesten Stand gebracht. Die bislang planmäßig ablaufenden Arbeiten sollen noch vor Beginn des Wintersemesters 2002/2003 ihren Abschluss finden.

Bis dahin muss sich die Hochschule jedoch bei der Unterbringung ihrer Hörerinnen und Hörer anders behelfen. Durch Appell an die Speyerer Bevölkerung, der Hochschule freien Wohnraum zu melden, konnten über 50 neue Quartiere in die Datenbank eingespeist werden. Darüber hinaus mietete die Hochschule übergangsweise 15 Wohnungen der Gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaft (Gewo) im Weißdornweg an. Damit ist gewährleistet, dass jede Hörerin und jeder Hörer während der Renovierungsphase des Wohnheims eine Bleibe finden.

Nach der bereits abgeschlossenen Sanierung des Lehrgebäudes und der Renovierung des Wohnheims soll dann in einem letzten Schritt die Taberna der Hochschule renoviert werden. Das Hauptziel ist hier neben der notwendigen technischen und baulichen Modernisierung eine deutliche Verbesserung der Kundenfreundlichkeit. Daher steht bei allen Planungen neben der Verbesserung des Speiseangebots auch die Reduzierung von Wartezeiten und damit die Optimierung des Services im Vordergrund.

Mit Abschluss der Arbeiten an der Taberna im Jahr 2003 wird dann das gesamte von Sepp Ruf, dem Architekten des Bonner Kanzleramts, errichtete Ensemble an der Hochschule wieder in altem Glanz erstrahlen und mit modernstem Innenleben ausgestattet sein. Damit wird ein wesentlicher Schritt im Rahmen der Zukunftssicherung der DHV Speyer abgeschlossen sein.

**CRITO-Mitgliedschaft\***

Am 15. März 2001 wurde Univ.-Professor Dr. Heinrich Reiner mann zum vollberechtigten Mitglied des Center for Research on Information Technology and Organizations (CRITO) an der Universität von Kalifornien, Irvine, ernannt.

**Verwaltung in der Informationsgesellschaft\***

Univ.-Professor Dr. Reiner mann hielt am 5. Mai 2001 beim Arbeitskreis „Deutsche Verwaltung an der Wende zum 21. Jahrhundert“ einen Vortrag zum Thema „Verwaltung in der Informationsgesellschaft“.

**Electronic Governance und Electronic Government\***

Am 28. Mai 2001 referierte Univ.-Professor Dr. Heinrich Reiner mann anlässlich der 4. Kurswoche des V. Führungskollegs Speyer (FKS) vor den Kursteilnehmern zum Thema „Electronic Governance und Electronic Government“. Am 29. Mai 2001 referierte Dr. Jörn von Lucke zum Thema „Portale in und um die Steuerverwaltung“.

**Podiumsdiskussion in Bled**

Anlässlich der Fourteenth Bled Electronic Commerce Conference „e-Everything: e-Commerce, e-Household, e-Democracy“, die am 25. und 26. Juni 2001 in Bled stattfand, leitete Univ.-Professor Dr. Heinrich Reiner mann am 26. Juni 2001 die Podiumsdiskussion „Relevance of Portals to e-Government“.

**FTVI**

Im Rahmen der „FTVI 2001“ vom 5. bis 7. September 2001 leitete Univ.-Professor Dr. Heinrich Reiner mann, DHV Speyer, am 7. September 2001 das Abschlusspodium: „Electronic Government - 2005, 2210, 2050 ... Perspektiven einer Neugestaltung der öffentlichen Verwaltung mit Informationstechnik“.

**Konferenz des Transatlantic Policy Consortium**

Univ.-Professor Dr. Eberhard Bohne, M. A., nahm vom 20. bis 22. September 2001 als Vertreter der Hochschule und Diskussionsleiter an der Konferenz des Transatlantic Policy Consortium über „Ethics, Accountability and Social Responsibility: A Transatlantic Perspective“ in Pittsburgh, Pennsylvania/USA, teil. Im Verlauf dieser Konferenz wurde er zum Co-Chairman des Transatlantic Policy Consortium, einem Netzwerk von 40 europäischen und amerikanischen Universitäten und Forschungsinstitutionen, gewählt.

**Forschungsaufenthalt in Bloomington/Indiana**

Im Rahmen seines Forschungsemesters verbrachte Univ.-Professor Dr. Eberhard Bohne, M. A., einen viermonatigen Forschungsaufenthalt als Gastprofessor an der School of Public and Environmental Affairs (SPEA) der Indiana University in Bloomington, Indiana/USA. Während seines Aufenthalts befasste er sich mit Fragen der amerikanischen Umwelt- und Energiepolitik sowie mit aktuellen Problemen der amerikanischen Politik- und Verwaltungswissenschaften. Im Rahmen der Bemühungen um eine Vertiefung der Zusammenarbeit zwischen der SPEA und der DHV Speyer entwickelte er in Zusammenarbeit mit amerikanischen Kollegen eine Informationsbro schüre für Studenten und Professoren der dortigen Universität, in der über die Studien- und Forschungsmöglichkeiten an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer informiert wird. Darüber hinaus hielt Univ.-Prof. Dr. Bohne vor den Angehörigen und Studenten der Indiana University Gastvorträge über „Why the United States were not Europe“ und „War against terrorism, clash of civiliza-

tions or what else are we experiencing today?“.

**Arbeitsgemeinschaft für wirtschaftliche Verwaltung e. V.**

Am 26. September 2001 hielt Univ.-Professor Dr. Heinrich Reiner mann anlässlich der Fachveranstaltung „Moderne Verwaltung + moderne Wirtschaft = moderne Gesellschaft“ zum 75jährigen Bestehen der Arbeitsgemeinschaft für wirtschaftliche Verwaltung e. V. einen Vortrag zum Thema „Intermediäre Organisationen - die AWW als Schnittstelle zwischen Wirtschaft und Verwaltung“.

**Informatiktage 2001**

Anlässlich der Informatiktage 2001 der Jahrestagung der Gesellschaft für Informatik e. V. und der Österreichischen Gesellschaft für Informatik hat Univ.-Professor Dr. Heinrich Reiner mann im Rahmen des Workshops 5 „Electronic Government - Die nächsten Schritte“ am 27.09.2001 das Eingangsreferat „e-Government - die Sicht der Verwaltungsinformatik“ gehalten. Im Rahmen der Informatiktage hielt Dr. Jörn von Lucke am 27. September 2001 einen Vortrag zum Thema „Hochleistungsportale für die öffentliche Verwaltung“.

**Gutachten für das BMI\***

Univ.-Professor Dr. Heinrich Reiner mann und Diplom-Wirtschaftsinformatiker Dr. Jörn von Lucke haben dem Bundesministerium des Innern, Berlin, ein Gutachten über ausländische Erfahrungen im Bereich des Electronic Government erstellt.

**EURO-CIGAR-Projekt**

Am 1. Oktober 2001 wurde das auf zwei Jahre angelegte Euro-CIGAR-Projekt gestartet. Im Rahmen des Projektes werden der Stand der Reform des staatlichen und kommunalen Haushalts- und Rechnungs-

\*) Diese Meldungen konnten wegen eines technischen Problems nicht mehr im SpeyerBrief 21 veröffentlicht werden.

wesens in zehn europäischen Ländern erhoben und eine Querschnittsanalyse durchgeführt. Das Projekt steht unter der wissenschaftlichen Leitung von Univ.-Professor Dr. Dr. h.c. Klaus Lüder, DHV Speyer, und Prof. Dr. Rowan H. Jones, University of Birmingham. Seine Realisierung erfolgt in Kooperation mit Wissenschaftlern und Praktikern aus den beteiligten Ländern (Finnland, Island, Schweden, Großbritannien, Schweiz, Niederlande, Deutschland, Frankreich, Italien, Spanien).

Die Projektarbeit erfordert regelmäßige Treffen der Beteiligten in Form von Workshops, deren erster am 7./8. Dezember in Speyer stattfand. Der zweite Workshop wurde für den 5./6. April ebenfalls in Speyer geplant.

#### **Zur Lage der Behinderten in ausgewählten Staaten Asiens**

Univ.-Professor Dr. Rainer Pitschas hielt am 1. Oktober 2001 einen Vortrag „Zur Lage der Behinderten in ausgewählten Staaten Asiens. Was können wir daraus für Deutschland lernen?“. Der Vortrag fand statt auf der Forschungskonferenz „Teilhabe behinderter Menschen an der Bürgergesellschaft in Asien und Europa: Eingliederung im Sozial- und Rechtsvergleich“ an der Hochschule in Zusammenarbeit mit dem Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Sozialrecht.

Eine Zweite Forscherkonferenz fand in Berlin vom 6. bis 10. April 2002 unter Beteiligung des Deutsch-Japanischen Zentrums statt. Sie widmete sich dem Forschungsprojekt „Teilhabe von Menschen mit Behinderung an der Bürgergesellschaft in Asien und Europa: Eingliederung im Sozial- und Rechtsvergleich“. Die Konferenzen sind Teile eines längerfristig angelegten Forschungsprojekts. Auf der Grundlage von Landesberichten aus einer Reihe europäischer und asiatischer Län-

der sowie unter Einbezug eines Berichts über die Situation in den USA wird im interdisziplinären und internationalen Dialog der Frage nachgegangen, wie sich Behindertenrecht und -politik in Europa und Asien in der Vergangenheit entwickelt haben und künftig entwickeln werden. Zugleich dient das Forschungsprojekt der Integration einer Reihe asiatischer Doktoranden an der Hochschule Speyer in den Zusammenhang der Forschungsarbeit.

#### **Seminar in Südkorea**

„Local Self Government and Encouragement of Citizen's Commitment in the Civil Society of Germany“ lautete der Titel des Vortrags von Univ.-Professor Dr. Rainer Pitschas auf dem 14. Internationalen Seminar über „Civil Society and Local Autonomy“ des Center for Local Autonomy/Hanyang Universität, Seoul/Südkorea und der Friedrich Naumann-Stiftung, das am 8. Oktober 2001 in Seoul/Südkorea stattfand.

#### **Informations- und Kommunikationstage**

Anlässlich der Gunzenhausener Informations- und Kommunikationstage des Bayerischen Städtetages hat Univ.-Professor Dr. Heinrich Reiner mann am 9. Oktober 2001 einen Vortrag zum Thema „E-Government und die Veränderung der öffentlichen Verwaltung“ gehalten.

#### **Vortrag in St. Petersburg**

Univ.-Professor Dr. Dieter Duwendag hat auf der Arbeitstagung der St. Petersburger Universität für Wirtschaft und Finanzen am 10. Oktober 2001 einen Vortrag über „Investitionen, Wirtschaftswachstum und Finanzierungsprobleme in Russland“ gehalten. Während des Aufenthaltes in St. Petersburg hat er ferner zahlreiche Verhandlungen mit russischen Universitäten und Forschungsinstituten über mögli-

che Kooperationen mit der DHV Speyer bzw. mit dem FÖV geführt. Auf dem Programm stand auch der Besuch eines deutschen Joint Venture-Unternehmens mit dem Ziel, die internationale Wettbewerbsfähigkeit russischer Produkte aus dem Bereich der Mess- und Regeltechnik zu erkunden.

#### **Berliner Senatsverwaltung**

Univ.-Professor Dr. Rainer Pitschas referierte am 17. Oktober 2001 in der Senatsverwaltung für Finanzen des Landes Berlin über „Grundlagen und Entscheidungsprozesse in der EU“.

#### **Chancen und Risiken der Globalisierung**

Univ.-Professor Dr. Dieter Duwendag sprach auf dem zusammen mit Univ.-Professorin Dr. Gisela Färber geleiteten Weiterbildungsseminar „Finanzen und Wirtschaft“ (22. bis 24. Oktober 2001) für Führungskräfte des öffentlichen Dienstes über das Thema „Globalisierung: Chancen und Risiken für die Beschäftigung“.

#### **Nachbetreuung in Marrakesh**

„Dezentralisierung und regionale Wirtschaftskooperation als Voraussetzungen von ‚Good Governance‘“ lautete der Titel des Vortrag von Univ.-Professor Dr. Rainer Pitschas auf den 6. Speyerer Nachbetreuungstagen der DHV Speyer in Marrakesch/Marokko zum Thema „Dezentralisierung und regionale Wirtschaftsintegration“ am 29. Oktober 2001.

Die Nachbetreuungstage vom 29. Oktober bis 3. November 2001 wurden wiederum in Zusammenarbeit mit der Hanns-Seidel-Stiftung in Rabat veranstaltet. Erneut gaben sie der zwischen der Hochschule Speyer und dem Innen- und Verwaltungsministerium des Königreichs Marokko bestehenden Verwaltungspartnerschaft Ausdruck. Diese erstreckt sich auf die regelmäßige Nachbetreuung und Wei-

terbildung der seit 1982 an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer fortgebildeten marokkanischen Beamtinnen und Beamten aus verschiedenen Verwaltungen des Königreichs Marokko. Erstmals konnte bei den hier berichteten Nachbetreuungstagen auf die Mitwirkung eines inzwischen zum Universitätsprofessor an der Universität Setat berufenen Speyerer Doktoranden (Dr. A. Arach) sowie auf die Mitwirkung eines portugiesischen Verwaltungswissenschaftlers und Hochschullehrers aus Lissabon zurückgegriffen werden. Am 2. November 2001 hielt Univ.-Professor Dr. Rainer Pitschas dann einen Vortrag über „Promotionsstudium und Praxisaufenthalt in Deutschland in Verbindung mit der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer - Ansätze zum Ausbau der Verwaltungspartnerschaft zwischen Marokko und Deutschland“.

#### **Fachsymposium in Peking**

Anlässlich eines Fachsymposiums zum Verwaltungsrecht vom 31. Oktober bis 2. November 2001 in Peking referierte der Prorektor der Hochschule, Univ.-Professor Dr. Hermann Hill, zu den Themen „Weg zur Staats- und Verwaltungsmodernisierung“ und „Mittelbare Staatsverwaltung und Bedeutung der Zivilgesellschaft im Verwaltungsrecht“. Das Symposium, das auf Einladung des Nationalen Volkskongresses der Volksrepublik China stattfand, wurde von der GTZ im Rahmen der „Chinesisch-deutschen Zusammenarbeit zur Verwaltungsgesetzgebung“ organisiert. Diese Zusammenarbeit ist ein Teilprojekt der sog. „Kanzlerinitiative Rechtsstaatlicher Dialog“, die die Durchführung von Fachsymposien, den Austausch von Wissenschaftlern, Hochschulpartnerschaften sowie die Übersetzung von Lehrbüchern und Gesetzestexten fördert.

Im Rahmen dieses Dialogs waren in den letzten Jahren schon häufiger Delegationen aus China an der Hochschule, zuletzt im Juli 2001 eine Expertengruppe der chinesischen Arbeitskommission für die Gesetzgebung. Seit September 2001 ist auch Frau Hongmei Jia von der wissenschaftlichen Abteilung der Arbeitskommission für Gesetzgebung des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses der VR China an der DHV Speyer, um sich über die deutsche Verwaltung und das Verwaltungsrecht zu informieren und einen Entwurf für ein neues chinesisches Verwaltungsvollstreckungsrecht vorzubereiten.

#### **Tagung in Lünen**

Am 7. November 2001 referierte Univ.-Professor Dr. Rainer Pitschas auf der Fachtagung für „Politische Beteiligungsformen für ältere Menschen“. Organisatoren waren die Landesseniorenvertretung Nordrhein-Westfalen e. V. und das Institut für Gerontologie an der Universität Dortmund in Lünen/Nordrhein-Westfalen. Thema dieser Tagung waren „Seniorenvertretungen und Bürgerschaftliches Engagement“.

#### **Initiativgruppe**

##### **Parlamentarismusforschung**

Vom 9. bis 10. November 2001 nahm Univ.-Professor Dr. Dr. König an der gemeinsamen Herbsttagung der Sektion „Regierungssysteme und Regieren in der Bundesrepublik Deutschland“ der DVPW und der Initiativgruppe „Parlamentarismusforschung“ in Dresden teil.

#### **Verbandsversammlung**

Am 22. November 2001 hielt Univ.-Professor Dr. Heinrich Reiner mann auf der Verbandsversammlung 2001 des Kommunalen Rechenzentrums Niederrhein einen Vortrag zur „Kommune in der Informations- und Wissensgesellschaft“.

#### **IHK-Fachtagung**

„Standpunkte zur Qualifizierung der privaten Sicherheitsdienste“ trug Univ.-Professor Dr. Rainer Pitschas am 23. November 2001 auf der Fachtagung der Industrie- und Handelskammer zu Düsseldorf vor.

#### **Einladung aus Kiel**

Auf Einladung des schleswig-holsteinischen Kabinetts referierte Univ.-Professor Dr. Heinrich Reiner mann am 4. Dezember 2001 zum Thema „E-Government aus der Sicht der Wissenschaft: Entwicklung, Anforderungen, notwendige Maßnahmen des Staates“.

#### **Polizei und Verwaltung**

Zum Thema „Polizeiwissenschaft als Verwaltungswissenschaft“ referierte Univ.-Professor Dr. Rainer Pitschas am 5. Dezember 2001 auf dem Symposium der Fachhochschule der Polizei des Landes Brandenburg in Basdorf/Brandenburg.

#### **Städteforum Lüneburg**

Der „Wandel des Sozialrechts und kommunale Finanzpolitik“ war Thema eines Vortrags von Univ.-Professor Dr. Rainer Pitschas am 6. Dezember 2001 auf dem Städteforum Lüneburg 2001 des Niedersächsischen Städtetags.

#### **Tagung zu Patientenrechten**

„Gesundheitsrecht und Bürgerbeteiligung. Stand und Perspektiven der Begründung, Implementation und von Beteiligungsmodellen kollektiver Bürgerpartizipation am Gesundheitswesen aus rechtlicher Sicht“ lautete der Titel eines Vortrags von Univ.-Professor Dr. Rainer Pitschas auf der Tagung „Patientenrechte und Bürgerbeteiligung“ des Instituts für Gesundheits- und Medizinrecht der Universität Bremen am 8. Dezember 2001.

### **Workshop in Darmstadt**

Anlässlich des Workshops „eGovernance-Implikationen für die politische Steuerung und praktische Schritte der Umsetzung“ der Forschungsgruppe Unternehmensstrategie am PHW der TU Darmstadt in Kooperation mit der hauser, furcht & partner Stiftung hat Univ.-Professor Dr. Heinrich Reiner mann am 10. Dezember 2001 einen Vortrag zum Thema „Vom instrumentellen zum zielorientierten Regieren“ gehalten.

### **Konferenz über**

#### **Private Sicherheitsdienste**

Am 12. und 13. Dezember 2001 fand in Brüssel die „Third European Conference for the Private Security Services“ statt. Diese wurde von der Confédération Européenne des Services de Sécurité und der Europäischen Kommission gemeinsam veranstaltet. Der Bundesverband der Deutschen Wach- und Sicherheitsunternehmen hatte Univ.-Professor Dr. Rainer Pitschas eingeladen, als unabhängiger Beobachter an der Konferenz teilzunehmen.

### **Workshop für Führungskräfte**

Vom 13. bis 15. Dezember 2001 fand in Stromberg/Rheinland-Pfalz in Zusammenarbeit mit dem Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung unter der Leitung von Univ.-Professor Dr. Rainer Pitschas der 5. Workshop für Führungskräfte des Landesamtes statt. Das gemeinsame Projekt, dem bereits vier andere Veranstaltungen - davon jeweils eine unter der Leitung der Univ.-Professoren Dres. Helmut Klages und Rudolf Fisch vorangegangen waren -, widmete sich diesmal dem Thema der Wirkungsanalyse des Verhältnisses von Führungskräften und Mitarbeitern/Innen. Ferner wurden der Stellenwert der Personalführung in einem Verwaltungsunternehmen sowie die Notwendigkeit personalpolitischer Führungsinnovationen behandelt.

### **Kurzbesuch aus Japan**

Vom 27. bis 30.12.2001 besuchte Univ.-Professor Dr. Shigeo Kisa von der Juristischen Fakultät der Kyushu-Universität in Fukuoka/Japan die DHV Speyer. Anlass für den Besuch war das Interesse des Gastes an der Entwicklung des Verhältnisses von „Recht und Schule“ in der Bundesrepublik Deutschland. In einer Reihe von Besprechungen mit Univ.-Professor Dr. Rainer Pitschas und Lehrern von Gymnasien in Speyer und Landau orientierte sich Univ.-Professor Dr. Kisa über die Möglichkeiten zum Rechtsunterricht in den Schulen. Im Kaiserreich Japan gibt es hierfür offenkundig einen breiten Nachholbedarf. Mit einem Besuch im Europaparlament Straßburg klang der Besuch aus.

### **Universität von Salamanca**

Am 10. Januar 2002 hielt Univ.-Professor Dr. Karl-Peter Sommermann an der Universität Salamanca eine fünfstündige Vorlesung in spanischer Sprache über Vertragshandeln des Staates und Grundzüge des deutschen Verwaltungsrechts. Die Vorlesung fand im Rahmen eines Postgraduiertenprogramms der dortigen Universität statt, welches sich vor allem an lateinamerikanische Juristen (Beamte, Hochschullehrer, Richter und Rechtsanwälte) richtet. Tags zuvor hatte ein Professor der Universität Paris-Nanterre das Thema aus französischer Sicht behandelt.

### **Schiefes Bild von PISA?**

Am 29. Januar 2002 fand unter der wissenschaftlichen Leitung von Univ.-Professor Dr. Carl Böhrert ein Forum der Johann Joachim Becher-Gesellschaft statt. Vor dem Hintergrund der Pisa-Studie diskutierten auf dem Forum Experten und Betroffene intensiv die Situation und die Perspektiven der (Aus-)Bildung aus regionaler und landespolitischer Sicht.

### **Mitgliedschaft in**

#### **Bewertungskommission**

Am 14. Februar 2002 wurde Univ.-Professor Dr. Dr. h.c. H. Siedentopf vom Minister des Inneren und für Sport des Landes Rheinland-Pfalz, Walter Zuber, zum Mitglied der Bewertungskommission des Landeswettbewerbs 2002 „Außerordentliche Leistungen auf dem Gebiet kommunaler Partnerschaften mit Kommunen in Osteuropa“ berufen. Die Bewertungskommission nahm ihre Tätigkeit am 4. März 2002 im Ministerium des Inneren und für Sport in Mainz auf.

### **Besuch in Korea**

Die Universität Seoul/Graduate School of Public Administration führte am 18. und 19. Februar 2002 einen Workshop zum Thema „Government Reform and the Role of Theory and Academia“ durch. Dabei handelt es sich um ein Regierungsprojekt („Brain Korea 21“), zu dessen Abwicklung der Workshop US-amerikanische, japanische, koreanische und Univ.-Professor Dr. Rainer Pitschas als deutschen Wissenschaftler eingeladen hatte. In dem Workshop wurde über gegenwärtige Regierungs- und Verwaltungsreformen in den beteiligten Staaten und den Stellenwert deren theoretischer Unterlegung diskutiert. Univ.-Professor Dr. Rainer Pitschas hielt auf der Tagung einen Vortrag zu diesem Thema und präsentierte einen schriftlichen Bericht.

### **Abschied von Max Weber?**

„New Public Administration in Germany as a Good Bye to Max Weber's Theory of Bureaucracy? Government Reform between Managerialism, Rule of Law and Loss of Values“ lautete der Titel des Vortrags von Univ.-Professor Dr. Rainer Pitschas an der Graduate School of Public Administration, Seoul National University (Korea) am 19. Februar 2002.

### Moderation in Bonn

Univ.-Prof. Dr. H. Reinermann moderierte am 20. Februar 2002 anlässlich des D21-Kongresses Geoinformationswirtschaft 2002 im Alten Deutschen Bundestag den Workshop e-government und stellte die Workshopergebnisse in einem Statement dem Plenum vor.

### Probleme der

#### Übergangsgesellschaft

Über „Schwierigkeiten und Chancen in einer Übergangsgesellschaft“ referierte Professor Dr. Carl Böhret vor Mitgliedern der Arbeitsgemeinschaft selbständiger Unternehmer der Kurpfalz (ASU) am 21.2.2002. Der Rektor der DHV Speyer, Univ.-Professor Dr. Rudolf Fisch, hieß die Unternehmer willkommen und bot weitere Kontakte und Kooperationen an.

### Euroforum-Konferenz

„Nationale Gesundheitsmärkte und europäisches Wettbewerbsrecht – Konflikt zwischen Solidarität und Wettbewerb?“ lautete der Titel des Vortrags von Univ.-Professor Dr. Rainer Pitschas am 25. Februar 2002 auf der EUROFORUM-Konferenz in Köln zum Thema „Gesundheitsmarkt EUROPA“.

### e-Government

#### Stand und Perspektiven

Die Johann Joachim Becher-Gesellschaft veranstaltete in Zusammenarbeit mit der DHV Speyer am 27. Februar 2002 eine Diskussionsveranstaltung "e-Government – Stand und Perspektiven". Referenten waren Univ.-Professor Dr. Heinrich Reinermann (DHV Speyer), Dr. Jörn von Lucke (FÖV Speyer) und Dr. Matthias Nowack (Stadt Speyer).

### Chinareise

Am 12. und 13. März 2002 hat Univ.-Professor Dr. Rainer Pitschas am 1. Chinesisch-Deutschen Symposium des Chinesisch-Deutschen Hochschulkollegs (CDHK) zur

„Wahrnehmung der öffentlichen Aufgaben durch Privatrecht“ an der Tongji-Universität in Shanghai/VR China teilgenommen. Anschließend besuchte Pitschas die Universitäten von Nanjing und Souzhou in der Nachbarprovinz Jiangsu. Veranstalter des Symposiums war das Chinesisch-Deutsche Hochschulkolleg der Tongji-Universität. Pitschas hielt auf dem Symposium einen Vortrag zum Thema „Unternehmensprivatisierung und staatliche Wirtschaftsaufsicht“. Während der Veranstaltung wurde die Möglichkeit erörtert, in Zusammenarbeit mit der DHV Speyer an der Tongji-Universität ein Graduiertenstudium einzurichten, das zum „Master of Public Administration“ führen soll. Damit würde die Kooperation der Hochschule Speyer mit chinesischen Hochschulen und anderen Institutionen fortgeführt.

Auf der Konferenz des Amtes für Zivilverwaltung und des Altenforschungszentrums der Stadt Shanghai mit der Friedrich-Ebert-Stiftung Shanghai über „Support mode for the Elderly in Countryside in Yangtze Delta Region of China & Comparing Research Between China and Foreign Countries“ hielt Pitschas dann einen Vortrag zu Funktion und Problemen des „Systems der Landwirtschaftlichen Sozialversicherung in Deutschland“.

### Fachtagung in Potsdam

Anlässlich der 8. Fachtagung des Kommunalwissenschaftlichen Instituts der Universität Potsdam hat Univ.-Professor Dr. Heinrich Reinermann am 18. März 2002 einen Vortrag zum Thema „E-Government als Vision für eine interaktive Verwaltung“ gehalten.

### Jurymitgliedschaft

Univ.-Professor Dr. Heinrich Reinermann hat zum zweiten Mal als Jurymitglied beim eGovernment-Wettbewerb von KPMG/CISCO mitgewirkt. Die Preisverleihung fand

am 19. März 2002 auf der CeBIT Hannover statt.

### Gesetzesfolgenabschätzung

Am Lehrstuhl für Politikwissenschaft (Univ.-Professor Dr. Carl Böhret) wurden im Auftrag des Bundesinnenministeriums an jeweils fünf Regelungsvorhaben und drei geltenden Gesetzen die Verfahren und Instrumente der Gesetzesfolgenabschätzung erfolgreich erprobt. Mit dieser Pilotierung konnte zugleich die praktische Relevanz des zuvor entwickelten GFA-Leitfadens und des im Sommer 2001 erschienenen GFA-Handbuchs bestätigt werden. Weitere Gesetzesfolgenabschätzungen sind geplant oder in Vorbereitung.

### 40-jähriges Dienstjubiläum

Univ.-Professor Dr. Dr. Detlef Merzen, Inhaber des Lehrstuhls für Öffentliches Recht, insbesondere für Wirtschaftsverwaltungsrecht und Sozialrecht, beging am 15. April 2002 sein 40-jähriges Dienstjubiläum.

### Deutsch-Französisches Kolloquium gewürdigt

Das Kuratorium der Robert Bosch Stiftung hat eine weitere Förderung der von Univ.-Prof. Dr. Dr. h.c. Heinrich Siedentopf geleiteten Deutsch-Französischen-Kolloquien bis 2004 bewilligt. Es würdigte damit die Qualität des Projektes, das die Kooperation zwischen der Ecole Nationale d'Administration und der DHV Speyer in vorbildlicher Weise fördert.

### Professor Engels neuer Präsident des Bundesrechnungshofes

Honorarprofessor Dr. Dieter Engels wurde von Bundestag und –rat zum Präsidenten des Bundesrechnungshofes gewählt. Er trat sein Amt nach der Übergabe der Ernennungsurkunde durch den Bundespräsidenten im April 2002 an.

### Erfolgreicher FKS-Teilnehmer

Dr. Franz Prast, Teilnehmer am II. Führungskolleg Speyer (FKS), wurde zum Vizepräsidenten des Landesparlamentarischen Bayern berufen.

## Erfolgreicher Semesterstart an der DHV Speyer

Für 516 Hörerinnen und Hörer aus ganz Deutschland und 27 ausländischen Staaten begann am 2. November 2001 der Studienalltag an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer. Rektor Fisch begrüßte die Studierenden, die hier entweder ihr verwaltungswissenschaftliches Ergänzungsstudium oder ein Aufbaustudium absolvierten. Anders als im Fakultätsbetrieb anderer Hochschulen bietet sich ihnen in Speyer die einzigartige Möglichkeit, Wissenschaft einmal interdisziplinär zu erfahren. Das fächerübergreifende Studium an der DHV Speyer inspiriere daher in besonderem Maße zu Blicken über den Tellerrand der eigenen Fachdisziplin auf vielfältige Problemfelder, so Fisch. Vor dem Hintergrund der Sanierung des alten Wohnheims dankte der Rektor bei dieser Gelegenheit noch einmal für die vielfältigen Hilfen, welche die Hochschule in diesem Semester bei der Unterbringung der Studierenden erfahren hat.

Seitens der Stadt begrüßte Bürgermeister Hanspeter Brohm die „Neuspeyerer“ und unterstrich besonders das reichhaltige kulturelle Angebot der 2000-jährigen Domstadt.

Für die Hochschulverwaltung begrüßte Dr. Klauspeter Strohm die Hörerinnen und Hörer und machte sie mit den Besonderheiten der Hochschule, den Einschreibungsformalitäten und dem Programm der ersten Tage des Semesters vertraut. Anschließend trat die erste Vollversammlung der Hörerschaft zusammen. Nach einem herzlichen und lautstarken Willkommensgruß durch

eine Abordnung der Studierenden des vergangenen Semesters wurden hier die neuen Hörerschaftsvertreter für das Wintersemester 2001/2002 gewählt. Als Hörsprecherin wurde Rechtsreferendarin Heike Schulz bestimmt. Ihr wurden als Referenten



Gespannte Erwartung für 516 Hörerinnen und Hörer

zur Seite gestellt Wolfgang Wittig für das Ressort Finanzen, RRef. Martin Wolf für den Bereich EDV, RRef. Jürgen Spielmann für Medienangelegenheiten, Lisa Vesselova für das Ausländerreferat, RRef. Silke Klatt für Kultur sowie RRef. Peter Reichardt und RRef. Andrea Geisler für das Sportreferat bzw. das Festreferat.

Anschließend erhielten sie noch viele organisatorische Hilfestellungen und wertvolle Tipps von den Funktionsträgern des vergangenen Sommersemesters, die der neuen Hörerschaftsvertretung die Übernahme ihrer neuen Aufgaben erleichterten.

Bereits am Nachmittag hatten die neuen Hörerinnen und Hörer dann in einer Orientierungsphase Gelegenheit erste Eindrücke von ihren Dozenten zu gewinnen und die Qualität der Wahl unter dem überaus großen Angebot von Lehrveranstaltungen.

Nachdem dann alle im Exposé-, Los- oder Direktvergabeverfahren einen Platz in jeweils einer Arbeitsgemeinschaft und in einem Seminar gefunden hatten, und die letzten noch offenen Fragen von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der DHV Speyer geklärt werden

konnten, starteten dann am 6. November die Lehrveranstaltungen nach einem ökumenischen Semester Gottesdienst in St. Hedwig.



Begrüßung der neuen Hörerinnen und Hörer durch die alte Hörerschaftsvertretung  
Fotos: DHV

## Wahl der Senatsmitglieder und Funktionsträger der Hörerschaft

Die Hörerinnen und Hörer der DHV Speyer bestimmen ihre Senatsmitglieder und Funktionsträger in jedem Semester neu. Gleich zu Semesterbeginn stehen daher die Wahlen für die verschiedenen Referate der Hörerschaftsvertretung sowie für die studentischen Mitglieder des Senats.

Noch am ersten Tag des Semesters bestimmte die Hörerschaft in ihrer ersten Vollversammlung die Rechtsreferendarin Heike Schulz zu ihrer neuen Sprecherin. Darüber hinaus wurden folgende Referentinnen und Referenten gewählt und von ihren Vorgängerinnen und Vorgängern aus dem Sommersemester 2001 in ihre Aufgabenbereiche eingeführt:

EDV: Martin Wolf  
 Finanzen: Wolfgang Wittig  
 Medien: Jürgen Spielmann  
 Ausländer: Lisa Vesselova  
 Kultur: Silke Klatt  
 Sport: Peter Reichardt  
 Feste: Andrea Geisler

Daneben bestimmte die Hörerschaft die Vertreter für den Ausschuss für Studium und Lehre, den Promotionsausschuss, den Ausschuss für Frauenfragen, den Ausschuss für das Aufbaustudium, die Kommission für die Landesgraduiertenförderung, die Ethikkommission sowie den Bibliotheksvorstand.

Am 21. November 2001 fand dann von 9 bis 16 Uhr die Wahl der Vertreter der Hörerschaft im Senat der Hochschule statt. Bei einer Wahlbeteiligung von knapp 28,7 % wurden folgende Hörerinnen und Hörer in den Senat gewählt:

### Senatsmitglieder:

- RRef. Christoph Göbel
- RRefin Sibylle Féaux de Lacroix
- Arndt Schelenhaus, M. A.

### Stellvertretende Senatsmitglieder:

- RRef. Jan Philipp Poppelbaum
- RRef. Eggo Dodo Ortmann
- Patrick Laurency, M. A.

## Kontaktsuche – Jobmesse an der DHV Speyer



Parallel zu Präsentationen im Audimax . . .

„Eine hervorragende Orientierungsmöglichkeit“, „wichtig“, „sehr sinnvoll“ – so beurteilten Besucher die Job-Messe „Orientierungsphase II“ der DHV Speyer am 17. Januar 2002. Zwar richtete sie sich wieder in erster Linie an die Absolventen der Hochschule, überwiegend Juristen und Verwaltungswissenschaftler, aber wie schon im vergangenen Semester waren auch Jungakademiker aus dem weiteren Umkreis nach Speyer gekommen, um hier Kontakte zu potenziellen Arbeitgebern aus Justiz, Politik und Wirtschaft zu knüpfen. Auch die Arbeitgeber schätzten dieses besondere Angebot der DHV Speyer. Es ermöglicht ihnen, in direktem Gespräch Präferenzen zu definieren, Gehaltsvorstellungen abzugrenzen und Fachwissen auszuloten.

Hans Leo Dirks, Regierungsdirektor im Personalreferat des Bundesinnenministeriums, vertrat seine Behörde schon zum zweiten Mal in Speyer. Er schätzt besonders, dass die Speyerer Jobmesse Interessenten aus allen Bundesländern zusammenführt und so gerade im Hinblick auf die Rechtswissenschaften einen idealen Bewerberpool bildet. Dirks suchte für die Mitarbeit im Berliner Ministerium vor allem Generalisten, die sich schnell in die verschiedensten Abteilungen und Arbeitsgebiete einarbeiten können, und die mindestens

zwei Fremdsprachen verhandlungssicher beherrschen.

Erleichtert wurde ihm die Suche durch das von der Hörerschaft der DHV Speyer eigens für diesen Tag fertiggestellte Absolventenbuch. In ihm präsentie-

ren sich alle Absolventinnen und Absolventen mit ihren Lebensläufen, Schlüsselqualifikationen und Berufswünschen den Arbeitgebern und erlauben diesen so einen ausgezeichneten Überblick über das vorhandene Bewerberpotenzial. Darüber hinaus erleichtert das Buch – wichtig sowohl für Arbeitssuchende als auch für Arbeitgeber – ein ‚Coaching‘ exakt auf den gewünschten Zielberuf hin.

Diese positive Einschätzung von Messe und Absolventenbuch teilen auch die



. . . fanden Recruiting Gespräche an den Messeständen statt.

Fotos: DHV

Vertreter der zahlreichen Kanzleien, Sozietäten und Versicherungen, die neben dem rheinland-pfälzischen Finanzministerium, dem Städtetag Rheinland-Pfalz, dem Bundesverwaltungsamt und der Bundesanstalt für Arbeit ihren Führungskräftenachwuchs in Speyer suchen. Entscheidend ist hierbei oft der gute Ruf der Speyerer Hochschule, deren umfangreiches Bildungsangebot jedem ihrer Absolventen eine gute Stelle sichern dürfte.

## Projekt-AG begleitet Internet-Projekt der Stadt Frankenthal (Pfalz)

Mit Fragen der elektronischen Beschaffung einer Kommunalverwaltung befasste sich im Wintersemester 2001/2002 die Projekt-Arbeitsgemeinschaft „Das virtuelle Rathaus“ unter Leitung von Professor Dr. Gunnar Schwarting. Anlass war das Vorhaben der Stadt Frankenthal (Pfalz) die Möglichkeit der elektronischen Ausschreibung und Beschaffung praktisch zu erproben. Dazu erläuterte zu Beginn der Arbeitsgemeinschaft der Leiter der städtischen Verdingungsstelle die rechtlichen und organisatorischen Grundzüge der Beschaffungsprozesse. Die Projekt-AG erarbeitete daran anschließend die theoretischen Grundlagen

und erörterte verschiedene Möglichkeiten des Einkaufs und der Ausschreibung unter Nutzung des Internets.

Den Abschluss der Arbeitsgemeinschaft bildete die Teilnahme an einem Submissionstermin bei der Stadt Frankenthal, bei dem der „Echtbetrieb“ eines elektronischen Beschaffungssystems vorgeführt wurde. Die Hörerinnen und Hörer überreichten Oberbürgermeister Theo Wieder ihre Arbeitsergebnisse auf einer CD-Rom. Zugleich gaben sie wertvolle Anregungen für die Aktualisierung der entsprechenden Dienstanweisung der Stadtverwaltung.

## Sehr gute Noten für die Bürgerbüros

### Projekt-AG ‚Bürgerbüros‘ präsentierte ihre Forschungsergebnisse

Hohe Zufriedenheitswerte der Bürgerinnen und Bürger mit den Leistungen ihrer Bürgerbüros ergaben die Kundenbefragungen, die im Dezember in Bürstadt, Dudenhofen und Graben-Neudorf stattfanden. Nicht ohne Grund, gaben doch in allen Gemeinden fast 90 % der Befragten an, dass ihre Anliegen im Bürgerbüro auf Anhieb abschließend bearbeitet wurden. Die Wartezeit betrug zumeist weniger als fünf Minuten. Auch mit der Freundlichkeit des Personals waren über 99 % der befragten Bürger zufrieden, ein Traumbergebnis.

Eine Arbeitsgemeinschaft unter der Leitung von Univ.-Professorin Dr. Dorothea Jansen von der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer hatte die Befragungen durchgeführt. Am 29.1.2002 präsentierte das Team seine Ergebnisse an der Speyerer Hochschule. Die

Bürgermeister der drei Gemeinden, Vertreter aus Politik und Verwaltung und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bür-



Univ.-Professorin Dr. Dorothea Jansen bei der Präsentation der Ergebnisse  
Foto: Margies

gerbüros waren eigens dafür nach Speyer gekommen und verfolgten mit großem Interesse die Ausführungen des Projektteams.

Die positive Resonanz der Kunden auf die drei Bürgerbüros bedeutet jedoch nicht, dass sich die Bürgerinnen und Bürger keine Verbesserungen mehr wün-

schten. In allen drei Gemeinden sind die Wartezeiten ein Bereich, in dem die Kundenzufriedenheit weiter gesteigert werden kann.

Auch die Öffnungszeiten der Büros könnten noch besser auf die Bedürfnisse erwerbstätiger Kunden ausgerichtet werden.

Unmittelbar im Anschluss an die Präsentation begannen bereits die Überlegungen, welche Anregungen aus der Umfrage in den Gemeinden aufgegriffen werden können.

Die Bürgermeister der drei an der Untersuchung beteiligten Gemeinden bedankten sich sowohl bei dem Projektteam als auch bei Univ.-Professorin Dr. Dorothea Jansen für die Unterstützung des laufenden Verbesserungsprozesses in den Gemeindeverwaltungen.

## Warum Speyer?

### Seminar befragt Hörer zur Ausbildung an der DHV Speyer und zur Motivation der Hörerinnen und Hörer

**Im Rahmen des Seminars „Administratives Entscheiden: Theorien und Methoden“ bei PD Dr. Beck wurde im Wintersemester 2001/2002 eine Befragung der Studierenden der DHV Speyer durchgeführt. Die Ergebnisse wurden am Ende des Semesters Mitgliedern der Verwaltung vorgestellt.**

Ziel war es, Erkenntnisse über die Motivation der Hörer zu erlangen, die Hochschule in ihre (Rechtsreferendar-)Ausbildung einzubeziehen. Ferner wurde die Qualität der Hochschule abgefragt und um Auskunft gebeten, ob sich die Erwartungen an das Speyer-Semester erfüllt haben. Auch sollte in Erfahrung gebracht werden, wie die Hörer auf die Hochschule aufmerksam wurden.

An der DHV Speyer studierten im Wintersemester 513 Hörer, mit 443 bildeten die Rechtsreferendare die überwiegende Mehrheit. Davon absolvierten 392 Hörer hier ihre Verwaltungspflichtstation, die übrigen hatten die schriftlichen Prüfungen zum Zweiten Juristischen Staatsexamen bereits hinter sich und durchlaufen hier die verwaltungsrechtliche oder europarechtliche Wahlstation.

Die Umfrage wurde mittels ausgelegter Fragebögen durchgeführt. Sie erreichte mit 141 Personen ein knappes Drittel der Hörschaft. Die Verteilung der erreichten Rechtsreferendare nach Bundesländern entsprach relativ der Verteilung der gesamten Referendarschaft. Die Umfrageergebnisse haben insoweit repräsentativen Charakter.

Der Durchschnitts-Speyeraner ist Rechtsreferendar(in), ca. 29 Jahre alt und zu 65 % lediger Single. Weibliche und männliche Studierende halten sich die Waage.

Auffgefallen ist, dass die in Speyer studierenden Rechtsreferendare im Ersten Juristischen Staatsexamen meist besser waren als der Bundesdurchschnitt: während der bundesdurchschnittliche Jurist ein ausreichendes Ergebnis erzielt hat, legte die Mehrzahl der Speyerer Rechtsreferendare das Examen mit der Note „befriedigend“ ab.

Die Befragung ergab zudem, dass die meisten der Studierenden während des Studiums in Speyer und Umgebung Wohnsitz genommen haben. Nur 17 gaben an, täglich nach Speyer zu pendeln.

Die Mehrzahl der Hörer wurde durch Empfehlung auf die Möglichkeit des Studiums an der DHV Speyer aufmerksam. Es folgten als weitere Informationsquellen der Ausbildungsleiter im Referendariat sowie Fachliteratur und Fachzeitschriften. Deutlich unterrepräsentiert waren Informationen während des Erststudiums, Internetrecherche und Werbung. Es ist zu empfehlen, künftig stärker mit den Universitäten in Kontakt zu treten, um Speyer schon frühzeitig in die weitere Ausbildungsplanung der Studenten zu integrieren. Insbesondere sollte eine intensive Zusammenarbeit mit den jeweiligen Fachschaften angestrebt werden. Schließlich sollte die mehrheitlich als sehr gelungen beurteilte Homepage der Hochschule mehr mit anderen Internetauftritten vernetzt werden.

Die Hörer haben sich aufgrund vieler Gründe für Speyer entschieden. Keine der folgenden Begründungen für diese

Entscheidung wurde von den meisten Studierenden als „eher unwichtig“ oder „unwichtig“ beurteilt: Ein Aufenthalt an der DHV Speyer stellte für die meisten Hörer die beste Alternative zu anderen Referendarstationen dar. Dies ist ein großes Kompliment an die Hochschule, da sich den Referendaren heute – vor allem in der Wahlstation – vielfältige Ausbildungsmöglichkeiten bieten.

Ausschlaggebend für Speyer waren darüber hinaus die Verbesserung der beruflichen Qualifikation, die Vorbereitung auf die Prüfungen des Zweiten Juristischen Staatsexamens, die hohe Reputation der Hochschule sowie die Möglichkeit interdisziplinären Lernens und Arbeitens. Weniger wichtig waren studentische Lebensart, Attraktivität des sozialen Lebens und die Möglichkeit des Knüpfens beruflicher Kontakte. Die Hochschule sollte daher noch mehr verdeutlichen, welche hochqualifizierten Führungspersönlichkeiten in Speyer lehren und wie einfach es ist, sich hier mit ihnen in persönlichen Gespräch auszutauschen.

Die Ex-Post-Motivation entspricht im Wesentlichen der Ex-Ante-Motivation. Speyer rangiert als beste Alternative zu anderen Stationen nach wie vor an erster und die Möglichkeit des Knüpfens beruflicher Kontakte an letzter Stelle.

Die Qualität des Lehrangebots und die Ausstattung der DHV Speyer wurden als überdurchschnittlich bewertet. Die Räumlichkeiten der Hochschule erhielten von 86 % der Hörer das Zeugnis gleich gut oder besser. 27 % der Befragten gaben sogar an, diese seien deutlich besser. 62 % der Befragten lobten den Campus im Vergleich zur Hochschule ihres Erststudiums. Noch bessere Noten erhielten die Lehrveranstaltungen. Ihre Inhalte wurden im Vergleich zur Hochschule des Erststudiums von 69 % besser beurteilt. Hervorgehoben wurde hier neben der Kompetenz der Dozenten besonders deren Motivation.

Der Fragebogen bot die Gelegenheit, das Speyer-Semester mit einem kurzen, prägnanten Statement zu beschreiben. Nur sehr wenige Aussagen waren negativ („zu kurz“, „zu wenig auf nicht-juristische Aufbauhörer ausgerichtet“, „langweilige und öde Kleinstadt“).

Die meisten Beurteilungen waren jedoch positiv. Die Zeit in Speyer wurde bewertet als „interessant“, „außergewöhnlich“, „zukunftsweisend“, „empfehlenswert“, „unvergeßlich“, „multikulturell“, „sozial interessant“, „arbeitsintensiv“, „abenteuerlich“ und „abwechslungsreich“. Das Studium und der Aufenthalt in Speyer wurden beschrieben u.a. als „gute Mischung aus sozialem Leben und Lernen“, „Höhepunkt des Referendariats“, „juristisches Mekka“, „Comeback der Studienzeit“, „neue und interessante Erfahrung“, „kurzweilige Karrierechance“, „außergewöhnliche Erfahrung“, „erster Schritt in die berufliche Zukunft“, „gelungene persönliche und fachliche Weiterbildung“, „unverzichtbarer Blick über den Tellerrand“, „Trainingslager für das Zweite Staatsexamen“, „rundum gelungene, empfehlenswerte Sache“ und „sehr wertvoller Lebensabschnitt“.

RRef. Tim C. Werner  
Hörer im WS 2001/2002

## Zeitgeist in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft

Die Vorlesung von em. Univ.-Professor Dr. Waldemar Schreckenberger „Zeitgeist in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft“ richtete im Wintersemester 2001/2002 den Blick auf allgemeine rechtsphilosophische Fragen, die den Gesamtzusammenhang zwischen Recht und Gesellschaft sowie die Stellung des Rechts in der kulturellen Tradition des modernen Staatsverständnisses erörtern. Zweck war nicht nur die Vertiefung des Fachwissens, sondern auch die Vermittlung von Sinnzusammenhängen, die auch einem breiteren Publikum zugänglich sind. Somit wurde ein Beitrag geleistet zur Kultivierung der politischen Auseinandersetzung.

## Magisterprüfung 2001/2002

Mit der Ausgabe der Themen der Magisterarbeiten begann am 30. Januar 2002 die Magisterprüfung 2001/2002. Am Abschlussexamen nahmen in diesem Semester 56 Kandidatinnen und Kandidaten teil (31 Deutsche, 25 Ausländer). Die mündlichen Prüfungen fanden am 22., 23. und 24. April statt. Am späten Nachmittag des 24. April wurden die Magisterurkunden feierlich überreicht.

## Verwaltungswissenschaftliches Aufbaustudium

Zum neuen - 27. Jahrgang - des verwaltungswissenschaftlichen Aufbaustudiums wurden 26 deutsche Hörerinnen und Hörer (17 Juristen, sieben Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler, ein Diplom-Pädagoge und ein Diplom-Geograph) zugelassen. Zusammen mit 19 ausländischen Teilnehmerinnen und Teilnehmern, die zum Teil bereits ein Ergänzungsstudium an der DHV Speyer absolviert haben, nehmen mindestens 45 handverlesene Teilnehmerinnen und Teilnehmer an diesem in Deutschland einmaligen Aufbaustudiengang teil. Einige nachträgliche Zulassungen von deutschen und ausländischen Studienbewerbern werden sicherlich noch im Laufe des April erfolgen.

## European Master of Public Administration (EMPA-Programm)

Am 6.12. 2001 war die DHV Speyer Gastgeber des jährlichen „Board Meeting“ des internationalen Netzwerks. Anwesend waren Vertreter der Universitäten Tartu (Estland), Leuven (Belgien), Budapest (Ungarn) sowie Rotterdam und Leiden (Niederlande). Neben der inhaltlichen Weiterentwicklung und räumlichen Ausdehnung des Programms auch auf südeuropäische Partner war die Rückkehr der Universitäten Leiden und Rotterdam in das Netzwerk von herausragender Bedeutung. Vier Speyerer Teilnehmern, die ihr Auslandssemester in Tartu und Budapest absolviert und alle inhaltlichen Voraussetzungen erfüllt haben, wurden die Urkunden ausgehändigt. Univ.-Prof. Dr. Gisela Färber von der DHV Speyer übernahm den Vorsitz des Netzwerkes von Univ.-Prof. Dr. György Jenei, Budapest University of Economic Sciences. Das nächste Treffen soll im Wintersemester 2002/2003 in Rotterdam stattfinden.

## Ausländische Studierende im Wintersemester 2001/2002

### Ausländische Hörerinnen und Hörer im Ergänzungsstudium

Im Wintersemester 2001/2002 absolvierten acht ausländische Hörerinnen und Hörer das verwaltungswissenschaftliche Ergänzungsstudium. Die aus den Ländern Kasachstan, Marokko, Russland, Benin, der Volksrepublik China, Polen, Indonesien und der Mongolei kommenden Studierenden konnten ihre Sprachkenntnisse weiter verbessern und noch vorhandene größere Wissenslücken schließen, so dass sie im Mai 2002 gut „gerüstet“ in das von ihnen angestrebte Aufbaustudium starten werden.

### Ausländische Hörerinnen und Hörer im Aufbaustudium

Im verwaltungswissenschaftlichen Aufbaustudium studierten im Wintersemester insgesamt 26 ausländische Hörerinnen und Hörer aus 19 verschiedenen Ländern, darunter 14 Hochschuldozenten und Führungskräfte der öffentlichen Verwaltungen aus Ent-

wicklungsländern, die als Stipendiaten der Deutschen Stiftung für internationale Entwicklung (DSE) am gemeinsam von Hochschule und DSE durchgeführten verwaltungswissenschaftlichen Studienprogramm teilnehmen. Im Anschluss an das Wintersemester begann für sie die „heiße“ Prüfungsphase mit der binnen sechs Wochen anzufertigenden Magisterarbeit und der Ende April zu absolvierenden mündlichen Magisterprüfung.

### Ausländische Doktoranden

Die Teilnahme von insgesamt 13 ausländischen Studierenden aus zehn verschiedenen Ländern stellte für das Doktorandenstudium der DHV Speyer im Wintersemester 2001/2002 eine große Bereicherung dar. Acht Doktoranden aus Brasilien, Burkina Faso, Südkorea, Pakistan und Indonesien werden vom Senatsbeauftragten für das Ausländer-Aufbaustudium, Univ.-Prof. Pitschas, betreut. Die übrigen Doktoranden promovieren bei den

Univ.-Prof. Dres. Duwendag, Sommermann, Fisch und Siedentopf. Sie kommen aus den Ländern Russland, Österreich, Bolivien, Tschechien und Thailand.

### Aktivitäten im Ausländerstudium

Die traditionelle Weihnachtsfahrt, die alljährlich vom Referat Ausländer-Aufbaustudium mit finanzieller Unterstützung des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD) veranstaltet wird, führte die ausländischen Studierenden in diesem Jahr am 10. Dezember nach Würzburg. Sowohl der Gang durch die malerische Altstadt als auch die Besichtigung der eindrucksvollen Würzburger Residenz begeisterte die ausländischen Exkursionsteilnehmer. Aber auch die Gaumenfreuden kamen beim gemeinsamen Mittagessen in den historischen „Bürgerspital-Weinstuben zum Heiligen Geist“ sowie beim Besuch des Weihnachtsmarktes nicht zu kurz.

## Schlemmen für den guten Zweck Schaffermahl der Hörerschaft der DHV Speyer



Grünkohl mit Pinkel ...

Eine alte Tradition für einen guten Zweck wiederbeleben und dazu einen interessanten Vortrag anbieten. Dies gelang der Hörerschaft der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer mit ihrer vierten Schaffermahlzeit in der Aula der DHV Speyer. Dazu wurde ein deftiges Grünkohl-essen gereicht. Nach einem musikalisch umrahmten Aperitif im Foyer der Hochschule folgte dann ein Vortrag zum „Aufbau des Rechtsstaats in Sachsen“, ein Thema, das auch auswärtige Gäste an die Hochschule lockte.

Die Hörer hatten alles selbst vorbereitet, den Saal passend

mit maritimer Dekoration geschmückt und das Essen angerichtet. Serviert wurde Grünkohl mit Pinkel ebenfalls von Hörerinnen und Hörern, die keinen Wunsch der zahlreichen Gäste offen ließen und dadurch das ideale Umfeld für so manch interessantes Gespräch schufen.

Das Vorbild für dieses Gastmahl der Hörerschaft ist das berühmte Bremer Schaffermahl, das älteste, noch heute praktizierte Brudermahl der Welt. Ursprünglich war es eine letzte Lagebesprechung mit Abschiedessen, zu dem sich Schiffer, Schiffseigner und Kaufleute trafen, bevor es im Frühjahr nach der Eisschmelze wieder auf große Fahrt ging. Im Laufe der Zeit wurde es üblich, auch auswärtige Gäste aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur einzuladen.

So entwickelte sich aus dem Schaffermahl ein renommiertes Freundschaftessen für Kapitäne und Bremer Kaufleute, deren

Gäste und auswärtige Geschäftspartner. Die bis ins Jahr 1545 zurückreichende Tradition und der soziale Zweck des Essens, nämlich die finanzielle Unterstützung altgedienter Seefahrer, sind in Bremen seit Jahrhunderten unverändert geblieben.

Genau wie in der Hansestadt kommt auch der Erlös des Speyerer Schaffermahls einem guten Zweck zugute: Er fließt in einen speziellen Fonds der Hörer-



... und interessante Gespräche Fotos: DHV

schaft, aus dem ausländische Hörerinnen und Hörer der Hochschule unterstützt werden.

### Promotionen im Wintersemester 2001/2002

- Andreas Lasar:** (21. November 2001) „Dezentrale Organisation in der Kommunalverwaltung“, Betreuer: Univ.-Prof. Dr. Heinrich Reiner mann.
- Brigitte Jährling-Rahnefeld:** (3. Dezember 2001) „Verfassungsmäßigkeit der Grundrente“, Betreuer: Univ.-Prof. Dr. Rainer Pitschas.
- Elmar Döhler:** (11. Dezember 2001) „Autonome Besteuerungsrechte für Gliedstaaten und Gemeinden in ausgewählten föderativen Finanzverfassungen“, Gutachter: Univ.-Prof. Dr. Gisela Färber.
- Natascha Fächter:** (22. Januar 2002) „Die Modernisierung der Zentralverwaltung in Großbritannien und Deutschland - Strategien konservativer und sozialdemokratischer Regierungen“, Betreuer: Univ.-Prof. Dr. Dr. Klaus König.
- Beate Busse:** (28. Januar 2002) „Immaterielle und materielle Leistungsanreize. Leistungsanreize in der öffentlichen Verwaltung am Beispiel von Kommunalverwaltungen“, Betreuer: Univ.-Prof. Dr. Helmut Klages.
- Thomas Steigleder:** (29. Januar 2002) „Modelle der staatlich kontrollierten Selbstregulierung im Bereich der naturwissenschaftlich-technischen Forschung“, Betreuer: Prof. Dr. Hellmut Wagner.

## Ein Wintermärchen

### Abschlussball der Hörschaft im Wintersemester 2001/2002

Getreu dem Motto des Abends „Ein Wintermärchen“ ließen sich etwa 500 Gäste am 25. Januar an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer verzaubern. Die Hörschaft der Hochschule, Rektor Univ.-Professor Dr. Rudolf Fisch und Oberbürgermeister Werner Schineller als Vorsitzender der Hochschulvereinigung hatten zum Semesterabschlussball eingeladen.

Nach einem Sektempfang und der offiziellen Balleröffnung durch Rektor Fisch und Hörsprecherin Heike Schulz sorgte eine schwungvolle Band mit hei-



erreichte die Stimmung jedoch um Mitternacht, als Hörschaftschor und Gäste gemeinsam als Huldigung an die zurückliegenden Monate die „Hymne der Hörschaft des Wintersemesters 2001/2002“, das Pfälzerlied, anstimmten.

Weitere vielbejubelte Programmpunkte der von OB Schineller mit einem großzügigen Scheck der Hochschulvereinigung bezuschussten Veranstaltung waren eine Tombola und mehrere Schau-



Ben Rhythmen für viel Bewegung auf der Tanzfläche. Die dort verbrauchten Kalorien konnten den ganzen Abend hindurch an einem üppigen kaltwarmen Buffet wieder aufgebaut werden. Außer kulinarischen Genüssen hatten die Organisatoren des Festes aber auch viele musikalische Höhepunkte zu bieten.

Neben den bravourösen Einlagen des Chors und des Salonorchesters der Hörschaft unter der bewährten Leitung von Dr. Georg Butterwege brillierten die Hörer Andrea Roland, Mezzosopran, und Christoph Göbel, Bariton, mit klassischen Gesangseinlagen. Den absoluten Kulminationspunkt

Bis in den frühen Morgen tanzten und feierten Hörerinnen und Hörer, Professoren, Hochschulmitarbeiter, Ehemalige und zahlreiche auswärtige Gäste in der als Winterlandschaft dekorierten Aula. Trotz der ausgelassenen Stimmung schwang jedoch auch ein wenig Wehmut mit: Immerhin steht dieser Ball auch für den Abschied von



Speyer, wo die 500 Hörer der Hochschule drei Monate lang gemeinsam gelebt, gelernt und gelacht haben.



Beschwingter Tanz, gutes Essen und Musik: Eine rauschende Ballnacht  
Fotos: DHV

## „Einiges geschafft“, dennoch wehmütiger Abschied



Zum letzten Mal in der Aula

Ein letztes Mal versammelten sich die Hörerinnen und Hörer des Wintersemesters 2001/2002 der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer am 31. Januar 2002 in der Aula. Nach einem kurzen Rückblick auf die Höhepunkte des zurückliegenden Semesters ging der Rektor der Hochschule, Univ.-Professor Dr. Rudolf Fisch, auf die Ergebnisse der aktuellen Hörerumfrage ein. Die in jedem Semester stattfindende detaillierte Bewertung der DHV Speyer durch ihre Hörerinnen und Hörer, die zu systematischen Verbesserungen an der Hochschule genutzt wird, ist außergewöhnlich gut ausgefallen. Erzielte die Hochschule schon im letzten Sommersemester hervorragende Noten, so konnten diese jetzt sogar noch gesteigert werden. Besonders hervor hob Rektor Fisch ein in diesem Semester angelaufenes und von der Hochschule unterstütztes Projekt, das es Speyerer Absolventinnen und Absolventen ermöglicht, im Rahmen ihres Referendariats beim staatlichen Wiederauf-

bau im Kosovo mitzuwirken. Dort können sie vor Ort das an der Hochschule Erlernte umsetzen und ihre in Speyer erworbenen Kenntnisse in den Aufbau der Verwaltung einbringen.

Darüber hinaus zeigte sich Fisch beeindruckt vom außergewöhnlichen Engagement der Hörerschaft dieses Semesters: Schaffermahlzeit, Abschlussball, Länderfeten, Aufbau eines

Hörerschaftschors und eines Salonorchesters, sportliche Wettkämpfe



Abschiedsworte von Hörsprecherin RRef. Heike Schulz

und ein reges studentisches Leben wurden in kürzester Zeit abwechslungsreich und perfekt organisiert. Dabei wurden bei der wissenschaftlichen Qualität des Speyerer Lehrbetriebes nicht die geringsten Abstriche gemacht.

Auf dieses hohe Engagement ging auch Hörsprecherin RRef. Heike Schulz in ihrer Abschiedsrede ein. „Wir haben das Beste daraus gemacht und dabei einiges geschafft“, so kommentierte sie den Semesterverlauf. Stolz verwies Schulz darauf,

dass sich an keiner anderen deutschen Hochschule mehr als 50 % der Studentenschaft aktiv in die Organisation und Realisierung eines Semesters einbringen würden. „Dies schafft eine Lernatmosphäre, die Speyer einzigartig macht. Nur diejenigen, die selbst hier waren und hier zusammen gelebt, gelernt und gearbeitet haben, können das besondere ‚Speyer-Feeling‘ verstehen, das bei allen Ehemaligen glänzende Augen hervorruft“, so Schulz.

Wehmütig war dann der Abschied. In dieser Konstellation werden sich die Hörerinnen und Hörer wohl nie wiedersehen, auch wenn viele von ihnen im Rahmen der wissenschaftlichen Weiterbildung an die DHV Speyer zurückkehren werden. So klang denn die Veranstaltung eher besinnlich aus, als der Leiter des Hörerschaftschors und des Salonorchesters RRef. Dr. Georg Butterwegge zum letzten Mal zum Taktstock griff und alle Anwesenden gemeinsam noch einmal das Pfälzer-Lied anstimmten.



Der Hörschaftschor

Fotos: DHV

## Neuer Schwerpunkt an der DHV Speyer Ergänzungsstudium Wissenschaftsmanagement

An der DHV Speyer erfolgte zum Sommersemester 2002 mit dem Schwerpunkt „Wissenschaftsmanagement“ die Einrichtung eines neuen Schwerpunktes im Ergänzungsstudium. Das Ergänzungsstudium Wissenschaftsmanagement richtet sich einerseits an Nachwuchskräfte in Hochschulen, Forschungseinrichtungen, Wissenschaftsorganisationen und Ministerien, die von den jeweiligen Institutionen zur spezifischen Qualifizierung an die DHV Speyer entsandt werden. Natürlich steht das dreimonatige Ergänzungsstudium Wissenschaftsmanagement auch interessierten Einzelpersonen offen.

20 Hörerinnen und Hörer werden zugelassen, die interdisziplinäres Querschnittwissen im Wissenschaftsmanagement erwerben können, das einen Einsatz in verschiedenen Bereichen und Positionen des Wissenschaftssystems ermöglicht. Durch die Gestaltung des Lehrangebotes werden die Absolventen des Ergänzungsstudiums in die Lage versetzt, im Verlauf des einsemestrigen Studiums Einblicke in Grundlagen, Problemfelder und aktuelle Entwicklungen des Wissenschaftsmanagements zu erlangen. Wissenschaftler/innen der DHV Speyer bestreiten das Lehrprogramm gemeinsam mit Leitern von Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen, die auch an der Konzeption des Studiums mitgewirkt haben.

Die Organisation des Ergänzungsstudiums Wissenschaftsmanagement lehnt sich an das Verwaltungswissenschaftliche Ergänzungsstudium der DHV Speyer an. Der Studienverlauf des Ergänzungsstudiums Wissenschaftsmanagement ist bewusst offen gestaltet. Er bildet gleichsam ein Menu, aus dem die Hörerinnen und Hörer diejenigen Bereiche auswählen können, denen ihr besonderes Interesse gilt oder die besondere Relevanz für das Aufgabenprofil der sie entsendenden Institution haben.

Das Curriculum des Ergänzungsstudiums gliedert sich einerseits in einen generalistischen Bereich und andererseits in einen spezialistischen Teil für das Wissenschaftsmanagement. Der generalistische Bereich umfasst Grundzüge

- der Verwaltungswissenschaften, unter besonderer Berücksichtigung der Wissenschaftsverwaltung
- des öffentlichen Rechts, unter besonderer Berücksichtigung des Wissenschaftsrechts,
- der Wirtschaftswissenschaften,

- der Sozialwissenschaften,
- des New Public Management oder der wirkungsvollen (Verwaltungs)Führung.

Der Spezialisierungsbereich beinhaltet die folgenden forschungs- und wissenschaftsbezogenen Themenbereiche:

- I. Rechtliche Grundlagen und Instrumente
  - Hochschulrecht
  - Wissenschaftsadäquates Dienst- und Arbeitsrecht
  - Verträge und Lizenzen
- II. Wissenschaftsadäquates Management
  - Grundlagen des New Public Management
  - Public Private Partnership
  - Projektmanagement
  - Wissenstransfer
  - Informationstechnologie
  - Öffentliches Marketing
- III. Strategisches Management
  - Organisations- und Personalentwicklung
  - Qualitätssicherung im Wissenschaftsbereich (Akkreditierung, Evaluation, Benchmarking)
  - Change Management
- IV. Finanzmanagement
  - Neues Haushaltsrecht (Globalhaushalt, Budgetierung, Kennzahlen)
  - Wissenschaftsadäquates Rechnungswesen und Kosten-Leistungs-Rechnung
  - Öffentliches Controlling, Balanced Scorecard

Soziale Fähigkeiten wie Mediation, Gesprächstechnik und Konfliktlösung, Präsentation und Rhetorik, sollen überwiegend im Rahmen der Seminare, Kolloquien und Arbeitsgemeinschaften vermittelt werden. Weitere Informationen finden Sie unter [www.dhv-speyer.de](http://www.dhv-speyer.de).

Das Ergänzungsstudium Wissenschaftsmanagement bildet den ersten Baustein der Ausbildung des Nachwuchses im Wissenschaftsmanagement. Die Ausbildung im Wissenschaftsmanagement ist eine der Aufgaben des Zentrums für Wissenschaftsmanagement, das vom Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung und der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer gemeinsam mit weiteren Partnern in Speyer aufgebaut wird (siehe auch den Bericht auf den Seiten des FÖV).

## Publikationen

### Schriftenreihe

- 148 Rainer Pitschas (Hrsg.), Kriminalprävention und Neues Polizeirecht. Zum Strukturwandel des Verwaltungsrechts in der Risikogesellschaft, Vorträge und Berichte in der Werkstatt zur inneren Sicherheit über „Kriminalprävention in staatlicher und zivilgesellschaftlicher Verantwortungspartnerschaft an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer, Berlin 2002.

### Vorträge

- 65 Rudolf Fisch, Verwaltung im 21. Jahrhundert - die Rolle der Entscheider, Rektoratsrede anlässlich der Eröffnung des Wintersemesters 2001/2002, verbunden mit der Verleihung der Honorarprofessur an Dr. Dieter Engels, Dr. Marga Pröhl und Dr. Gunnar Schwarting, Speyer 2002.
- 66 Hans Otto Streuber, Europa und die deutsche Sparkassenorganisation, Abendvortrag im Wintersemester 2001/2002, Speyer 2002.
- 67 Dieter Beck, Verwaltungshandeln bei umstrittenen Großvorhaben - Eine sozialpsychologische Perspektive, Antrittsvorlesung im Wintersemester 2001/2002, Speyer 2002.

### Arbeitshefte

- 138 Marion Weschka, Internationale Standards zur Bioethik: Handlungsbedarf für die Bundesrepublik Deutschland, Speyer 2001.
- 139 Heinrich Siedentopf, Modernisierung von Staat und Verwaltung / Reform der Kommission der Europäischen Gemeinschaften: Dokumentation zum 8. Deutsch-Französischen Verwaltungskolloquium der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer und der Ecole Nationale d'Administration in Strasbourg am 5. und 6. Juni 2001, Speyer 2002.
- 140 Sven Hinterseh, Ausschüsse gem. § 73 Abs. 2 VwGO - Funktion, Bedeutung und Perspektiven im Widerspruchsverfahren, auch unter Berücksichtigung der verwaltungswissenschaftlichen Gesichtspunkte (Veröffentlichung in Vorbereitung).
- 141 Rainer Pitschas / Bernd Baron von Maydell / Bernd Schulte, Teilhabe behinderter Menschen an der Bürgergesellschaft in Asien und Europa - Eingliederung im Sozial- und Rechtsvergleich, Speyer 2002.
- 142 Stefan Kleb, Direkte Demokratie in der Republik Polen, Speyer 2002.

## Personalia (1. Oktober 2001 bis 1. April 2002)

### a) Einstellungen

- 01.10.2001 Liebig, Armin, Mag. rer. publ., M. A., wiss. Mitarbeiter beim 6. Speyerer Qualitätswettbewerb
- 01.10.2001 Schleder, Pascal, Assessor, wiss. Mitarbeiter beim Ausländer-(Aufbau-)Studium
- 01.01.2002 Saatweber, Vera Silke, Dipl.-Kulturpädagogin, wiss. Mitarbeiterin beim 6. Speyerer Qualitätswettbewerb
- 01.02.2002 Schmid, Karin, Sekretärin beim 6. Speyerer Qualitätswettbewerb
- 01.04.2002 Schorr, Annette, wiss. Mitarbeiterin am Lehrstuhl von Univ.-Prof. Dr. Dr. Merten

### b) Ausgeschieden

- 26.10.2001 Schleder, Pascal, Assessor, wiss. Mitarbeiter beim Ausländer-(Aufbau-)Studium
- 31.12.2001 Koch, Robert, Verwaltungsarbeiter
- 31.12.2001 Schott, Brigitte, Lehrstuhlsekretärin
- 31.01.2002 Theobald, Bernhard, M. A., Mag. rer. publ., wiss. Mitarbeiter
- 31.03.2002 Reimann, Ellen, Lehrstuhlsekretärin
- 31.03.2002 Freund, Thomas, Oberregierungsrat, wiss. Mitarbeiter
- 01.04.2002 Medl, Elsie, Lehrstuhlsekretärin

### c) Dienstjubiläen

- Hofmann, Brigitte, Verwaltungsangestellte, beging am 9. Dezember 2001 ihr 25-jähriges Dienstjubiläum.

## SpeyerBrief Nr. 22

Wintersemester 2001/2002

### Impressum

Herausgeber: Rektor der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer

Redaktion: Referat für Information und Kommunikation der DHV Speyer,

Freiherr-vom-Stein-Str. 2,  
67346 Speyer;

Tel.: 06232/654-214;

Fax: 06232/654-208;

E-Mail: strohm@dhw-speyer.de

Verantwortlich: Dr. Klauspeter Strohm, M. A.

Bearbeitung: Christiane Gerst

Satz und Druck: DHV Speyer, Druckerei

Erscheinungsweise: einmal pro Semester, Auflage: 2500

Nachdruck bei Quellenangabe und Übersendung eines Beleg-exemplars gestattet.

Fotonachweis: DHV, John-Koch, Gille, Ihringer, Margies, Internationales, Privat, Innenministerium NRW, FÖV, V. Mink (IM NRW); Titelfoto: DHV

## Verwaltungsreform keine Sisyphos-Arbeit Evaluationstagung der DHV Speyer in Herne



Die Fortbildungsakademie Mont Cenis in Herne Foto: Innenministerium NRW

Was hat das 2. Modernisierungsgesetz in Nordrhein-Westfalen für die Reform der Verwaltungsorganisation gebracht und wie haben die Mitarbeiter diese Strukturreform „verkräftet“?

Diese Fragen standen im Mittelpunkt einer Evaluationstagung, die die Hochschule unter der Leitung von Professor Dr. Hermann Hill und in Zusammenarbeit mit dem Innenministerium Nordrhein-Westfalen am 17. und 18. Januar

in der Fortbildungsakademie des Innenministeriums in Herne veranstaltete. Die Tagung, die an eine Veranstaltung im Herbst 2000 zur Reform der Mittelinstanz in Rheinland-Pfalz anschließt, ist ein weiterer Baustein der Reihe „Speyer vor Ort“, die den Landesverwaltungen die Möglichkeit bietet, Reformmaßnahmen durch Tagungen der Hochschule außerhalb von Speyer begleiten und evaluieren zu lassen.

Mit dem 2. Modernisierungsgesetz vom Januar 2000 wurden grundlegende Entscheidungen für den Verwaltungsaufbau in

Nordrhein-Westfalen getroffen: Die Stärkung der Bezirksregierungen durch Integration von Sonderbehörden, die Überführung von Fachverwaltungen in die Organisationsform des Landesbetriebes sowie der Einfluss der Regionalräte bei Planungen und Förderprogrammen.

Der Innenminister des Landes, Dr. Fritz Behrens, verwies in seinem Eröffnungsvortrag auf die



Angeregte Podiumsdiskussion in Herne

Foto: V. Mink, Innenministerium NRW

Notwendigkeit zukunftsfähiger Strukturen für den Lebens- und Wirtschaftsstandort NRW, die durch das Modernisierungsgesetz geschaffen worden seien. Nach dieser Konfiguration der „hardware“ gelte es nun, sich der „software“, der Binnenmodernisierung, zuzuwenden. Ein erster Schritt sei mit der Umsetzung der Vision 2004 im Innenministerium getan worden. Möglichkeiten und Grenzen des Wissenstransfers bei der Verwaltungsreform verdeutlichte Professor Dr. Dr. Klaus König an den Beispielen Großbritannien, mit der Fortsetzung einer von

New Labour zwar modifizierten, im Grunde jedoch „konservativen Verwaltungsrevolution“, den Niederlanden, mit politischer Partizipation und sozialer Erneuerung in einem Netzwerk sozialer Akteure und Deutschland zwischen eiserner Sparpolitik und Aktivierendem Staat.

Im Zentrum des ersten Tages standen Erfahrungsberichte aus den reformierten Behörden, insbesondere aus den Bezirksregierungen Arnsberg und Münster: Deutlich wurde, dass die Reform sowohl für integrierte als auch für aufnehmende Behörden eine Herausforderung an die eigene Innovationsfähigkeit darstellt: Die Verbindung unterschiedlicher Verwaltungskulturen und

Arbeitsweisen, aber auch räumliche Trennungen innerhalb von Behörden verliefen nicht immer problemlos. Ganz besondere Schwierigkeiten bereiten den Mitarbeitern, aber auch der politischen Führung dienstrechtliche Fragen wie Besoldungsstruktur und aufsichtsrechtliche Zersplitterung, die – wie auch Behrens bestätigte – dringend gelöst werden müssten. Insgesamt aber habe mit der Modernisierung, so Gerd Stähler in seinen Ausführungen über den Strukturreformprozess, die jahrzehntelange Diskussion über die Mittelinstanz, die Zahl der Be-

zirksregierungen und ihr Verhältnis zu den Landschaftsverbänden einen guten Abschluss gefunden.

Trotz einiger inhaltlicher und zeitlicher Probleme gestaltete sich die Zusammenarbeit zwischen Parlament und Regierung außerordentlich konstruktiv, so übereinstimmend der Staatssekretär im Innenministerium,

gierung seine Selbstständigkeit als Behörde aufgeben müssen, auch machten sich Unterschiede zwischen Mitarbeitern integrierter Behörden und alter Stammbesetzung noch bemerkbar. Wie der Umbau einer Landesbehörde zu einem Landesbetrieb gestaltet werden kann und welche Auswirkung dies auf das Personal und interne Prozesse hat, er-

nalverbandes Ruhr bzw. der Agentur Ruhr als regionalem Kooperationsverband gegenüber: Die Vertreter der staatlichen Verwaltung - Innenminister Behrens, Regierungsvizepräsident Kosow und der Landrat des Kreises Unna, Gerd Achenbach, - sahen keine Notwendigkeit einer Superstadt Ruhr, die aufgrund ihrer Größe nicht steuerbar sei und von daher in Bezirke untergliedert werden müsse, so dass sich keine Änderung zur jetzigen Situation ergebe. Zudem sei eine Grenzziehung zu den Nachbarregionen - Rheinland, Niederrhein, Sauerland und Westfalen - schwierig. Behrens sprach sich nachhaltig für die Nutzung der vorhandenen Kooperationsmodelle aus, zeigte sich aber auch offen für weitere Gesetzesänderungen, sofern diese für eine intensivere Zusammenarbeit wirklich erforderlich seien.



Interessiertes Auditorium in Mont Cenis

Foto: V. Mink, Innenministerium NRW

Wolfgang Riotte und der Landtagsabgeordnete Hans Krings. Beide kamen in ihren detailreichen Ausführungen zu dem Schluss, dass sich das Ergebnis sehen lassen könne und sowohl aus der Perspektive des Landtages als auch der Regierung überzeugend sei.

In Vertretung des Regierungsvizepräsidenten von Arnsberg trug der Vizepräsident Heiko Kosow die Sicht der Mittelinstanz vor. Positiv bewertete er die Grundsatzentscheidung für die Mittelinstanz als tragendem Grundpfeiler einer gestrafften Landesverwaltung. Dass es zu Problemen bei der Reform gekommen sei, sei verständlich, schließlich habe etwa das Bergamt durch die Integration in die Bezirksre-

läuterte Dr. Volker Oerter, Geschäftsführer des neuen Bau- und Liegenschaftsbetriebes. Die neue Philosophie des als Sondervermögen geführten zentralisierten Liegenschaftsmanagements, das auch standortbezogen plant, lässt sich nach Oerter in dem Satz zusammenfassen: „Niemand verwechselt mehr Anträge mit Aufträgen“.

Schon die Zusammensetzung des Podiums ließ eine interessante Diskussion zum Thema „Macht die Ruhrstadt die Landesverwaltung überflüssig?“ versprechen: Mit dem Oberbürgermeister der Stadt Gelsenkirchen, Oliver Wittke, stand ein vehementer Verfechter einer „Ruhrstadt“ drei Anhängern der bisherigen Lösung des Kommu-

Als Fazit der Veranstaltung lässt sich eine Anmerkung Gerd Stählers zitieren: Bis zu einem gewissen Grade sei Verwaltungsreform schon Sisyphos-Arbeit, man brauche Ausdauer und langen Atem. Die Vergeblichkeit menschlichen Handelns als Kennzeichen der Sisyphos-Arbeit habe er angesichts der Erfolge jedoch nicht bestätigen können.

Weitere Informationen zur Tagung können im Internet unter <http://www.dhv-speyer.de/hill/Tagungen-2002/NRW.htm> abgerufen werden.

Monika John-Koch

## Reformprozesse in Verwaltung und Management

**Evaluation ermöglicht Qualitätssicherung, Qualitätsentwicklung und Steuerung von Reformprozessen in öffentlicher Verwaltung und privatem Management. Die 4. Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Evaluation e.V. (DeGEval) fand am 4. und 5. Oktober 2001 an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer statt. Das Eröffnungsreferat hielt Regierungsrat Prof. Dr. Ernst Buschor, Vorsteher der Bildungsdirektion des Kantons Zürich zum Thema „Evaluation und New Public Management“. Evaluation als systematische, empirisch gestützte Bewertung und Nutzenanalyse ist in alle Bereiche öffentlicher Dienstleistung und privaten Managements vorgedrungen.**

Dies bewies die Tagung unter dem Titel „Evaluation in Verwaltung und Management“. Noch ist zu wenig bekannt, dass es mittlerweile in zahlreichen Bereichen des öffentlichen Lebens Verpflichtungen zur Evaluation gibt.

So müssen die Schulen in fast allen Bundesländern die aufgestellten Schulprogramme einer Evaluation unterziehen und auch fast das gesamte Forschungssystem der Bundesrepublik wurde evaluiert. Die Evaluationssysteme in der staatlichen und nicht-staatlichen Entwicklungszusammenarbeit wurden in den letzten Jahren deutlich verändert. Evaluation von Studium und Lehre sowie Hochschulrankingsysteme erlebten in den letzten Jahren einen regelrechten Boom. Bei der Umstellung von Besoldungssystemen im Bildungsbereich auf leistungsgerechte Bezahlung werden Evaluationssysteme als Grundlage diskutiert. Auch für berufliche Weiterbildungsangebote werden Qualitätstests gefordert. Der Wert und Nutzen moderner Steuerungsinstrumente in der öffentlichen Verwaltung für den Bürger als Kunden stehen nach einer Phase der Reform euphorie auf dem Prüfstand.

Die DeGEval bietet in Deutschland eine breite Plattform für den Austausch aller an Evaluationen Beteiligten von der Praxis bis zur Wissenschaft, vom Auftraggeber bis zum Consultant. Während der Tagung wurden deshalb neben Fachthemen gerade auch interdisziplinäre Fragen erörtert, wie Notwendigkeiten und Chancen von Studium und Weiterbildung in Evaluation, gute Praxis und Standards für Evaluation sowie Hilfsmittel für die Durchführung von Evaluationen.

Im Mittelpunkt des letzten Tages des DeGEval-Kongresses an der DHV Speyer stand eine Podiumsdiskussion, auf der die Zukunft der Evaluation von Verwaltungen erörtert wurde. Kernpunkt der kontroversen Debatten war die Bedeutung von externer und interner Begutachtung von Verwaltungshandeln.

Unter der Moderation von Univ.-Prof. Dr. Rudolf Fisch, Rektor der Hochschule, diskutierten Prof. Gerhard Banner, Vorstand der KGSt a.D., Dr. Rudolf Dieckmann, Präsident des Rechnungshofes der Hansestadt Hamburg, MinDirig. Peter Seyfried vom Innenministerium Baden-Württemberg, Dr. Jörg Bogumil, Fern-Universität Hagen, Univ.-Prof. Dr. Hermann Hill, DHV Speyer, und Prof. Dr. Helmut Wollmann, Berliner Humboldt-Universität.

Zwar seien in Deutschland die ersten Schritte in Richtung der Evaluation von Verwaltungspolitik im Sinne einer Aufgaben-Zweckkritik bereits durch die Schaffung des notwendigen gesetzlichen Rahmens erfolgt. Dennoch gäbe es noch große grundsätzliche Probleme. Traditionell allein auf rechtliche Richtigkeit ihres Handelns hin ausgerichtet, fielen es deutschen Verwaltungen besonders schwer, sich auf Kriterien wie Bürgernähe oder Kostengünstigkeit hin umzuorientieren, so Banner. Die genau in diese Umbruchphase fallenden Bestrebungen, mit quantitativen Methoden qualitative Faktoren zu messen, müsse bei den Verwaltungen auf Skepsis stoßen, zumal die politischen Ziele der jeweiligen Evaluation für die Bewerteten oft unklar sind.

So warnte Banner vor einer „Koalition der Schummerler“, die sich aus der Janusköpfigkeit jeder Bewertung von Verwaltungshandeln ergeben könnte: Bewertungen sind zwar wichtige Messinstrumente, sie bergen aber politische Gefahren in sich, die am Wert jeder unverfälschten und beschönigenden Selbstevaluation zweifeln lassen. Eine unabhängige externe Bewertung muss jedoch vor allem von dem jeweils Evaluierten gewollt werden. Gerade gegen sie rege sich aber der meiste Widerstand, da von ihr Risiken wie die Möglichkeit von Stellen- oder Mittelkürzungen ausgingen.

Dennoch ist ein institutionalisierter öffentlicher Leistungsvergleich, etwa durch Benchmarking wichtig, den Bogumil als möglichen dritten Weg zwischen ungeliebter externer Evaluation und oftmals ineffektiven internen Kontrollmechanismen vorstellte. Dieses Konzept verfolgt der von den Univ.-Professoren Dres. Hill und Klages ins Leben gerufene Speyerer Qualitätswettbewerb für öffentliche Verwaltungen schon seit 10 Jahren mit großem Erfolg (vgl. unser TOP-Thema).

Einigkeit bestand unter allen Teilnehmern darüber, dass durch die neuen Steuerungsmodelle in der öffentlichen Verwaltung, durch Controlling, Kosten-Leistungsrechnung und modernes Berichtswesen wichtige Entscheidungsinformationen gesammelt werden können, deren Gewinnung und Auswertung immer wichtiger werden wird. Daher bleibt zielgerichtete Evaluation trotz der ihr innewohnenden Problematiken ein entscheidendes Instrument für sinnvolles Ressourcenmanagement.

### 13. Europa-Seminar Speyer

Das Zusammenwachsen Europas und seine zunehmende Bedeutung für die deutschen Länder machen aktuelle Kenntnisse von Führungskräften der Verwaltung über Recht und Politik der Europäischen Union unabdingbar. Das Europa-Seminar Speyer, das bereits seit 1990 von der Hochschule angeboten wird, bietet daher die Gelegenheit zum intensiven Dialog und Erfahrungsaustausch mit namhaften Experten aus Wissenschaft und Praxis. Das „13. Europa-Seminar Speyer“ zu aktuellen Fragen des europäischen Integrationsprozesses fand vom 9. bis 12. Oktober 2001 unter der wissenschaftlichen Leitung von Univ.-Prof. Dr. Siegfried Magjara und Univ.-Prof. Dr. Dr. h.c. Heinrich Siedentopf statt.

Einen Schwerpunkt der Tagung bildete die grundlegende Frage nach der weiteren Entwicklung der EU, die mit der gegenwärtigen Diskussion um eine europäische Verfassung und den künftigen Status der im Dezember 2000 feierlich proklamierten Charta der Grundrechte der europäischen Union neue Bedeutung gewonnen hat und eng mit der bevorstehenden Erweiterung der EU um neue Mitgliedstaaten verbunden ist. Zur „Zukunft der Europäischen Union“ referierten Jo Leinen, Minister a.D. und Mitglied des Europäischen Parlaments, der Co-Berichterstatter im Europäischen Parlament zur Regierungskonferenz 2000 war, und

der Leiter des Europareferats des Staatsministeriums Baden-Württemberg, Dr. Claus-Peter Clostermeyer, Leitender Ministerialrat. Dabei zeigte sich, dass einer Neuordnung der Zuständigkeiten zwischen der EU und ihren Mitgliedstaaten besondere Bedeutung zukommt. Wenn auch hinsichtlich verschiedener Einzelfragen, wie z.B. der Eignung eines Kompetenzkatalogs und des Konventverfahrens, unterschiedliche Auffassungen bestanden, so waren sich Referenten und Teilnehmer doch über die zu lösenden Problemfelder einig, die auch der Europäische Rat von Laeken zwei Monate später in seiner „Erklärung zur Zukunft der Europäischen Union“ als Auftrag an den eingesetzten „Konvent zur Zukunft Europas“ formuliert hat. Zur Erweiterung der EU sprachen der Leiter der Wirtschafts- und Handelsabteilung der Botschaft der Republik Polen, Außenstelle Köln, Jan Wawrzyniak, der auf aktuelle Entwicklungen und Fragestellungen aus polnischer Perspektive einging, und Prof. Dr. Bernhard Friedmann, Mitglied des Europäischen Rechnungshofes, der Probleme und Möglichkeiten der Finanzierung der Erweiterung aufzeigte.

Neben weiteren aktuellen Entwicklungen, z.B. in den Bereichen grenzüberschreitende Zusammenarbeit, europäischer Grundrechtsschutz sowie der Bekämpfung von Unregelmäßigkeiten

und Betrugereien in der EU und ihren Mitgliedstaaten, zu der die Vorsitzende des Ausschusses für Haushaltskontrolle des Europäischen Parlaments, Dr. h.c. Dietmut R. Theato, vortrug, griff das 13. Europa-Seminar Speyer außerdem das Thema „Umwelt und Wirtschaft in der europäischen Integration“ auf. Während Günter Roeder, Zentralabteilung Steuern und Zölle der BASF, in seinen Ausführungen die Position eines Wirtschaftsunternehmens nachzeichnete, referierte Dr. Reinhard Schulte-Braucks, Referatsleiter bei der Europäischen Kommission, über die von der Kommission inzwischen eingeleiteten Maßnahmen zur Umsetzung ihres Weißbuchs „Strategie für eine zukünftige Chemikalienpolitik“ vom Februar 2001. Die nachfolgende Diskussion veranschaulichte deutlich anhand der unterschiedlichen Perspektiven der Referenten, welche Schwierigkeiten in einer gleichzeitigen Gewährleistung eines hohen Gesundheits- und Umweltschutzniveaus und der Förderung von Innovation und Wettbewerb in der chemischen Industrie liegen, was auch in der ausgesprochen positiven Resonanz der Teilnehmer zum Ausdruck gebracht wurde.

Das 14. Europa-Seminar Speyer ist für den 15. bis 18. Oktober 2002 vorgesehen.

### Computerwelt und Verwaltung

Mittlerweile schon zum 17. Mal veranstaltete die Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer unter der wissenschaftlichen Leitung von Univ.-Professor. Dr. Heinrich Reinermann vom 17. bis 19. Oktober 2001 das „Speyerer Seminar für Büro- und Informationstechnologie in der öffentlichen Verwaltung (SpeBit)“.

Im Mittelpunkt des Seminars standen Möglichkeiten der Informationstechnik mit ihren tiefgreifenden Auswirkungen auf das traditionelle Verwaltungshandeln. Immer mehr prägen Schlagwörter wie E-Business, E-Commerce, E-Democracy oder E-Government die Diskussion um Verwaltungsmodernisierung, Bürgerfreundlichkeit und Ressourcen. Ihre Chancen wurden auf der SpeBit untersucht. So referierten Univ.-Prof. Dr. Reinermann zum Thema „Verwaltung im Informationszeitalter: Electronic Government“ und Dipl.-Wirtschaftsinformatiker Dr. Jörn von Lucke zum Thema „Electronic Government“.

An den drei Tagen des Seminars trafen sich namhafte Experten aus Wissenschaft, Wirtschaft und öffentlicher Verwaltung und diskutierten unter anderem über moderne Verschlüsselungstechnologien, elektronische Wahlen (e-voting)

oder zum Management großer heterogener IT-Systeme. Daneben wurden immer wieder Blicke auf die konkreten EDV-Techniken und die praktische Bedeutung der Informationstechnologie für bestimmte Behörden oder Kommunen geworfen. So empfing der Speyerer Oberbürgermeister Werner Schineller am 17. Oktober 2001 die Seminarteilnehmer und stellte die Bedeutung der Informationstechnologien für die Stadt Speyer vor, bevor im Historischen Ratsaal der Domstadt Datenschutz im Zeichen von Internet und Multimedia mit dem niedersächsischen Landesbeauftragten für den Datenschutz, Burckhard Nedden, diskutiert wurde.

Das Seminar richtete sich an Führungskräfte aus Ministerien, Inhaber entsprechender Positionen in Parlamenten und Gerichtsbarkeit sowie die Führungsspitze der Ober- und Mittelbehörden und bot den Teilnehmern auch Gelegenheit für praktische Übungen am Computer. Im Vordergrund stand jedoch die verwaltungspolitische Dimension der Informationstechnologien, d.h. die Gestaltung und Bewertung des Technikeinsatzes sowie die Bewertung seiner Folgen durch die Leitung der jeweiligen Einrichtungen und Behörden.

## Reform der Parteiendemokratie

**Unter der wissenschaftlichen Leitung von Univ.-Prof. Dr. Hans Herbert von Arnim fand vom 25.–26. Oktober 2001 zum fünften Mal die Speyerer Demokratietagung statt, die dem Thema „Reform der Parteiendemokratie“ gewidmet war.**

Vom früheren Bundespräsidenten Roman Herzog stammt das Wort, Reformen seien in der Bundesrepublik kein Erkenntnis-, sondern ein Umsetzungsproblem. Die Schwierigkeiten beruhen nicht nur auf allgemeinen menschlichen Beharrungstendenzen, sie hängen auch mit handfesten etablierten Interessen zusammen. Natürlich haben auch die Verfassungsinstitutionen Auswirkungen auf die Handlungs- und Reformfähigkeit des politischen Systems.

Die Speyerer Demokratietagung wollte diesen Fragen nachgehen und die typischen Probleme, denen sich Reformen gegenüber sehen, am Beispiel ausgewählter Themen behandeln. Dabei ging es zum einen um Reformen der Institutionen der Parteiendemokratie selbst, zum Beispiel durch Änderung des Wahlrechts oder durch Einführung oder Erweiterung direktdemokratischer Entscheidungsmöglichkeiten. Zum anderen ging es um die Durchsetzung von Reformen in einzelnen Politikfeldern (etwa Steuern oder Soziales).

Das Grundsatzthema „Der Parteienstaat in der Krise“ wurde im Eröffnungsreferat von Prof. Dr. Dres. h.c. mult. Jochen A. Frowein (Max Planck Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht) virtuos und eindringlich behandelt. Im Anschluss referierte Dr. Anton-Andreas Guha über die Rekrutierung von Politikern in Deutschland, ein Thema, über das Guha schon 1998 einen viel beachteten satirischen Aufsatz veröffentlichte.

Gerald Häfner, MdB, stellte die neueste Entwicklung bei der Durchsetzung von Volksbegehren und Volksentscheid und dem Kumulieren und Panaschieren auf Bundesebene dar. Häfner war schon in vergangenen Legislaturperioden maßgeblich an der Erstellung von Gesetzentwürfen zu diesen Themen im Bundestag beteiligt gewesen und ist daher ein intimer Kenner der Materie.

Professor Dr. Meinhard Miegel, Leiter des Instituts für Wirtschaft und Gesellschaft in Bonn, zeichnete die historische Entwicklung des Sozialstaats der Bundesrepublik Deutschland nach und unterzog dessen gegenwärtige Ausprägung einer vehementen Kritik. Das bundesdeutsche System sei gewollt intransparent, die Politiker bedienten sich der Angst des Bürgers vor sozialer Unsicherheit und missbrauchten Solidaritätsappelle. Miegel bezweifelte die Durchsetzbarkeit tiefgreifender Reformen im bestehenden System. Der Sozialstaat werde vielmehr evolutionär der sich ändernden Wirklichkeit angepasst werden und schließlich aufhören zu existieren.

Die Frage der Durchsetzbarkeit von Steuerreformen in der Demokratie war das Thema von Prof. Dr. Peter Baireis von der Universität Hohenheim. Baireis stellte die Geschichte der steuerlichen Entwicklung in Deutschland nach dem 2. Weltkrieg in ihren Grundzügen dar und referierte auch die Geschichte der US-amerikanischen Steuerreform, die von Ronald Reagan in den 80er Jahren durchgesetzt wurde. Baireis stellte fest, dass Steuerreformen in Deutschland überwiegend dann erfolgten, wenn die Politik entweder von außen (z.B. durch die Besatzungsmächte oder das Bundesverfassungsgericht) zu Änderungen gezwungen wurde oder es sich bei den Gesetzesänderungen lediglich um Anpassungen an die wirtschaftliche Entwicklung gehandelt habe. In Bezug auf die Steuerreform 2000 kritisierte Baireis besonders die Neuregelung der Körperschaftsteuer.

Über die Demokratiedefizite der Europäischen Union referierte Priv.-Doz. Dr. Frank Decker von der Universität der Bundeswehr, Hamburg. Decker diskutierte verschiedene Vorschläge zur Reform der Institutionen der Europäischen Union und stellte im Ergebnis fest, dass die Einführung eines parlamentarischen Systems in der EU nicht sinnvoll sei. Vielmehr sei eine Annäherung an das Modell des amerikanischen Präsidentialismus empfehlenswert. Der Präsident der EU-Kommission sollte von den Unionsbürgern direkt gewählt werden.

Einen Ausflug in die zukünftige Welt elektronischer Demokratie bescherte das Referat von Prof. Dr. Claus Leggewie von der Universität Gießen. Leggewie betonte, dass nicht die Durchführung einer Wahl mit elektronischen Hilfsmitteln für die Forschung im Bereich der elektronischen Demokratie vorrangige Bedeutung haben sollte, sondern vielmehr die sich abzeichnende Erleichterung von Kommunikationsprozessen über das Internet zwischen Bürgern und Bürgern und zwischen Bürgern und Politikern die eigentlich wichtige Entwicklung sei, deren Möglichkeiten bisher erst zu einem geringen Teil erkannt und ausgeschöpft worden seien.

Prof. Dr. Martin Morlok, Direktor des Instituts für Deutsches und Europäisches Parteienrecht und Professor an der FernUniversität Hagen, hielt den die Tagung abschließenden Vortrag über Mängel und Reformchancen der Parteienfinanzierung. Morlok bejahte die Notwendigkeit staatlicher Parteienfinanzierung, empfahl aber Änderungen der derzeitigen Regelungen des Parteiengesetzes, wie etwa das Verbot von Parteispenden juristischer, insbesondere öffentlicher juristischer Personen, die Begrenzung der Höhe von Individualspenden, Vereinfachung und höhere Transparenz der Regelungen, eine Beschränkung der Gewährung von Steuervorteilen für Parteispenden usw. Weil Entscheidungen im Bereich der Parteienfinanzierung Entscheidungen in eigener Sache seien, seien Reformen schwer durchsetzbar. Jedenfalls sei öffentlicher Druck für die Durchsetzung von Reformen in diesem Bereich unverzichtbar.

Wie in jedem Jahr bildete die Abendveranstaltung auf dem Hambacher Schloss mit einer Dinner Speech von Univ.-Professor Dr. Stefan Fisch über das Hambacher Schloss als Symbol für Freiheitskampf und Freiheitskämpfer einen der Höhepunkte der Tagung.

Die Ergebnisse der Tagung werden in einem Tagungsband dokumentiert, der im Laufe des Sommersemesters unter dem Titel „Reform der Parteiendemokratie“ in der Schriftenreihe der Hochschule Speyer erscheinen wird.

## Regieren im 21. Jahrhundert

### 3. Top-Seminar für Abteilungsleiter in Ministerien am 31. Januar und 1. Februar 2002

Der Zeitpunkt hätte kaum besser sein können: Kurz vor dem Gipfeltreffen von 12 Staats- und Regierungschefs Mitte März in Stockholm zum Thema „Progressive Government“ lud die DHV Speyer zum dritten Mal Abteilungsleiter aus Ministerien in Bund und Ländern zum Top-Seminar, das sich in diesem Jahr mit Fragen der „Modernen Staatsführung – Good Governance“ befasste.

Als Einstieg in das Thema gab der



Wie muss im 21. Jahrhundert regiert werden?  
Fotos: Ihringer

Leiter der Veranstaltung, Professor Dr. Hermann Hill, unter dem Titel „Vom Qualitätsmanagement zu Good Governance“ einen Überblick über Entwicklungen der Staats- und Verwaltungsmodernisierung: Stand lange Zeit die Binnenmodernisierung im Zentrum der Reform, habe sich der Blick nun nach außen gerichtet. Bürgerorientierung, die Einbeziehung der Politik und die Bildung neuer Koalitionen zwischen Staat, Wirtschaft und Bürgern erforderten eine strategische Steuerung, die alle Akteure einbeziehe. Als Instrument zur Beurteilung der verwaltungsinternen Steuerungskapazität stellte Hill das auf europäischer Ebene mit Beteiligung der DHV Speyer entwickelte Gemeinsame Selbstbewertungssystem (Common Assessment Framework – CAF) als Basis für ein internationales Benchmarking vor (hierzu auch unser TOP-Thema). Zur Steuerung von Akteurs-Netzwerken auf gesamtstaatlicher Ebene biete sich

der Begriff der Good Governance an, der die Qualität der Zusammenarbeit und Entscheidungsfindung zwischen staatlichen und gesellschaftlichen Gruppen in Angelegenheiten von öffentlichem Interesse bewertet.

Über Strategien modernen Regierungshandelns im Dialog zwischen Politik und Wissenschaft berichtete Mathias Bucksteeg, Referatsleiter im Bundeskanzleramt. Eingebunden in die Vorbereitung der Konferenz „Modernes Regieren im 21. Jahrhundert“ im Juni 2000 in Berlin und der diesjährigen Konferenz „Progressive Government“ in Stockholm gab er Einblick in Struktur, Organisation und Ergebnisse der Regierungskonferenzen. Begleitet werden die Konferenzen zum einen von wissenschaftlichen Expertentagungen und zum anderen von Sherpa-Meetings zur Koordination und Vorbereitung der Kommuniqués. Unmittelbarer Nutzen lasse sich aus der Präsentation von Best Practices in unterschiedlichen Politikfeldern ziehen – u. a. Gesundheit, Arbeitsmarktpolitik, multikulturelles Zusammenleben, Informationsgesellschaft – mit dem Ziel eines inspirierten Lernens statt individueller trial-and-error-Strategien.

Amüsiert zeigte sich Prof. Dr. Patrick Kenis von der Universität Tilburg über die Faszination, die niederländische Modernisierungsansätze in Deutschland auslösten, basierten viele Reformen doch auf der Übernahme deutscher Ideen. So habe nicht nur das Tilburger Modell auf Konzepten aus Deutschland aufgebaut; auch niederländische Überlegungen zur Steuerung komplexer Netzwerke gründeten auf Arbeiten deutscher Wissenschaftler wie Fritz Scharpf, Renate Mayntz oder Arthur Benz. Der Unterschied liege darin, dass der niederländische Ansatz grundsätzlich anwendungsorientiert-pragmatisch sei, während man in Deutschland die Umsetzung durch

einen theoretischen Rahmen rechtsstaatlich absichern wolle. Beispielhaft definierte Kenis Kriterien, anhand derer man den Erfolg und Misserfolg von Netzwerken beurteilen könne und stellte im Anschluss Möglichkeiten einer Netzwerksteuerung dar, die auch eine aktive Rolle der öffentlichen Verwaltung berücksichtige.

Die Position der Europäischen Union im Kontext von Good Governance und moderner Staatsführung beleuchtete Paul Nemitz, Leiter der Rechtsabteilung in der Generaldirektion Fischerei. Unmittelbar an der Vorbereitung des EU-Weißbuches „Europäisches Regieren“ beteiligt, konnte Nemitz aus erster Hand die europäischen Grundsätze Guten Regierens und die damit verbundenen Ziele – größere Transparenz und Offenheit bei der politischen Entscheidungsfindung, bessere Einbindung



Auch in der Pause wurde weiterdiskutiert

der unterschiedlichen Akteure auf mitgliedstaatlicher Ebene in die Gestaltung und Durchführung der EU-Politik – der Europäischen Union vorstellen. Als ein Instrument legte er die Methode der offenen Koordinierung dar, die den Mitgliedstaaten Ziele vorgebe, ihnen in der Zielverwirklichung jedoch freie Hand lasse. Auch müssen angesichts der Erweiterung die Kompetenzen zwischen Kommission, Rat und Parlament neu abgesteckt werden.

Die Reihe der Abteilungsleiterseminare wird im nächsten Jahr zu einem anderen Thema fortgesetzt.

## Partizipation und Landschaftsplanung im Kontext der Lokalen Agenda 21

### Beteiligungsformen als Strategien zur Planerstellung und -umsetzung in Wissenschaft und Praxis

Zum Thema „Partizipation und Landschaftsplanung im Kontext der Lokalen Agenda 21 – Beteiligungsformen als Strategien zur Planerstellung und -umsetzung in Wissenschaft und Praxis“ führten die Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer, das Landesamt für Umweltschutz und Gewerbeaufsicht Rheinland-Pfalz und die Landeszentrale für Umweltaufklärung Rheinland-Pfalz eine gemeinsame Tagung durch. Sie fand am 29. und 30. Oktober 2001 unter der wissenschaftlichen Leitung des Rektors der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer, Univ.-Professor Dr. Rudolf Fisch, und des Präsidenten des Landesamtes für Umweltschutz und Gewerbeaufsicht, Dr.-Ing. Karl-Heinz Rother, an der DHV Speyer statt.

Bei der Tagung kamen Vertreter aus der Kommunalpolitik, von Umweltbehörden, Planungsbüros, Beratungsunternehmen und wissenschaftlichen Einrichtungen aus der ganzen Bundesrepublik zusammen.

Behandelt wurden Fragen zur Gestaltung der Bürgerbeteiligung bei kommunalen Planungsprozessen. Unter anderem wurde bei der Tagung auch das Speyerer Pilotprojekt „Umwelt und Wirtschaft im Dialog – Perspektiven Gewerbegebiet Auestraße 2010“ vorgestellt. Im Rahmen partizipativer Planungsprozesse können bisher

ungenutzte kreative Potentiale erschlossen und neue Kooperationen aufgebaut werden. So soll vor Ort die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger im Einklang mit der Natur gesichert und



Aufmerksame Teilnehmer auf der Tagung zur Lokalen Agenda 21 in der Aula der Hochschule Foto: DHV

verbessert werden. Die Tagung vermittelte im Vortragsprogramm sowohl aktuelle wissenschaftliche Ergebnisse als auch praktische Erfahrungen. Mit verschiedenen Workshops und durch die Möglichkeit vielfältiger informeller Begegnungen trug sie zu einem fruchtbaren Erfahrungsaustausch zwischen allen Beteiligten aus Praxis und Wissenschaft bei.

## Gute Verwaltungsführung – Wertewandel, Leitbilder, Beamtenethos

Unter diesem Titel fand vom 6. bis 8. März 2002 an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer eine Tagung unter der wissenschaftlichen Leitung von Univ.-Professor Dr. Rudolf Fisch und Univ.-Professor Dr. Dr. Klaus König statt.

Führungsverantwortung in der Verwaltung und Beamtenethos müssen ganz offensichtlich neu entworfen

werden. Unsere modernisierte Administration versucht seit einiger Zeit, den veränderten Wertvorstellungen in der Gesellschaft und veränderten Zielsetzungen für „die Verwaltung“ Rechnung zu tragen.

In Vorträgen, Podiums- und Plenumsdiskussionen wurde dieser Themenkreis erörtert, zumal auch international seit einiger Zeit eine intensive Debatte über Fragen einer

guten Verwaltungsführung geführt wird.

Die Tagung richtete sich daher insbesondere an Führungskräfte mit umfangreicher Personalverantwortung, an die Leiter von Personalabteilungen und von Grundsatzabteilungen, sowie an alle, die sich von Wertfragen im Kontext beruflichen Handelns angesprochen fühlen.

## Expertenmeeting zu Planungs- und Luftverkehrsrecht

Rechtliche Probleme beim Bau und Betrieb von Flugplätzen bewegen überall die Gemüter. Zum Luftver-

nutzten die Gelegenheit, sich über die neuesten rechtswissenschaftlichen Erkenntnisse zu informieren bzw. zu berichten.

Danach standen dann auf den Speyerer Planungsrechtstagen Rechtsfragen aus Planfeststellungsverfahren und -beschlüssen sowie der Raum-, Landes- und Regionalplanung im Mittelpunkt der Erörterungen. Auch hier kamen Probleme des Luftverkehrs zur Sprache. So stellte Dr. Ulrich Storost, Richter am Bundesverwaltungsgericht Berlin und Vizepräsident des Verfassungsgerichtshofes des Landes Berlin, die Neuere Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts zum Fachplanungsrecht der Flugplätze, Schienenwege und Wasserstraßen vor.



Spannendes Planungsrecht

Foto: DHV

kehrsrechtstag kamen daher am 13.3.2002 weit mehr Teilnehmer als es Univ.-Professor Dr. Jan Ziekow, der wissenschaftliche Leiter der Tagung, erwartete. Mitarbeiter von Behörden, Richter, Rechtsanwälte, Flughafenbetreiber, Mitarbeiter von Schutzgemeinschaften und ein Team von Spiegel-TV

sundheitliche Schädigung, sondern die generelle Belästigung die wichtigste vom Fluglärm ausgehende Beeinträchtigung ist. Außer der Fluglärmproblematik wurden auch die Beteiligungsrechte kommunaler Gebietskörperschaften in Genehmigungs- und Normsetzungsverfahren diskutiert.

Aus der Sicht des Bundesumweltamtes erläuterte Dr. Heidemarie Wende die Kriterien zur Beurteilung von Fluglärmemissionen. Frau Dr. Barbara Griefahn vom Institut für Arbeitspsychologie an der Universität Dortmund zeigte auf, dass nicht die ge-

Daneben ging es aber auch um die Raum-, Landes- und Regionalplanung im Verhältnis zur Straßenplanung und um Sicherung der Rohstoffgewinnung in der Regionalplanung am Beispiel Nordrhein-Westfalens. Zum Abschluss beleuchtete Univ.-Professor Dr. Dirk Heckmann von der Universität Passau detailliert den Einfluss moderner Informations- und Kommunikationstechnologien auf Planungsverfahren der öffentlichen Verwaltung in einem Referat zu „web based planning“.

## Anstöße, Maßnahmen und Erfolge der Hochschulreform

### - HRK-Präsident Landfried auf Tagung der DHV Speyer -

10 Jahre nach dem „Eckwertepapier“ zog eine Tagung unter der wissenschaftlichen Leitung von Univ.-Professorin Dr. Gisela Färber vom 27.2. bis 1.3.2002 an der DHV Speyer eine Zwischenbilanz der Hochschulreform.

Im Dezember 1992 haben die Regierungschefs des Bundes und der Länder mit der Einsetzung einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe Reformen für die deutsche Hochschul- und Forschungspolitik angestoßen. Seitdem wurden eine Vielzahl von Veränderungen in den deutschen Hochschulen in Angriff genommen: Hochschulstrukturkommissionen untersuchten die strategische Neuausrichtung von Universitäten und Fachhochschulen eines Landes, Globalbudgets und leistungsorientierte Zuteilungsmodelle für Haushaltsmittel sowie interne und externe Evaluation der Lehre. Diskutiert wurden eine Dienst- und Besoldungsrechtsreform, Juniorprofessuren, Studiengebühren und Bildungsgutscheine.

Die Vielzahl der mehr oder weniger weit gediehenen Reformprojekte legte es nahe, eine Zwischenbilanz zu ziehen. Die Tagung an der Deutschen Hochschule für

Verwaltungswissenschaften Speyer brachte deshalb die eingetretenen Entwicklungen vor dem Hintergrund der ursprünglichen und der später weiterentwickelten politischen Ziele in eine Gesamtschau und bot den Rahmen für eine kritische Diskussion zwischen Wissenschaft und Praxis.

Am ersten Tag der Veranstaltung wurde zunächst ein Rückblick auf die vergangenen 10 Jahre der Hochschulreform unternommen, bevor die strategische Ausrichtung der Hochschulen am Beispiel von Sachsen-Anhalt und Nordrhein-Westfalen untersucht wurden. Danach ging es dann um Qualitätssicherung von Forschung und Lehre durch Evaluation und Personalpolitik, die Dienstrechts- und Besoldungsreform für Hochschullehrer sowie um Globalhaushalte und leistungsorientierte Finanzierungsschlüssel.

Den letzten Tag der Veranstaltung eröffnete der Präsident der Hochschulrektorenkonferenz, Univ.-Professor Dr. Klaus Landfried, mit einem Referat zu den Perspektiven der Hochschulreform. Die Veranstaltung schloss dann mit einer Podiumsdiskussion zur Frage, wie weit der Wandel der deutschen Hochschulen gediehen ist.



Prof. Dr. Klaus Landfried

Foto: HRK

## Kompaktseminar Finanzen und Wirtschaft vom 22. bis 24. Oktober 2001

Die Forderung nach grundlegenden Reformen beherrscht seit Jahren nahezu alle Bereiche der deutschen Wirtschafts-, Finanz-, Arbeits- und Sozialpolitik. An vielfältigen Vorschlägen mangelt es hier nicht, aber die Umsetzung stößt auf extrem enge politische Handlungsspielräume, auf machtvolle Interessen und erstarrte Besitzstände. Durchgreifende Steuer-, Beschäftigungs-, Tarif- und Sozialreformen sind unter diesen Bedingungen nur schwer zu realisieren. Aber auch konzeptionell liegt vieles im Argen: Kurzfristige politische „Zwänge“ lassen längerfristigen „echten“ Reformansätzen fast nirgendwo eine reelle Chance.

Unter der wissenschaftlichen Leitung der Univ.-Professoren Dres. Gisela Färber und Dieter Duwendag von der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften

Speyer setzten sich drei Tage lang Experten aus Ministerien und Landesverwaltungen der ganzen Bundesrepublik mit diesem Problemfeld auseinander. Dabei wurden weder



Univ.-Professorin Dr. G. Färber und Univ.-Professor Dr. D. Duwendag bei der Eröffnung des Seminars Foto: DHV

Fragen der Alterssicherung noch der Beschäftigungspolitik ausgeklammert. Das Referat von Univ.-Professor Duwendag setzte sich mit den Chancen und Risiken der Globalisierung für die Beschäftigung auseinander. Für die Problemkreise Gesundheitswesen, Steuerreform und Personalausgaben bei leeren Kassen konnten mit Univ.-Professor Dr. Dieter Casel aus Duisburg, Ministerialdirigent Dr. Albert Peters aus dem

Bundesfinanzministerium und dem Leitenden Ministerialrat Dr. Peter Wild vom Düsseldorfer Finanzministerium ausgezeichnete Referenten gewonnen werden.

## Effizienzdividende aus der Reform der Verwaltungsgerichtsbarkeit

Eine Zwischenbilanz der bisherigen Ergebnisse der Reform der Verwaltungsgerichtsbarkeit zog die Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer am 29. und 30. Januar 2002 in einer besonderen Projektwerkstatt unter der wissenschaftlichen Leitung des Inhabers des Lehrstuhls für Verwaltungswissenschaft, Entwicklungspolitik und Öffentliches Recht an der Hochschule, Univ.-Prof. Dr. Rainer Pitschas. Dabei ging es einerseits um den Aspekt der Modernisierung des Verwaltungsprozesses, andererseits um die „innere“ Modernisierung von Geschäftsprozessen und Organisationsstrukturen.

Der rheinland-pfälzische Justizminister Herbert Mertin sowie Alfred Hartenbach (MdB), Mitglied des Rechtsausschusses des Deutschen Bundestages, beleuchteten diesen wichtigen Bereich der weiteren Modernisierung der Justiz aus der Sicht der Landes- und Bundespolitik.

Insbesondere setzte sich die Projektwerkstatt mit den Problemen der künftigen Gestaltung der Verwaltungsgerichtsbarkeit zwischen



Minister Herbert Mertin, Alfred Hartenbach, Univ.-Prof. Pitschas (v.l.) Foto: Privat

Selbstverwaltung und Gerichtsmanagement und mit dem Nutzen von „Benchmarking“ und „Controlling“ für die tägliche richterliche und Servicearbeit der Gerichte auseinander. Weiteres Augenmerk wurde auf die Anforderungen an den EDV-Einsatz in der Verwaltungsgerichtsbarkeit und auf die Personalentwicklung gelegt. Ziel dieser Tagung war es, die Fortschritte der Reform zu überprüfen und sich der von ihr ausgehenden „Effizienzdividende“ zu vergewissern.

Die methodische Besonderheit der Veranstaltung bestand darin, dass die für die Diskussionen notwendigen Informationen und Materialien von Referendaren an der Hochschule in einer speziellen Arbeitsgemeinschaft zusammengetragen wurden. Sie führten eine empirische Umfrage bei Richtern und Richterinnen über den Stand der Reformarbeiten am jeweiligen Gericht und die innere Einstellung der Beteiligten dazu durch. Die Hörerinnen und Hörer bekamen dadurch gleichzeitig eine Einführung in die Methoden empirischer Sozialforschung. Am Ende des Semesters erhielten sie in der Projektwerkstatt Gelegenheit, ihre Arbeitsergebnisse vorzutragen und gemeinsam mit den an der Reformarbeit in Deutschland Beteiligten bzw. Interessierten, Richterinnen und Richtern sowie sonstigen Angehörigen der Justizverwaltung in den Ländern und im Bund zu diskutieren.

## Frühjahrstagung zum Europäischen Verwaltungsverfahrenrecht

Zu „Handlungsformen der Verwaltungskooperation im europäischen Staatenverbund“ referierte Univ.-Prof. Dr. Rainer Pitschas auf der 70. Staats-

Rechtsbereichen der Gemeinschaft feststellbaren verfahrensrechtlichen Entwicklungen unter dem Einfluss der Europäischen Union. Berichterstatter



Die Univ.-Professoren Dres. Hill und Pitschas mit den Berichterstattern aus den EU-Mitgliedstaaten

Foto: Gille

wissenschaftlichen Fortbildungstagung der DHV Speyer zum Thema „Europäisches Verwaltungsverfahrenrecht“ vom 20. bis 22. März 2002.

Die Tagung wurde gemeinsam von den Univ.-Professoren Dres. Hermann Hill und Pitschas veranstaltet und ermöglichte eine Bestandsaufnahme der in verschiedenen Politikfeldern und

aus einer Reihe von Mitgliedstaaten der EU sowie aus den Beitrittsstaaten legten den formellen und informellen Einfluss der europäischen Rechtsetzung auf die Entwicklung des Verwaltungsverfahrenrechts in den jeweiligen Staaten dar. In daran anschließenden Workshops wurde die dadurch hervorgerufene Entwicklung spezifischer Handlungs- und Kommunikationsformen eines „europäisierten“ Verwaltungsverfahrenrechts und dessen Verhältnis zur Verwaltungsgerichtsbarkeit konkretisiert.

Im Rahmen der Tagung besuchten die Professoren Marianna Fazekas, Jiri Grospic, Dušan Hendrych und Miroslaw Wyrzykowski aus den Beitrittsstaaten Ungarn, Tschechien und Polen die Hochschule. Der Besuch gab Gelegenheit, die seit langem bestehenden Kooperationsbeziehungen zu vertiefen. Mit den tschechischen Kollegen wird die Einrichtung eines deutsch-tschechischen Verwaltungsrechtskolloquiums geplant.

## Quo vadis Gesundheitswesen?

### 4. Speyerer Gesundheitstage

Vom 15. - 16. April 2002 fanden an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer die 4. Speyerer Gesundheitstage zu dem Thema „Reformoptionen der GKV - Quo vadis Gesundheitswesen?“ statt.

Die Veranstaltung wurde geleitet von Univ.-Professor Dr. Rainer Pitschas in Verbindung mit der Arbeitsgemeinschaft der Betriebs- und Innungskrankenkassen sowie der Landwirtschaftlichen Krankenkasse Rheinland-Pfalz.

Die Tagung befasste sich vor dem Hintergrund der von Bundesregierung und Regierungskoalition für die Nachwahlzeit angekündigten grundlegenden Gesundheitsreform mit den zentralen Problemlagen einer Veränderung der sozialen gesetzlichen Krankenversicherung. Im Einzelnen wurden hierzu sozial- und gesundheitspolitische, ökonomische, europä- und sozialrechtliche Überlegungen zusammengeführt und zukunftsbezogen gewürdigt.

Die in diesem Kontext geführte Reformdiskussion widmete sich speziell den Fragen einer Grund- und Wahlleistungsvorsorgung, des Disease Managements, der Entwicklung der Krankenversicherung zu einer Einheitsversicherung sowie der Möglichkeit für Patienten, an der Entwicklung des Gesundheitswesens unmittelbar oder durch Repräsentation beteiligt zu werden.

## Qualitätsmanagement für Einsteiger

### Selbstbewertung öffentlicher Verwaltungen nach dem Common Assessment Framework (CAF) auf europäischer Ebene

Die Einführung eines gemeinsamen europäischen Qualitätsbewertungssystems „CAF“ (Common Assessment Framework) wurde auf europäischer Ebene als ein einfach zu handhabendes Instrument zur Bewertung von Reformprozessen in Verwaltungen bei der ersten europäischen Qualitätskonferenz 2000 in Lissabon beschlossen. Es stellt eine Kombination der wesentlichen Inhalte des Qualitätsmo-



Univ.-Professor Dr. Klages

Foto: Ihringer

dells der European Foundation for Quality Management (EFQM) und des Bewertungssystems des 4. Speyerer Qualitätswettbewerbs dar. Während das EFQM-Modell aus einer Initiative der Privatwirtschaft hinaus entstanden ist, ist der Selbstbewertungsansatz des Speyerer Qualitätswettbewerbs konsequent an den Bedingungen der öffentlichen Verwaltung orientiert.

Hauptziel einer Selbstbewertung nach CAF ist es, auf einfache Weise öffentlichen Verwaltungen in Europa die Möglichkeit zu geben, ihre Stärken und Schwächen kennen zu lernen und einen Einstieg in das Qualitätsmanagement zu ermöglichen.

Zu diesem Zweck wurde in Deutschland von der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer im Auftrag des Bundesministerium des Innern ein CAF-Netzwerk ins Leben gerufen. Die Gründungsveranstaltung für das CAF-Netzwerk unter der wissenschaftlichen Leitung der Univ.-Professoren Dres. Hermann Hill und Helmut Klages fand am 6. und 7. Dezember 2001 an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer statt.

Im Mittelpunkt dieser Veranstaltung stand die Arbeit an einem Indikatorenkatalog. Auf Grund von Anwender-Erfahrungen aus anderen europäischen Ländern hatte sich gezeigt, dass eine Selbstbewertung mit Hilfe eines vorher festgesetzten Indikatorenkatalogs einfacher und schneller durchführbar ist. Ein an der Hochschule ausgearbeiteter Katalog wurde daher auf der Veranstaltung präsentiert und zur Diskussion gestellt.

Um die von den Teilnehmern in der Gründungsveranstaltung vorgetragenen Fragen, Ergänzungen und Verbesserungsvorschläge einarbeiten zu können, wurde eine Arbeitsgruppe gebildet, die den Indikatorenkatalog noch einmal grundlegend überarbeitete.



Produkte zum CAF

Über eine eigens für das Netzwerk eingerichtete Webseite <http://www.caf-netzwerk.de> erhielten anschließend alle Teilnehmer die Möglichkeit, den Indikatorenkatalog, sowie weitere Materialien und Informationen zur Selbstbewertung abzurufen.

Eine Teilnehmerdatenbank und ein Diskussionsforum runden das Internetangebot ab und werden von den Netzwerkteilnehmern rege genutzt. Zudem informiert ein Newsletter regelmäßig rund um CAF.

Der Lehrstuhl für Verwaltungswissenschaft und



Tagung von CAF-Anwendern

Foto: DHV

	<b>Das Netzwerk für Qualitätsmanagement im öffentlichen Sektor</b>	
	<b>CAF</b>	<b>CAF-Netzwerk</b>
	<b>Aktuelles</b>	<b>Das Netzwerk zum Gemeinsamen Europäischen Qualitätsbewertungssystem</b>
	<b>Vorankündigung</b>	Willkommen auf der Web-Site des CAF-Netzwerks. Diese Webseiten stellen eine Informations- und Austauschplattform für die Teilnehmer des CAF-Netzwerks dar!
	<b>Teilnehmer</b>	<b>NEWS-Ticker</b>
	<b>Materialien</b>	+++12.03.2002 Kurzfassung der <b>CAF-Guidelines</b> (Neue Version)
	<b>Newsletter</b>	+++04.03.2002 Alle <b>Vordränge</b> der <b>Anwenderverwaltungen</b> sind nun online.
	<b>Kontakt</b>	+++27.02.2002 Aktueller Newsletter <b>online</b>
	<b>Forum</b>	
	<b>Qualitätswettbewerb</b>	

<http://www.dhv-speyer.de/qualitaetswettbewerb/CAF/index.htm>

Öffentliches Recht von Univ.-Professor Dr. Hermann Hill konnte im März 2002 ein multimediales und interaktives Web-Based-Training zum CAF fertig stellen. Mit Hilfe des elektronischen Lernmaterials zum CAF können Verwaltungen vor der Selbstbewertung einen ersten Ein- und Überblick erhalten.

Nachdem ein gutes Dutzend Verwaltungen in den Monaten Januar und Februar eine Selbstbewertung nach CAF durchgeführt hatten, bot eine Anwenderkonferenz am 21. Februar diesen Jahres den am Netzwerk teilnehmenden Verwaltungen die Möglichkeit, über ihre Erfahrungen bei der Anwendung des CAF zu berichten und darüber mit anderen Verwaltungen zu diskutieren.

Univ.-Prof. Dr. Helmut Klages ging in seinem Eingangsvortrag noch einmal kurz auf die Entstehung des CAF ein. Die folgenden Anwendervorträge (Staatskanzlei Schleswig-Holstein, Bezirksregierung Hannover, Stadt Hagen, Polizeipräsidium Münster, Landeseinwohneramt Berlin und Stadt Passau) zeigten, dass CAF als Selbstbewertungsinstrument einen geeigneten Einstieg in das Qualitätsmanagement bietet. In der Diskussion wurde deutlich, dass CAF durch einen ständigen Verbesserungsprozess noch präziser an das alltägliche Verwaltungsgeschehen angepasst werden kann.

Daneben diente die Anwenderkonferenz auch zur Vorbereitung für die noch auszuwählenden deutschen Teilnehmer der 2. Europäischen Qualitätskonferenz 2002 in Kopenhagen, wie Prof. Dr. Hermann Hill in seinem Abschlussvortrag erläuterte. Aus dem Kreis der bisher eingegangenen Selbstbewertungen trifft das Bundesministerium des Innern eine Auswahl aus deutschen Teilnehmern, die im Herbst ih-

re Erfahrungen mit CAF auf europäischer Ebene präsentieren werden.

Laut Beschluss des Beirats des Speyerer Qualitätswettbewerbs wird von jedem Bewerber des 6. Speyerer Qualitätswettbewerbs eine Selbstbewertung vor der eigentlichen Bewerbung in einem der sieben Themenfelder (Strategisches Management, Politik und Verwaltung, Bürgerorientierung, Public Private Partnership, Electronic Government, Personalmanagement und Wissensmanagement) erwartet. Obwohl nicht zwingend vorgeschrieben - auch Selbstbewertungen nach dem EFQM-Modell oder anderen Modellen werden akzeptiert - empfiehlt sich die Anwendung des CAF. Auf diese Weise wollen

die Organisatoren des Qualitätswettbewerbs dazu beitragen, die Selbstbewertung nach CAF weiter zu fördern und Qualitätsmanagement in der öffentlichen Verwaltung voranzubringen.

Armin Liebig/Vera Silke Saatweber

## Ereignisse

### Dezember 2001:

Gründungsveranstaltung des CAF-Netzwerks in Speyer. Entwicklung neuer Indikatoren durch eine Arbeitsgruppe bestehend aus Teilnehmern der Gründungsveranstaltung.

### Dezember 2001:

Die CAF-Netzwerk-Webseiten sind im Internet unter [www.caf-netzwerk.de](http://www.caf-netzwerk.de) zugänglich. Der Zugang zum Netzwerk ist Mitgliedern vorbehalten. Die Webseiten beinhalten alle relevanten Informationen, die CAF betreffen.

### Januar 2002:

Eine übersetzte Version der Befragung zum CAF-Arbeitsbogen ist über die Webseiten verfügbar.

### Februar 2002:

Die ersten nach CAF durchgeführten Selbstbewertungsergebnisse gehen in Speyer ein.

### Februar 2002:

CAF-Anwenderkonferenz zum Erfahrungsaustausch mit der Durchführung des CAF in Speyer.

### April 2002:

Das Web-Based-Training (CAF-Lernsystem zum CAF) wird veröffentlicht.

### Oktober 2002:

Vorstellung deutscher CAF-Ergebnisse durch ausgewählte Verwaltungen auf der 2. Europäischen Qualitätskonferenz in Kopenhagen.

## **„Qualitätsmanagement“ multimedial vermittelt**

### **Ein interaktives Lernprogramm zum Common Assessment Framework CAF**

Mit der Entwicklung des multimedialen „CAF-Lernsystems“ setzt die DHV Speyer in ihrem Lehr-, Lern- und Fortbildungsangebot neue Akzente. Der Lehrstuhl für Verwaltungswissenschaft und Öffentliches Recht von Prof. Dr. Hermann Hill konnte im März 2002 ein multimediales und interaktives Web-Based-Training für den Einsatz in Lehre und Fortbildung fertig stellen.

Das Projekt wurde im Rahmen des Zukunftsinvestitionsprogramms ZIP des Bundesministeriums für

Bildung und Forschung (BMBF) gefördert, in dem speziell multimediale Lehr- und Lernkonzepte für den Bereich Public Policy zur Ausbildung von Entscheidungsträgern in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft entwickelt werden sollen (einen ausführlichen Bericht hierzu finden Sie im SpeyerBrief Nr. 20 WS 2000/2001, S. 13).

#### **Ziel und Nutzen des CAF-Lernsystems**

Erklärtes Ziel war die Entwicklung eines einführenden Moduls zum Gemeinsamen Europäischen Selbstbewertungssystem (CAF). Das Qualitätsbewertungsinstrument CAF - speziell angepasst an die Bedarfe der öffentlichen Verwaltung - wird seit den letzten Monaten vermehrt von Verwaltungen aller Ebenen eingesetzt und dient als einfaches Einstiegsinstrument in die qualitätsbezogene Selbstbewertung. Mit der Gestaltung elektronischen Lernmaterials zum CAF können nun nicht nur interessierte Verwaltungen vor der Selbstbewertung einen ersten Ein- und Überblick erhalten, sondern das CAF-Lernsystem wird vor allem auch in der verwaltungswissenschaftlichen Lehre die Grundlagen für eine Qualitätsfindung von Good Governance vermitteln.

#### **Zielgruppe, Lernziele und Lerninhalte**

Das CAF-Lernsystem dient unterschiedlichen Nutzergruppen als Wissensressource zum selbstgesteuerten Lernen. Zielgruppen sind die Führungs- und Sachbearbeiterebene aus dem öffentlichen Sektor (damit auch die Fortbildungsteilnehmer der DHV Speyer). Auch dient es Netzwerkteilnehmern

des Speyerer CAF-Netzwerks für Qualitätsmanagement in der öffentlichen Verwaltung (<http://www.caf-netzwerk.de>) sowie Hörern und Studierenden an der DHV Speyer, der Universität Erfurt und der Europa-Universität Frankfurt/Oder.

Vorrangige Lernziele sind das Wissen um die Bedeutung von Qualität und Qualitätssystemen sowie das CAF als moderne Selbstbewertungsmethode. Zudem sollen die Nutzer die Themenfelder, Kriterien und Indikatoren des Selbstbewertungssystems einführend kennen lernen und eine allgemeine Anleitung zur Durchführung des CAF erhalten. Die Inhalte des Lernsystems setzen sich aus fünf Kapiteln zusammen und beschreiben:

1. Qualitätsmanagement in der öffentlichen Verwaltung (Vorgeschichte und Zielsetzung des Bewertungssystems CAF)
2. Die Selbstbewertung mit CAF (d.h. die Funktionsweise und Struktur des CAF)
3. Das CAF im Überblick (Darstellung des Kriterienkatalogs zum CAF)
4. Die neun Themenfelder
5. Die Durchführung der Selbstbewertung mit Anleitung.

#### **Programmtechnisches Konzept**

Mit dem CAF-Lernsystem wurde ein einstündiges Programm auf Hypermedia-Basis entwickelt. Als technische Forderungen galten die Implementierung einer geeigneten Struktur und Darstellungsweise des Inhaltes unter softwareergonomischen Aspekten, um größtmögliche Übersichtlichkeit zu schaffen und die geringen Bandbreiten einer Onlineausführung sinnvoll zu nutzen. Notwendig war auch die Erweiterung der interaktiven Fähigkeiten von HTML durch JavaScript und Plugins (Adobe Acrobat Reader, Windows Media Player).

Die Qualität des Lerninhalts wird bekanntlich entscheidend von den Fähigkeiten des Nutzers bestimmt, das Lernsystem und seine Funktionalitäten richtig zu nutzen. Für die methodisch-didaktische Programmstruktur wurde daher besonders auf die intuitive Handhabung durch einen modularen Zugang sowie auf ein kurzfristiges, problemnahes Lernen („Just-Enough-Learning“) geachtet.

Das CAF-Lernsystem ist zum größten Teil interaktiv ausgelegt, d.h. es erfordert eine ständige Aktion

des Anwenders: So kann sich der Nutzer innerhalb des Programms während der aktiven Laufzeit des Programms Lesezeichen setzen und seinen Bearbeitungsstand einsehen. Integrierte Fragen sowie ein Abschlusstest bieten dem Lernenden die Möglichkeit, seinen Lernerfolg zu überprüfen. Wissenslücken können damit erkannt werden und das System leitet zum vertiefenden Lernen in die entsprechenden Lernsequenzen zurück. Ein themenspezifisches Glossar mit der Erklärung von verwaltungswissenschaftlichen Fachbegriffen und weiterführende Materialien durch PDF-Hinterlegung erweitern die Inhaltspalette. Neben der hochwertigen grafischen Aufbereitung spielen natürlich auch Audio-Elemente eine wesentliche Rolle, die optional aufgerufen werden können. Dabei kann jederzeit zwischen einer reinen Tonversion, einer Textversion und einer Text- mit Tonversion umgeschaltet werden.

HTML und JavaScript bilden die gemeinsame Basis für diese Anwendung. Da das Lernsystem nicht nur offline (auf CD-ROM), sondern auch online über das Internet bereitgestellt werden soll, wurde u.a. auf aufwendige Animationen oder gar Videosequenzen verzichtet.

### Projektverlauf und Beteiligte

Nach einer sorgfältigen Vorkonzeption und Suche geeigneter Produktions-Partner, konnte Ende Dezember 2001 Digital-Spirit GmbH (Wiesbaden) als erfahrene E-Learning-Agentur gewonnen werden. In nur drei Monaten wurde in enger Zusammenarbeit mit Digital-Spirit das CAF-Lernsystem von der Konzeption, Drehbuchentwicklung bis zur Medienproduktion realisiert. Die fachliche und wissenschaftliche Kompetenz lag in den Händen von Prof. Hill; Organisation des Projekts und die mediendidaktische Umsetzung wurden von Stephanie Ihringer betreut.

Dank der tatkräftigen Unterstützung durch Vera Silke Saatweber und Armin Liebig (beide Mitarbeiter im „6. Speyerer Qualitätswettbewerb 2002“), konnte u.a. eine authentische Szenerie für die Rahmenhandlung im CAF-Lernsystem entwickelt werden. Zudem gab die Stadtverwaltung Recklinghausen als CAF-erfahrene Behörde das Einverständnis, eigens dokumentiertes Bildmaterial der Mitarbei-

terinnen und Mitarbeiter in das Lernsystem einzubauen.

### Bisherige Resonanz

Das Lernsystem wird ab Mai 2002 an der DHV in der Lehre und in ausgewählten Verwaltungen zum Einsatz kommen. Eine Demonstrations-Version konnte bereits auf der „LearnTec 2002“ am 8. Februar, sowie auf der ersten „CAF-Anwenderkonferenz“ am 21. Februar 2002 in Speyer präsentiert werden. Durch die Bekanntmachung über das Internet und den Bericht an die „CAF-Working-



Die CAF-Anwenderkonferenz

Foto: DHV

Group“ am 13./14. Februar in Madrid durch Armin Liebig, konnte diese Produktion auch schon auf EU-Ebene großes Interesse wecken. Daher ist geplant, das CAF-Lernsystem nach der 2. EU-Qualitäts-Konferenz in Kopenhagen im Herbst 2002 für eine englischsprachige Fassung aufzubereiten bzw. für eine Nutzung auf EU-Ebene zu modifizieren. Das CAF-Lernsystem versteht sich somit als „work in progress“. Zudem erfährt das Lernsystem ständig aktuelle Informationsbegleitung durch den Verweis auf das Speyerer Web-Portal „CAF-Netzwerk“ (<http://www.caf-netzwerk.de>).

Mehr Informationen zu weiteren mediengestützten Aktivitäten am Lehrstuhl von Univ.-Professor Dr. Hermann Hill finden Sie im Internet unter: [http://www.dhv-speyer.de/hill/Kooperationen/Projektstand2\\_2002.htm](http://www.dhv-speyer.de/hill/Kooperationen/Projektstand2_2002.htm)

Stefanie Ihringer

## 6. Speyerer Qualitätswettbewerb



Zum sechsten Mal findet dieses Jahr der Speyerer Qualitätswettbewerb statt. Verwaltungen aus Deutschland, Österreich und der Schweiz sind aufgerufen, ihre Leis-

tungsfähigkeit miteinander zu messen. Die sieben Themenfelder, in denen Verwaltungen sich bewerben können sind: Strategisches Management, Politik und Verwaltung, Bürgerorientierung, Public Private Partnership, Electronic Government, Personalmanagement und Wissensmanagement.

Der alle zwei Jahre stattfindende Speyerer Qualitätswettbewerb wurde 1992 von Prof. Dr. Hermann Hill und Prof. Dr. Helmut Klages an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer ins Leben gerufen. Sein Ziel ist die Prämierung innovativer Weiterentwicklungen der öffentlichen Verwaltung sowie des Staats- und Verwaltungshandelns im Sinne einer integrierten Modernisierung. Dazu zählt sowohl deren Binnenmodernisierung für mehr Leistungs-, Qualitäts- und Kundenorientierung als auch deren Neuorientierung in Richtung „Aktivierender Staat“ bzw. „Good Governance“.

Zur Teilnahme aufgerufen sind alle Organisationen des öffentlichen Sektors, die prüfen möchten, ob sie dem Leitbild einer modernen Verwaltung entsprechen und Spitzenleistungen auf einzelnen Feldern erzielen. Durch eine Teilnahme ergibt sich die Möglichkeit, eigene Stärken und Schwächen kennen zu lernen und sich gegebenenfalls mit den herausragenden eigenen Stärken nach außen hin darzustellen. Außerdem können

aus dem Vergleich mit anderen Spitzenverwaltungen wertvolle Anregungen gewonnen werden.

Beteiligen können sich selbstständige Verwaltungsorganisationen sowie Teilbereiche von Verwaltungen, die einen eigenständigen Entscheidungs- und Selbstgestaltungsspielraum besitzen. Teilnahmeberechtigt sind auch kommunale Unternehmen, Sozial- oder Gesundheitseinrichtungen, Parlamente und kommunale Vertretungsorgane sowie andere Selbstverwaltungseinrichtungen. Bewerbungsschluss ist der 30. Juni 2002. Alle Teilnehmer müssen eine Selbstbewertung nach dem Gemeinsamen Europäischen Qualitätsbewertungssystem (CAF) oder nach dem EFQM-Modell bzw. einer seiner Varianten (z. B. ESPRIX in der Schweiz) durchgeführt haben.

In einer Bewerbungsschrift legen die Bewerber ihr Konzept, dessen Innovationsgehalt und Umsetzungsgrad dar. Bewertungskriterien sind neben dem Nutzen des jeweiligen Ansatzes seine Übertragbarkeit auf andere Verwaltungen und die Qualität des Prozess- und Projektmanagements. Auch wird die Abstimmung und Verknüpfung der einzelnen Projekte mit dem gesamten Modernisierungsprozess überprüft. Die Begutachtung erfolgt in den einzelnen Themenfeldern durch spezielle Arbeitsgruppen, in denen Experten aus Wissenschaft und Praxis vertreten sind. Preise werden für Verwaltungen vergeben, die nachdrücklich und erfolgreich den Weg der Modernisierung eingeschlagen haben.

Nähere Informationen zu Themenfeldern, Kriterien und Verfahren sind im Internet unter folgender Adresse abrufbar:

<http://www.dhv-speyer.de/qualitaetswettbewerb/>

**FORSCHUNGSINSTITUT FÜR ÖFFENTLICHE VERWALTUNG**

BEI DER DEUTSCHEN HOCHSCHULE FÜR VERWALTUNGSWISSENSCHAFTEN SPEYER

## Das Forschungsinstitut im Umbruch

Das Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung bei der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer (FÖV) forscht aus multidisziplinärer Sicht über und für die öffentliche Verwaltung. Es ist die einzige außeruniversitäre Forschungseinrichtung in der Bundesrepublik, die sich mit anwendungsorientierter wie auch Grundlagenforschung im Bereich der Verwaltungswissenschaften befasst. Im Oktober 2001 wurde das Forschungsinstitut 25 Jahre alt. Aus Anlass dieses Jubiläums veranstaltete es vom 8. bis 10. Oktober 2001 eine verwaltungswissenschaftliche Arbeitstagung, über die auf Seite 43 ausführlich berichtet wird. Dem FÖV gehören derzeit 18 Ordentliche Mitglieder, 19 Nachwuchswissenschaftler und vier Sekretärinnen an.

Um seiner außeruniversitären Rolle noch besser gerecht zu werden, vollzieht das FÖV derzeit einen bereits weit vorangeschrittenen Restrukturierungsprozess. Die Bildung der drei Sektionen „Modernisierung in Staat und Verwaltung“, „Verwaltung in der Mehrebenenpolitik“ und „Verwaltung zwischen Staat und Gesellschaft“ als Ausdruck der Schärfung eines eigenständigen Forschungsprofils des Instituts ist bereits abgeschlossen. Auf den Seiten 47 und 48 werden die Sektionen I und III vorgestellt.

Ein weiterer zentraler Aspekt der Restrukturierung ist die Öffnung des Instituts für nicht in Speyer ansässige Mitglieder. Nach den neuen Rechtsgrundlagen können auch externe Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler die Ordentliche Mitgliedschaft im FÖV erlangen. Bislang ist neun namhaften Wissenschaftlern aus dem In- und Ausland die Mitgliedschaft im Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung angetragen worden. Die positive Resonanz bestätigt die herausragende Funktion des FÖV als Kompetenzzentrum der Verwaltungsforschung.

Als Anbieter von Serviceleistungen nimmt das FÖV eine Vorreiterrolle ein. So geht die Gründung des „Zentrums für Wissenschaftsmanagement“ (ZWI), dem auf Seite 49 ein gesonderter Bericht gewidmet ist, maßgeblich auf die Vorarbeiten des FÖV zurück. Mit dem ZWI wird eine bislang einmalige Austauschplattform für Wissenschaftsmanagement geschaffen, an welcher sich die deutschen Hochschulen und wichtige außeruniversitäre Forschungseinrichtungen beteiligen.

Die nachfolgenden Seiten vermitteln Ihnen einen Eindruck von der Vielfältigkeit der aktuellen Tätigkeiten am Forschungsinstitut.

Da das FÖV stets auch auf Nachwuchsförderung bedacht ist, würde es mich freuen, wenn ich besonders qualifizierte Hörerinnen und Hörer künftig als Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter begrüßen könnte. Schauen Sie einfach einmal bei uns herein!

Univ.-Professor Dr. Jan Ziekow

## Perspektiven der Verwaltungsforschung: 25 Jahre FÖV

Das FÖV konnte im Herbst des Jahres 2001 ein stolzes Jubiläum feiern, es wurde 25 Jahre alt. Aus diesem Anlass veranstaltete das FÖV unter der wissenschaftlichen Leitung des Stellvertretenden Direktors des FÖV, Univ.-Professor Dr. Karl-Peter Sommermann, und des neuen Direktors des FÖV,

Univ.-Professor Dr. Jan Ziekow, vom 8. bis 10. Oktober 2001 eine wissenschaftliche Arbeitstagung über die Perspektiven der Verwaltungsforschung. Zahlreiche prominente Gäste fanden sich in Speyer ein, um dem FÖV zu gratulieren. Den Auftakt der Veranstaltung bildeten zwei Festvorträge von Bundesverfassungsrichter a.D. Univ.-Professor Dr. Paul Kirchhof, Universität Heidelberg, über „Staatsmodernisierung und Steuerreform“ sowie von Generalanwalt Siegbert Alber,

Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften (Luxemburg), über die „Perspektiven der europäischen Integration“. Im Rahmen eines Festakts auf dem geschichtsträchtigen Hambacher Schloß hielt der Präsident der Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz, Professor Dr. Ing. E.h. Hans-Olaf Henkel, eine von ökonomischen Überlegungen geprägte Festansprache.

Die Jubiläumstagung bot Gelegenheit, zentrale Fragen aus den Forschungsfeldern der drei neu gegründeten Sektionen zu erörtern. Aus der Sektion I, welche die „Modernisierung in Staat und Verwaltung“ zum Gegenstand hat, hielt em. Univ.-Professor Dr. Helmut Klages einen Vortrag über „Funktionen und Perspektiven der Befragungsforschung im „aktivierenden Staat““, em. Univ.-Professor Dr. Carl Böhrer referierte über „Experimentelle Rechtsetzung: Rechtsoptimierung und GFA“ und der Rektor der DHV, Univ.-Professor Dr. Rudolf Fisch, über „Entscheidungsunterstützen- de Verfahren in der Administration“. Die Sektion II, welche sich der „Verwaltung in der Mehrebenenpolitik“ widmet, wurde vertreten durch Vorträge von Univ.-Professor Dr. Hill über die „Rechtentstehung im europäischen Mehrebenensystem“, von Univ.-Professor Dr. Karl-Peter Sommermann über die „Konvergenzen im Verwaltungsverfahren- und Verwaltungspro-

zebrecht europäischer Staaten“ sowie von Univ.-Professor Dr. Dr. Klaus König über das „Regieren als politisches Management“. Schließlich berichteten aus der Sektion III, welche die Forschung über die „Verwaltung zwischen Staat und Gesellschaft“ zum Gegenstand



Von links nach rechts: Univ.-Prof. Dr. Jan Ziekow, Generalanwalt Siegbert Alber, em. Univ.-Prof. Dr. Gerd Roellecke, Univ.-Prof. Dr. Paul Kirchhof, Univ.-Prof. Dr. Karl-Peter Sommermann  
Foto: FÖV

hat, Univ.-Professor Dr. Dr. Detlef Merten über die „Grundrechtsorientiertheit des Verwaltungshandelns“, Univ.-Professor Dr. Rainer Pitschas über die „Verantwortungskoope- ration zwischen Staat und Bürgergesellschaft“ und Univ.-Professor Dr. Jan Ziekow, über „Public Private Partnership und Verwaltungsverfahren“.

Entsprechend der internationalen Ausrichtung des Instituts wurden die Referate aus den Themenbereichen der drei Sektionen jeweils durch den Vortrag ei-

ner ausländischen Wissenschaftlers ergänzt. So widmete sich Univ.-Prof. Dr. Geert Bouckart von der Katholieke Universiteit Leuven dem Thema „Modernising the ‚Rechtsstaat‘: paradoxes of the management agenda“, beantwortete Dr. Klaus Goetz, Senior Lecturer at the London School of Economics & Political Science, die Frage „Modernisierung durch Europäisierung? Die deutsche Exekutive im internationalen Vergleich“, und erörterte Univ.-Professor Dr. Tom Christensen von der University of Oslo „The transformation of public administration - competing political and economic perspectives“.

In einem Resümee der Tagung würdigte der Vorsitzende des Wissenschaftlichen Beirats des FÖV, Univ.-Professor Dr. Hans Peter Bull, Universität Hamburg, die gegenwärtige und künftige zentrale Bedeutung des FÖV auf dem Gebiet Verwaltungsforschung. Insgesamt - so das Fazit - handelte es sich um eine sehr gelungene Veranstaltung. Die auf der Tagung perspektivisch behandelten Fragen ergaben, dass in den nächsten 25 Jahren Forschung über und für die öffentliche Verwaltung die Herausforderungen an die Wissenschaft keinesfalls geringer werden.

## Forschungssymposium des FÖV zu Ehren von Univ.-Prof. Dr. Carl Böhret: „Folgen von Folgenforschung“

Das Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung (FÖV) veranstaltete am 16. und 17. November 2001 zu Ehren von Univ.-Prof. Dr. Carl Böhret ein Forschungssymposium zu dem Thema „Folgen von Folgenforschung“. Die Leitung lag bei dem Stellvertretenden Direktor des FÖV, Univ.-Prof. Dr. Karl-Peter Sommermann. Zahlreiche hochrangige Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Politik und Wirtschaft waren nach Speyer gekommen, um sich mit der Erfassbarkeit von Auswirkungen staatlicher Steuerung zu beschäftigen und zudem die Gelegenheit zu nutzen, Böhrets breit gefächerte Forschungs- und Beratungstätigkeit für Politik und Verwaltung anlässlich seiner Emeritierung zu würdigen.

Univ.-Prof. Dr. Klaus König beschrieb in seiner Laudatio mit dem Titel „In Verantwortung für die Zukunft – zum wissenschaftlichen Werk von Carl Böhret“ das wissenschaftliche Selbstverständnis Böhrets, zu dem bereits früh die Beschäftigung mit künftigen ökonomischen und technologischen Entwicklungen und ihre Auswirkungen auf die politische und administrative Steuerung gesellschaftlicher Verhältnisse gehört habe. Eine seiner jüngeren theoretischen Leistungen sei die Ausformulierung des Konzepts der Ko-Evolution von Gesellschaft und funktionalem Staat, die auf dem Gedanken des Staates als Entwicklungsagentur fußt. Einen weiteren, praxisbezogenen Arbeitsschwerpunkt Böhrets sah König in der Entwicklung von Methoden zur Abschätzung von Gesetzesfolgen, die er jüngst gemeinsam mit seinem Schüler Dr. Götz Konzendorf in einem Handbuch dargestellt habe.

Univ.-Prof. Dr. Armin Grunwald, Institut für Technikfolgenabschätzung und Systemanalyse, Karlsruhe, betonte zunächst die fruchtbare Zusam-

menarbeit zwischen der von ihm vertretenen Einrichtung und dem FÖV, zu der Böhret wesentlich beigetragen habe. Er wandte sich aus einem ethischen Blickwinkel dem Thema zu und konzentrierte seinen Vortrag auf das



Der Ministerpräsident des Landes Rheinland-Pfalz, Kurt Beck, mit dem Geehrten vor der Podiumsdiskussion Foto: DHV

Problem der wissenschaftlichen Abschätzbarkeit gesellschaftlicher Auswirkungen, die durch künftige Entwicklungen in den Bereichen Ökonomie und Technologie hervorgerufen werden können. Der Forscher dringe hier in einen Bereich unsicherer Bedingungen der Erkenntnisgewinnung ein. Seine besondere Verantwortung liege vor allem darin, die gewonnenen Forschungsergebnisse unabhängig und problemadäquat in den politischen Entscheidungsprozess einzubringen.

Univ.-Prof. Dr. Karl-Peter Sommermann behandelte das Thema aus rechtswissenschaftlicher Perspektive. Es sei ein wesentliches Verdienst Böhrets, dass der Bund und das Land Rheinland-Pfalz die inzwischen methodisch ausgereifte Gesetzesfolgenabschätzung (GFA) in die Gemeinsame Geschäftsordnung der Ministerien aufgenommen habe. In anderen Ländern werde ebenfalls über die Einführung der GFA nachgedacht. Anhand der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zeigte Sommermann die Konsequenzen unterlassener oder

fehlerhafter Folgenberücksichtigung für die Beurteilung der Verfassungsmäßigkeit von Gesetzen auf. Sodann ging er auf die Folgenberücksichtigung bei der Rechtsanwendung ein.

Über die Möglichkeiten und Grenzen der Evaluation von Folgenforschung sprach Univ.-Prof. Dr. Helmut Wollmann, Humboldt-Universität Berlin. Die Evaluationsforschung beschäftige sich bereits über einen beachtlichen Zeitraum hinweg sowohl auf nationaler wie auch auf internationaler Ebene mit diesem Thema. Hinsichtlich der Erfassung und Bewertung von Bewährungsprüfungen staatlicher Maßnahmen habe man jedoch bislang kaum verallgemeinerbare Ergebnisse vorlegen können. Gründe dafür seien in der zurückhaltenden Offenlegung von Evaluationskonzepten und -ergebnissen, aber auch in der mangelnden Vergleichbarkeit der zugrunde gelegten Ansätze zu erblicken.

In der von Böhret selbst moderierten abschließenden Podiumsdiskussion wurde eine Zwischenbilanz zu den Wirkungen der Folgenforschung in Wissenschaft und Praxis gezogen und das Aufgabenspektrum für die Folgenforschung umrissen. An diesem Meinungsaustausch beteiligten sich der Ministerpräsident des Landes Rheinland-Pfalz, Kurt Beck, MdL, der Vorstandsvorsitzende der BASF AG, Prof. Dr. Jürgen Strube, Univ.-Prof. Dr. Hans Peter Bull, Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats des FÖV, und Univ.-Prof. Dr. Werner Jann, Universität Potsdam. Alle Diskussionsteilnehmer bekannten sich aus ihrer jeweiligen Sicht zur Fortentwicklung der folgenanalytischen Grundlagenforschung wie auch der verantwortungsvollen Berücksichtigung von Ergebnissen konkreter Folgenuntersuchungen und nicht zuletzt der Gesetzesfolgenabschätzung.

## Verleihung der Ehrenmitgliedschaft des FÖV an Univ.-Prof. Dr. Roellecke



Der Stellvertretende Direktor des FÖV, Univ.-Prof. Dr. Sommermann, überreicht em. Univ.-Prof. Dr. Roellecke die Urkunde über die Ehrenmitgliedschaft

Foto: FÖV

Einen besonderen Höhepunkt der wissenschaftlichen Arbeitstagung aus Anlass des 25-jährigen Jubiläums des Forschungsinstituts für öffentliche Verwaltung bildete die Verleihung der Ehrenmitgliedschaft des FÖV an em. Univ.-Professor Dr. Gerd Roellecke. Der Stellvertretende Direktor des FÖV, Univ.-Professor Dr. Karl-Peter Sommermann, würdigte in seiner Laudatio die Verdienste Roelleckes um das Institut. Als langjähriger Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats des Forschungsinstituts sei er trotz aller Geneigtheit ein durchaus kritischer Begleiter der Forschungstätigkeit

des Instituts gewesen. Aus seinem geisteswissenschaftlichen Hintergrund als Rechtsphilosoph heraus habe er immer wieder scharfsinnig der theoretischen und die Schärfung der methodologischen Grundlagen angemahnt.

Darüber hinaus habe Roellecke eine ausgesprochen konstruktive Rolle bei der Restrukturierung des FÖV gespielt. Die herausragenden Dienste für das Forschungsinstitut wurden mit der Verleihung der Ehrenmitgliedschaft gewürdigt. Zugleich wurde Roellecke die erste Ehrenmedaille des FÖV überreicht.

## Neues Projekt am FÖV Dauer von Zulassungsverfahren

In der Diskussion um den Wirtschaftsstandort spielt die Beschaffenheit eines effizienten Verfahrensrechts eine zentrale Rolle. Dem Wirtschaftsfaktor „Zeit“ soll durch eine Straffung der Verwaltungsverfahren Rechnung getragen werden. Vor diesem Hintergrund sind auf Bundes- und Landesebene in den 1990er Jahren zahlreiche Regelungen erlassen worden. Ziel des Projekts ist die Untersuchung des Änderungsgehalts, der Zwecksetzung und der Wirksamkeit dieser Beschleunigungsregelungen am Beispiel immissionsschutzrechtlicher, wasserrechtlicher und baurechtlicher Zulassungsverfahren für gewerbliche Vorhaben in Baden-Württemberg. Zur Analyse der bisher ergangenen Regelungen tritt die Ermittlung eventueller weiterer Beschleunigungspotentiale. Das Projekt wird im Auftrag des Landes Baden-Württemberg und in Zusammenarbeit mit dem Innenministerium des Landes durchgeführt.

Mittels umfangreich angelegter Aktenanalyse bei ausgewählten Gemeinden, Landratsämtern und Regierungspräsidien werden zunächst Ablauf und Dauer in den 1990er Jahren durchgeführter Verfahren repräsentativ erhoben. Durch eine flächendeckende frage-

bogengestützte Umfrage werden sodann Erfahrungen mit Rechts- und Geschäftsprozessänderungen der letzten Jahre ermittelt. Flankierend hierzu werden Interviews mit ausgewählten Behördenvertretern geführt. Der empirische Befund wird schließlich durch Kundenbefragungen vervollständigt. Hierzu wird ein Befragungsmodell entwickelt, erprobt und zu einem langfristig einsetzbaren Evaluationsinstrument fortgebildet. Die aus dem Projekt gewonnen Erkenntnisse sind vor allem für die Behörden der Landes- und Kommunalverwaltung des Landes Baden-Württemberg, aber auch für andere Behörden, die Maßnahmen zur Verfahrensbeschleunigung zu implementieren hatten oder haben, von Bedeutung.

Projekt: Univ.-Prof. Dr. Jan Ziekow, Assessor Martin-Peter Oertel, Mag. rer. publ., Assessor Alexander Windoffer

Sektion III: Verwaltung zwischen Staat und Gesellschaft

Laufzeit: 1. September 2001 bis 30. November 2003

## Neues Projekt am FÖV

# Die Besoldung und Versorgung von Angehörigen des Öffentlichen Dienstes und die Ausgestaltung der Politikfinanzierung in der Europäischen Union

In das Leben eines jeden Juristen – gleichgültig, ob im Anfangsstadium oder in dem der Reife – drängt sich irgendwann einmal die Frage, was denn überhaupt Gegenstand seines Schaffens sei. Ob heiter und von Idealismus getrieben oder resignierend und im schlimmsten Fall anarchistisch in seiner Grundstimmung: Der Jurist kümmert sich um die Konsensfähigkeit von Vernunftentscheidungen bzw. die Vernünftigkeit von Konsensentscheidungen, wobei (und das ist nicht der Weisheit letzter Schluss!) sachbereichsspezifisch jeweils das eine oder andere Element überwiegend dürfte.

Das Projekt „Besoldung und Versorgung von Angehörigen des ÖD und die Politikfinanzierung in der EU“ kündigt nun keinen dramatischen Höhepunkt in der Beweisführung, wie stark sich die diesbezüglichen Relationen verändern können, an. Denn in erster Linie soll die Arbeit (Unterthemen: 1.) Bezahlung und Versorgung von EU-Beamten, 2.) Bezahlung und Versorgung von Mitgliedern der Kommission und anderen hohen Amtsträgern der EU, 3.) Bezahlung und Versorgung von Mitgliedern des Europäischen Parlamentes und 4.) die Finanzierung der europäischen Parteien und Fraktionen) Licht ins Dunkel der finanziellen Absicherung der – bereits etablierten – europäischen politischen Klasse bringen.

Da es bis dato eine wissenschaftliche Aufarbeitung des finanziellen Status von EU-Bediensteten bzw. der dort tätigen Amtsträger sowie eine Analyse der anderen angesprochenen Teilbereiche des Vorhabens noch nicht gibt sowie Umbrüche bei der Abgeordnetenbezahlung (diese soll nunmehr vereinheitlicht werden) und bei der Frage nach der Staatsfinanzierung zugunsten europäischer politischer Parteien (hier gibt es eindeutige Überlagerungen aufgrund der Staatsfinanzierung in den Nationalstaaten) zu erwarten sind, ist eine Beschäftigung mit dem Thema nicht zuletzt unter dem Blickwinkel des gesellschaftlichen Dissenses aufschlussreich.

Bei der Behandlung der Unterthemen zeigt sich, dass z.B. mit der geplanten Angleichung des finanziellen Status von EU-Abgeordneten an das Besol-

ungs- und Besteuerungssystem für EU-Beamte und deren Amtsträger innere Verbindungen bestehen. Nationalstaatlich ist dies zwar kein Phänomen. Doch wie steht es mit der „inneren“ Legitimation dieser Angleichungen? Warum kein eigenständig definiertes Maß, wenn die Suche nach Parametern vergleichsweise geringe Anforderung darstellen dürfte? Da die interdisziplinär angelegte Arbeit jedenfalls von der Kenntnis der rechtlichen und tatsächlichen Situation in ausgewählten Staaten (Deutschland, England, Frankreich, Italien und die USA) profitieren kann, wird dieser „vergleichende“ Blick genutzt, um einerseits vor Fehlern zu warnen, aber auch den („Investitions“-)Wert von Selbstbindung und -begrenzung in der Politikfinanzierung erfahrbar zu machen sowie daneben zu strukturellen Reformen anzuregen, die diesen Namen verdienen. Verschiedene Denk- und Blickrichtungen fließen hier ein: die des Politologen, des Finanz-, des Verwaltungs- und des Sozialwissenschaftlers sowie: eben des Juristen.

Für Letzteren könnte der Reiz der Aufgabe darin liegen dagegenzuhalten, wenn es darum geht, dem Konsens der in eigener Sache Beschließenden anstelle einer andernorts definierten Vernunft den Vorzug zu geben. Vor Augen: Der Einsatz öffentlicher Gelder – ein Merkmal im Antlitz von Gesellschaften.

Projekt: Univ.-Prof. Dr. Hans Herbert von Arnim, Assessorin Daniela Scheidt, Martin Schurig.  
Sektion III: Verwaltung zwischen Staat und Gesellschaft

Laufzeit: 15. November 2001 bis 14. November 2003

## Aus der Sektion I: Modernisierung in Staat und Verwaltung

Die Modernisierung in Staat und Verwaltung ist ebenso eine Daueraufgabe wie ihre Analyse durch die Verwaltungsforschung. Diese gibt Aufschluss über die Ziele und die Gestaltung künftiger Modernisierungsvorhaben und ist Grundlage für eine fundierte wissenschaftliche Politik- und Verwaltungsberatung. Damit trägt sie, auch unter Einbeziehung ausländischer Erfahrungen, zu dem Ziel bei, Staat und Verwaltung in dem sich ständig beschleunigenden Wandel aller Bereiche des staatlichen und gesellschaftlichen Lebens funktionstüchtig zu erhalten. Dies erfordert neben anwendungsorientierten Handlungsempfehlungen eine Stärkung der Grundlagenforschung und der Methodenentwicklung, insbesondere im Bereich der Organisationsdiagnostik. Grundlagenforschung, auch in historischer Perspektive, dient nicht zuletzt dem Ziel, den Wissensfortschritt für die internationale Fachdebatte anschlussfähig zu halten.

Die Modernisierungsbewegung tangiert den Binnenbereich von Staat und Verwaltung ebenso wie den Außenbereich. Im Binnenbereich betrifft sie Vorgänge der Leistungserstellung und deren strukturelle Voraussetzungen wie die Aufbau-, die Ablauf- und die Führungsorganisation. In diesem Zusammenhang wird heute im Verwaltungsbereich von „Public Management“, auf der Ebene des Staates von „New Political Management“ gesprochen. Im Außenbereich geht es um die Modernisierung der Außenbeziehungen von Staat und Verwaltung, die sich unter den Leitbegriff „Public Governance“ fassen lässt. Die analytische Unterscheidung von Binnenbereich und Außenbereich liegt quer zu den aktuellen Themen der Verwaltungsforschung.

Momentan stehen die Binnenprozesse der Modernisierung von Staat und Verwaltung im Vordergrund der Forschungsaktivitäten der Sektion I. Hierbei lassen sich

fünf Sektoren unterscheiden, in die die einzelnen Forschungsprojekte der Sektion eingeordnet werden:

1. Einsatz von Managementmethoden und betriebswirtschaftlichen Instrumentarien
2. Gestaltung durch Recht
3. Bedeutung der sächlichen und finanziellen Ausstattung
4. Politische Steuerung
5. Veränderung der Arbeitsinhalte und der Arbeitsorganisation im Gefolge der Neuen Medien und der Entwicklung der Informations- und Kommunikationstechnologien.

Gegenwärtig werden vierzehn Forschungsprojekte in der Sektion I von elf Mitgliedern des Forschungsinstituts und vier Mitarbeitern bearbeitet. Bis zum 31. Dezember 2006 sind Univ.-Prof. Dr. Hans Herbert von Arnim, Univ.-Prof. Dr. Carl Böhret, Univ.-Prof. Dr. Rudolf Fisch, Univ.-Prof. Dr. Hermann Hill, em. Univ.-Prof. Dr. Helmut Klages, Univ.-Prof. Dr. Dr. Klaus König und Univ.-Prof. Dr. Heinrich Reiner mann ordentliche Mitglieder der Sektion. Im Rahmen der Öffnung des Forschungsinstituts wurde in den vergangenen Wochen drei nicht in Speyer ansässigen Wissenschaftlern die ordentliche Mitgliedschaft in der Sektion I angetragen. Darüber hinaus steht die Aufnahme von korrespondierenden Mitgliedern, die vornehmlich beratende und unterstützende Funktionen wahrnehmen sollen, unmittelbar bevor. Die Sektion I wird seit Oktober 2001 von Univ.-Prof. Dr. Heinrich Reiner mann geleitet. Als Sektionsreferent hat Dr. Jörn von Lucke seine Tätigkeit zum Januar 2002 aufgenommen.

Leiter der Sektion: Univ.-Prof. Dr. Heinrich Reiner mann  
Sektionsreferent: Dipl.-Wirtschaftsinformatiker Dr. Jörn von Lucke

## Aus der Sektion III: Verwaltung zwischen Staat und Gesellschaft

Ziele des Forschungsprogramms der Sektion sind aus fachspezifischer und fachübergreifender Sicht

- die empirische Analyse von Handlungsstrukturen, Interaktionsbeziehungen und Entscheidungen, einschließlich ihrer Durchführung, an der Schnittstelle von öffentlicher Verwaltung, anderen staatlichen Stellen in Gesetzgebung und Rechtsprechung und gesellschaftlichen Akteuren,
- die rechtliche und politische Bewertung von Handlungsstrukturen, Interaktionsmustern und Ent-

scheidungen, die Entwicklung rechtlicher und normativer Gestaltungskonzepte sowie

- die Erarbeitung und Fortentwicklung theoretischer und methodischer Grundlagen zur Analyse und Bewertung komplexer, gesellschaftlich-administrativer Interaktionssysteme.

Das Forschungsprogramm verfolgt die genannten Ziele auch aus der Sicht von Verwaltungs- und Rechtsvergleichung, erstreckt sich auf europäische und inter-

nationale Bereiche des Verwaltungshandelns und zielt schließlich darauf ab, Prozesse des Wandels in historischen Analysen und Vergleichen zu erfassen.

Zentraler Forschungsgegenstand ist das Interaktionsgefüge der öffentlichen Verwaltung mit gesellschaftlichen Akteuren und anderen staatlichen Institutionen unter sich ändernden wirtschaftlichen, technischen, ökologischen, sozialen, politischen und weiteren Rahmenbedingungen. Zum Forschungsgegenstand gehören insbesondere Entscheidungsprozesse zwischen der Verwaltung und den genannten Akteuren sowie organisatorische, rechtliche und sonstige strukturelle Merkmale des Interaktionsgefüges.

Somit stehen die Außenbeziehungen der Verwaltung zu staatlichen und gesellschaftlichen Akteuren im Mittelpunkt des Erkenntnisinteresses. Binnenmerkmale der Verwaltung können aus dieser Sicht als unabhängige Variablen zur Erklärung externer Interaktionsbeziehungen mitherangezogen werden. Dabei liegt der Schwerpunkt auf den Außenbeziehungen der Verwaltung zu gesellschaftlichen Akteuren. Dieser Zuschnitt des Forschungsgegenstandes ist das wesentliche Unterscheidungsmerkmal zu den Forschungsprogrammen der Sektionen I und II, deren Forschungsinteressen vornehmlich auf rein innerstaatliche und zwischenstaatliche Strukturen und Prozesse gerichtet sind.

Die Interaktionsbeziehungen zwischen der Verwaltung und gesellschaftlichen Akteuren werden aus zwei unterschiedlichen Perspektiven untersucht.

Aus der einen Perspektive richtet sich das Forschungsinteresse primär auf die Beschreibung, Erklärung und Bewertung des Verwaltungshandelns (als abhängige Variablen) und betrachtet die Merkmale gesellschaftlichen Handelns als Einflussfaktoren (unabhängige Variablen) im Hinblick auf das Verwaltungshandeln. Aus der anderen Perspektive liegt der Schwerpunkt des Forschungsinteresses auf der Beschreibung, Erklärung und Bewertung gesellschaftlichen Handelns (als abhängige Variablen), das durch Merkmale des Verwaltungshandelns (als unabhängige Variablen) beeinflusst wird.

Aus beiden Perspektiven sind Konflikte und Kooperationen zwischen der Verwaltung und gesellschaftlichen Akteuren zentrale Untersuchungsvariablen.

Die erste Perspektive bestimmt herkömmlicherweise die verwaltungswissenschaftliche Forschung. Das Verwaltungshandeln unter dem Einfluss gesellschaftlicher Akteure steht im Mittelpunkt des Interesses (z. B. Implementationsuntersuchungen).

Die zweite Perspektive ist jedoch für das Verständnis der Interaktionsbeziehungen zwischen der Verwaltung und gesellschaftlichen Akteuren von gleichrangiger Bedeutung. Hierbei geht es um die Untersuchung gesellschaftlichen Handelns (z. B. Standort- und Investitionsentscheidungen privater Unternehmen) unter dem Einfluss der öffentlichen Verwaltung.

Diese in der Verwaltungswissenschaft bisher vernachlässigte Untersuchungsperspektive bildet mittelfristig einen Schwerpunkt des Forschungsprogramms. Sie ermöglicht, die gelegentlich festzustellende „staatszentrierte Introvertiertheit“ der verwaltungswissenschaftlichen Forschung durch die Akzentuierung gesellschaftlicher Interessen, Einstellungen und Handlungsstrukturen zu überwinden. Zugleich eröffnen sich neue Kooperationsfelder interdisziplinärer Forschung mit wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Fragestellungen außerhalb verwaltungsnaher Disziplinen (z. B. Finanzwissenschaft oder Verwaltungsversoziologie).

Die genannten Untersuchungsperspektiven des Forschungsprogramms richten sich vornehmlich auf folgende Interaktionsbereiche zwischen der Verwaltung und gesellschaftlichen Akteuren:

- Grundlagen und Merkmale von Entscheidungsprozessen,
- Information, Kommunikation und Beratung,
- Wahrnehmung und Bewältigung langfristigen Wandels in Staat und Gesellschaft.

Diese Interaktionsbereiche bilden die Schwerpunkte des Forschungsprogramms der Sektion III. Hierzu gehören Forschungsprojekte, die sich mit

- der Kunden- und Dienstleistungsorientierung der Verwaltung,
- dem Einsatz moderner Informations- und Kommunikationstechnologien und
- der Konkretisierung des Grundsatzes „Nachhaltigkeit“ als Leitbild der Verwaltung

befassen.

Mitglieder der Sektion III sind die Professoren Bohne, S. Fisch, Merten, Pitschas und Ziekow.

Leiter der Sektion: Univ.-Professor Dr. Eberhard Bohne, M. A.

Sektionsreferent: N.N.

## Zentrum für Wissenschaftsmanagement steht vor der Gründung Aufbau einer nationalen Plattform für Wissenschaftsmanagement am FÖV

Die deutschen Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen möchten ihre Innovationsfähigkeit und damit ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit weiter steigern. Angesichts der aktuellen Entwicklungen in der Forschungslandschaft (Ressourcenknappheit, steigender Konkurrenz- und Veränderungsdruck, Globalisierung) spricht dies eine der Kernfragen ihrer zukünftigen nationalen und internationalen Positionierung an. Aber: Viele Fragen des Wissenschaftsmanagements, insbesondere der wissenschaftsadäquaten Rahmenbedingungen innovativer Forschung, sind weiter offen.

In diesem Bereich will das Zentrum für Wissenschaftsmanagement Antworten bereitstellen: Durch die Vermittlung von umsetzbaren Forschungsergebnissen will es zur weiteren Optimierung der Leistungsfähigkeit wissenschaftlicher Einrichtungen beitragen. Für Anwendungserfahrungen im Wissenschaftsmanagement will es als Ansprechpartnerin und Austauschbörse fungieren. Es will bundesweite Plattform für das Wissenschaftsmanagement werden und dabei in- und ausländischen Sachverstand einbinden.

Partner des Zentrums für Wissenschaftsmanagement sind Hochschulen und außeruniversitäre Forschungseinrichtungen, Wissenschaftsorganisationen und Wissenschaftsförderorganisationen sowie Wissenschaftsmanager und Forscher in öffentlichen und privaten Forschungseinrichtungen. Für diese Partner und mit ihnen wird das Zentrum sechs Aufgaben im Bereich Wissenschaftsmanagement erfüllen:

1. Ausbildung,
2. Weiterbildung in ausgewählten Themen,
3. Durchführung anwendungsbezogener Forschungsvorhaben,
4. Publikation von Forschungsergebnissen, Dokumentation, Wissenstransfer und Beratung,
5. Aufbau und Pflege von Netzwerken,
6. Durchführung von Werkstattgesprächen und Tagungen.

Das Zentrum wird als eingetragener Verein gegründet, dem die Partner beitreten. Zunächst wird die Tätigkeit für 5 Jahre geplant, mit einer Evaluation und Entscheidung über die Fortführung im 4. Jahr. Im Verlauf des Wintersemesters 2001/2002 wurden die ersten dieser Aufgaben in konkrete Maßnahmen

umgesetzt. An der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer wurde das einsemestrige Ergänzungsstudium „Wissenschaftsmanagement“ eingerichtet, das gemeinsam mit den Partnern des Zentrums entwickelt wurde (s. Extra-Bericht). Auch der erste Baustein der Weiterbildung ist bereits auf den Weg gebracht: Im September 2002 wird das 1. Speyerer Führungskolleg für Wissenschaftsmanager/innen starten.

Ebenso hat das erste mit dem Zentrum für Wissenschaftsmanagement verbundene Forschungsvorhaben, das von Univ.-Professorin Dr. Dorothea Jansen betreut wird, im Verlauf des Wintersemesters umfangreiche Arbeiten geleistet. Schon beim ersten Treffen zur Vorbereitung des Gründungsprozesses im Herbst 2000 wurde neben der anwendungsbezogenen Arbeit des Zentrums auch ein Bedarf für stärker grundlagenorientierte Forschung zum Thema Wissenschaftsmanagement gesehen. Für die Ansiedlung solcher längerfristiger Forschungsprojekte bietet das Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung den geeigneten Rahmen. In einem Workshop im Januar 2001 wurden Ideen und Forschungsfragen hierzu sondiert. Auf einer von der Deutschen Forschungsgemeinschaft unterstützten internationalen Forscherkonferenz zur Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit von Universitäten und Forschungseinrichtungen im Mai 2001 in Speyer entstand ein interdisziplinäres Forschernetzwerk, das diese Fragestellung weiter untersuchen wird. Die Forschergruppe „Internationale Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit von Universitäten und Forschungseinrichtungen - Neue Formen der Governance“ traf sich zu zwei Workshops im November 2001 und im Februar 2002 in Speyer und hat zwischenzeitlich die Vorbereitungen für die Stellung eines Antrags zur Finanzierung einer ortsverteilten Forschergruppe bei der DFG weitgehend abgeschlossen.

Neben diesen Aktivitäten stand das Wintersemester ganz im Zeichen der Gründungsvorbereitung für den Verein. Hervorzuheben ist die Informationsveranstaltung „Die Einrichtung der Gemeinschaftsstelle für Wissenschaftsmanagement am Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung - Präsentation und Dialog“, die am 20. November 2001 in Speyer stattfand. Zahlreiche Teilnehmer waren der Einladung des Forschungsinstituts für öffentliche Verwaltung nach

Speyer gefolgt, um über die Einrichtung des Zentrums für Wissenschaftsmanagement zu diskutieren, ihre gegenseitigen Vorstellungen auszutauschen und ihre Wünsche einzubringen. Kanzler und Verwaltungsleiter von Universitäten und Fachhochschulen, Geschäftsführer von Helmholtz-Zentren, hochrangige Vertreter unter anderem der HRK, WGL, HIS und von Wissenschaftsförderorganisationen nutzten die Gelegenheit, die Protagonisten des Zentrums sowie den aktuellen Stand des Aufbaus kennen zu lernen und sich einen Eindruck von Speyer zu verschaffen.

Stellvertretend für die Partner des zukünftigen Zentrums für Wissenschaftsmanagement erläuterten Assessor Diplom-Volkswirt Thomas A. H. Schöck, der Sprecher der Kanzlerinnen und Kanzler der Universitäten der Bundesrepublik Deutschland, und Ass. jur. Sigurd Lettow, Sprecher der kaufmännischen Geschäftsführer der HGF und stellvertretender Vorsitzender des Vorstandes des Forschungszentrums Karlsruhe, ihre Erwartungen und Konzepte. Der Direktor des Forschungsinstituts für öffentliche Verwaltung, Univ.-Professor Dr. Jan Ziekow, und die wissenschaftlichen Koordinatoren des Aufbaus des Zentrums, Univ.-Professor Dr. Rudolf Fisch, Rektor der DHV Speyer, Univ.-Professorin Dr. Gisela Färber und Univ.-Professorin Dr. Dorothea Jansen, präsentierten ihre inhaltlichen und organisatorischen Vorstellungen und Konzeptionen für das Zentrum und diskutierten sie mit den Teilnehmern. Die Ergebnisse der Diskussionen und intensiven Randgespräche flossen in die weitere Entwicklung des Zentrums ein. Weiter etablierten sich verschiedene Arbeitskreise,

zum Beispiel zur Satzung des Vereins, die ihre Arbeit zwischenzeitlich abgeschlossen haben.

Daneben führten die Koordinatoren des Aufbaus und der Direktor des Forschungsinstituts zahlreiche Gespräche mit den Partnern des Zentrums. Unterstützt wurden sie dabei von Professor Dr. Hellmut Wagner, Honorarprofessor an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer und Stellvertretender Vorsitzender a.D. des Vorstandes des Forschungszentrums Karlsruhe, der die Scharnierfunktion zwischen dem Zentrum und der Herrmann von Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren (HGF) wahrnimmt.

Anfang des Sommersemesters wird die Gründung des Vereins vollzogen. Dann erfolgt der schrittweise Aufbau des Zentrums für Wissenschaftsmanagement.

Aufbau des Zentrums:

Univ.-Professorin Dr. Gisela Färber

Univ.-Professor Dr. Rudolf Fisch

Univ.-Professorin Dr. Dorothea Jansen

Dipl.-Soz. Brigitte Jahn-Zimmermann

Kontakt: jahn-zimmermann@dhv-speyer.de

## **Neuigkeiten aus der WiDuT: Leistungsvergleich zwischen den Landesverwaltungen**

Ein Benchmarkingring der Länder soll aufgebaut werden. Erste vorbereitende Gespräche hierzu fanden im Herbst 2001 zwischen Mitarbeitern aus den Landesverwaltungen von Rheinland-Pfalz und Sachsen sowie der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer und dem Forschungs-

institut für öffentliche Verwaltung statt.

Es wurde vereinbart, dass die Wissenschaftliche Dokumentations- und Transferstelle für Verwaltungsmodernisierung (WiDuT) zunächst eine Arbeitstagung zum Thema Benchmarking durchführen soll, um gemeinsam mit den Ländern ein

Konzept zu entwickeln. Auf einer Unterausschusssitzung des AK VI der Innenministerkonferenz im März 2002 wurde von Seiten der Länder Interesse an der Arbeitstagung und an einem fortlaufenden länderübergreifenden Leistungsvergleich bekundet.

## Kurzmeldungen

### Forschungskolloquium im Wintersemester 2001/2002

Im Forschungskolloquium des FÖV werden Thesen und vorläufige Ergebnisse aus laufenden Forschungsprojekten des Instituts zur Diskussion gestellt. Im Wintersemester 2001/2002 stand das Kolloquium unter der Leitung von Univ.-Prof. Dr. Dieter Duwendag. Für einen Gastvortrag konnte das Ehrenmitglied des FÖV, em. Univ.-Prof. Dr. Gerd Roellecke, gewonnen werden. Der ehemalige Vorsitzende des Wissenschaftlichen Beirats des FÖV referierte am 12.12.2001 über Rhetorik. Im Sommersemester 2002 wird Univ.-Prof. Dr. Hermann Hill das Forschungskolloquium leiten. Das Programm wird an der Eingangstür zum FÖV im Lehrstuhlgebäude aushängen. Zu den Veranstaltungen sind auch interessierte Hörer eingeladen.

### Politikberatung in geschichtlicher Perspektive

Vom 10. bis 12. Oktober 2001 fand unter der wissenschaftlichen Leitung von Univ.-Prof. Dr. Stefan Fisch eine Forschungstagung zum Thema „Experten und Politik: Wissenschaftliche Politikberatung in geschichtlicher Perspektive“ statt.

### Workshop der Forschergruppe

Der 3. Workshop der Forschergruppe widmete sich unter der wissenschaftlichen Leitung von Univ.-Prof. Dr. Dorothea Jansen vom 28. Februar bis 1. März 2002 der „Internationalen Wettbewerbsfähigkeit und Innovationsfähigkeit von Universitäten und Forschungsorganisationen – Neue Governance-Formen“.

### Eigenverantwortung in Organisationen

Unter der wissenschaftlichen Leitung von Univ.-Prof. Dr. Rudolf Fisch und Dr. Stefan Koch veranstaltete das FÖV vom 4. bis 6. März 2002 ein von der Fritz Thyssen-Stiftung gefördertes Forschungskolloquium zum Thema „Eigenverantwortung in Organisationen“.

### Wechsel im Amt des Institutsreferenten

Der Institutsreferent, Privatdozent Dr. Matthias Niedobitek, übernahm im Wintersemester 2001/2002 die Vertretung einer Professur für Europäische Integration an der TU Chemnitz. Der Direktor des FÖV, Univ.-Prof. Dr. Jan Ziekow, hat Dr. Thorsten Siegel mit der kommissarischen Wahrnehmung des Amtes betraut.

### Retrospektive Gesetzesfolgenabschätzung

Am 21. November 2001 leitete em. Univ.-Professor Dr. Carl Böhrer im Rahmen des Forschungsprojekts „Retrospektive Gesetzesfolgenabschätzung: Die strafverfahrensrechtliche Verankerung des Täter-Opfer-Ausgleichs (TOA)“ einen Workshop in den Räumen der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer unter länderübergreifender Beteiligung von Staatsanwälten und Praktikern aus TOA-Fachstellen. Die Experten aus den Ländern Baden-Württemberg, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt diskutierten zunächst über die von dem Projektbearbeiter Dipl.-Soz. Wiss. Jürgen Intveen, Mag. rer. publ., erhobene mittelfristige Fallzahlenentwicklung. In einem weiteren Schritt nahmen sie eine Bestandsaufnahme der durch das Gesetz entstandenen praktischen Auswirkungen vor. Abschließend wurden Vorschläge für eine Verbesserung der Akzeptanz des Täter-Opfer-Ausgleichs bei allen Akteuren im Bereich der Rechtspflege erarbeitet.

## Konferenzteilnahme und Forschungskooperation mit Sankt Petersburg

Im Rahmen eines von Univ.-Professor Dr. Dieter Duwendag betreuten Forschungsprojektes über deutsch-russische Wirtschaftsbeziehungen nahmen Projektleiter Univ.-Prof. Dr. Duwendag und Projektbearbeiter Dr. Dr. Knödler vom 10. bis 12. Oktober 2001 an einer wissenschaftlichen Konferenz der Universität für Wirtschaft und Finanzen St. Petersburg teil. Die Konferenz stand unter dem Thema „Internationale Wirtschaftsbeziehungen, Strukturwandel und Wirtschaftsreformen in Russland“. Duwendag ging in seinem Vortrag „Ersparnis und Investitionen in Russland“ auf russische Zahlungsbilanzprobleme und deren realwirtschaftliche Auswirkungen ein. In seinem Vortrag „Deutsche Direktinvestitionen, Wachstum und Strukturwandel in Russland“ stellte Dr. Dr. Knödler den Beitrag ausländischer Direktinvestitionen zu mehr Wirtschaftswachstum und Strukturwandel

in Russland dar. Insbesondere deutsche mittelständische Unternehmen scheinen im Russlandgeschäft noch einen Nachholbedarf zu haben. Außerhalb des offiziellen Konferenzprogramms standen Gespräche mit Vertretern der Universität für Wirtschaft und Finanzen über eine mögliche Kooperation zwischen Speyer und St. Petersburg auf dem Programm. Als Ergebnis hat sich inzwischen eine Forschungskooperation zwischen zwei Lehrstühlen herausgebildet. Prof. Dr. Dimitri Miropolski (Lehrstuhl für Wirtschaftstheorie, St. Petersburg) und Univ.-Prof. Dr. Dieter Duwendag (Lehrstuhl für Wirtschaftliche Staatswissenschaften, Speyer) bereiten zur Zeit ein gemeinsames Forschungsprojekt vor, das sich mit Fragen des Strukturwandels in Russland, den Marktchancen deutscher Unternehmen und einer besseren Einbindung Russlands in die globale Arbeitsteilung befassen soll.

**Publikationen:****Speyerer Forschungsberichte:**

Nr. 223 Kai-Olaf Jessen, Neuere Ansätze parlamentarischer Steuerung und Kontrolle, Oktober 2001.

**Selbstständige Verlagspublikationen:**

177. Gerd Eckstein, Regionale Strukturpolitik als europäischer Kooperations- und Entscheidungsprozeß, Europäische Hochschulschriften, Reihe XXXI Politikwissenschaft, Bd. 440, Frankfurt am Main 2001.

**Personalia:****Neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter am FÖV**

01.11.2001 Assessor Dr. Thorsten Siegel; Institutsreferent (k.); Univ.-Professor Dr. Ziekow  
05.11.2001 Santi Umberti, M. A.; Sektionsreferent der Sektion III; Univ.-Professor Dr. Bohne  
15.11.2001 Assessorin Dorothee Daniela Scheidt; Forschungsreferentin; Univ.-Professor Dr. von Arnim  
15.11.2001 Martin Schurig; Forschungsreferent; Univ.-Professor Dr. von Arnim  
01.01.2002 Dipl.-Lehrerin Dr. Heike Amos, Mag. rer. publ.; Forschungsreferentin;  
Univ.-Professor Dr. S. Fisch/em. Univ.-Professor Dr. Morsey  
01.01.2002 Dipl.-Wirtschaftsinformatiker Dr. Jörn von Lucke; Sektionsreferent der Sektion III;  
Univ.-Professor Dr. Reineremann  
01.01.2002 Dr. Kai Masser, M. A., Mag. rer. publ.; Forschungsreferent; Univ.-Professor Dr. Ziekow  
01.01.2002 Dipl.-Volkswirt Nils Otter; Sektionsreferent der Sektion II; Univ.-Professorin Dr. Färber  
01.02.2002 Robert Spindler; Forschungsreferent; Univ.-Professor Dr. Dr. h.c. Lüder

**Ausgeschiedene Mitarbeiter des FÖV**

31.10.2001 Dipl.-Volkswirt Ulrich Albertshäuser; Forschungsreferent; Univ.-Professor Dr. Dr. h.c. Lüder  
31.10.2001 Dr. Kai Masser, M. A., Mag. rer. publ.; Forschungsreferent; em. Univ.-Professor Dr. Klages  
09.12.2001 Assessor Holger Holzward; Forschungsreferent; Univ.-Professor Dr. Magiera  
31.12.2001 Dipl.-Lehrerin Dr. Heike Amos, Mag. rer. publ.; Forschungsreferentin;  
em. Univ.-Professor Dr. Morsey  
31.12.2001 Assessorin Florine La Roche-Thomé; Forschungsreferentin ; Univ.-Professor Dr. Pitschas  
31.12.2001 Dipl.-Wirtschaftsinformatiker Dr. Jörn von Lucke; Forschungsreferent;  
Univ.-Professor Dr. Reineremann  
31.12.2001 Dipl.-Ingenieurin Margot Wagner, Mag. rer. publ.; Forschungsreferentin;  
Univ.-Professor Dr. Dr. h.c. Lüder  
28.02.2002 Assessorin Alexandra Unkelbach; Forschungsreferentin; Univ.-Professor Dr. Sommermann  
31.03.2002 Santi Umberti, M. A.; Sektionsreferent der Sektion III; Univ.-Professor Dr. Bohne

**Gastforscher am FÖV**

Dr. Maja Kopaleischwili, Verfassungsgericht Tbilissi/Georgien (Univ.-Professor Dr. Sommermann) in der Zeit vom 5. September bis 5. Dezember 2001.

Dr. Vadim Doubovik, Universität für Wirtschaft und Finanzen, St. Petersburg/Russland (Univ.-Professor Dr. Duiwendag) in der Zeit vom 1. November 2001 bis 31. Januar 2002.

---

## Angaben für das Ehemaligen-Verzeichnis der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer

\_\_\_\_\_  
Name, Vorname

\_\_\_\_\_  
Titel, Amtsbezeichnung

\_\_\_\_\_  
Funktion

\_\_\_\_\_  
Hörer/in im Speyer-Semester

\_\_\_\_\_  
Dienststelle (mit Anschrift /Telefon /Telefax /e-mail)

\_\_\_\_\_  
Privatanschrift

\_\_\_\_\_  
Telefon/Telefax/e-mail

Deutsche Hochschule für  
Verwaltungswissenschaften Speyer

Referat für Öffentlichkeitsarbeit

Freiherr-vom-Stein-Str. 2

67346 Speyer

Ich bin am weiteren Kontakt mit der Hochschule interessiert und bitte, die oben angegebenen Daten in das „Ehemaligen-Verzeichnis“ der Hochschule aufzunehmen. Mit einer Weitergabe dieses Verzeichnisses bin ich einverstanden. Bitte senden Sie mir regelmäßig

- Einladungen zu Abendvorträgen
- das „Ehemaligen-Verzeichnis“ und den *SpeyerBrief*
- das Fortbildungsprogramm
- Einladungen zum Semesterball der Hochschule

An den hierbei entstehenden Kosten beteilige ich mich mit dem Mindestbetrag von jährlich  8€ bzw.  15 € bzw.  \_\_\_\_\_ €. – Der Beitrag ist bis zum 1.3. eines s auf das Konto der Regierungskasse Neustadt/Weinstraße, Sparkasse Mittelhaardt-Deutsche Weinstraße, BLZ 546 512 40, Kto.-Nr. 20008, Kassenzeichen 0208/282 01 (07) zu überweisen. (Einen entsprechenden Vordruck erhalten Sie jeweils mit der Übersendung des Ehemaligenverzeichnisses im Dezember.) – Etwaige Änderungen meiner Angaben teile ich Ihnen baldmöglichst mit. Die Mitgliedschaft kann zum 31. Dezember eines Jahres (schriftlich) gekündigt werden.

\_\_\_\_\_  
Datum, Unterschrift

P.S.: Aus Kostengründen wird die Erklärung nicht bestätigt. Sie werden baldmöglichst in den Versand einbezogen. Bei Rückfragen wenden Sie sich bitte an Barbara Schneider (Tel.: 06232/654-205; nur vormittags).\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_  
Datum, Unterschrift

---

P.S.: Aus Kostengründen wird die Erklärung nicht bestätigt. Sie werden baldmöglichst in den Versand einbezogen. Bei Rückfragen wenden Sie sich bitte an Barbara Schneider (Tel.: 06232/654-205; nur vormittags).